



Landtag
Burgenland

STENOGRAPHISCHES PROTOKOLL

der
05. Sitzung

der
XXII. Gesetzgebungsperiode

Donnerstag, 07.05.2020
10.03 Uhr - 16.08 Uhr

Tagesordnung

1. Fragestunde;
2. Aktuelle Stunde zum Thema: „Covid-19 Pandemie - wer bezahlt die Krise?“
3. Gesetzentwurf, mit dem die Zuständigkeiten der Bildungsdirektion für Burgenland geändert werden;
4. Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Landeslehrerinnen und -lehrer Diensthoheitsgesetz 1995 geändert wird;
5. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Elisabeth Böhm, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend Maßnahmen zur Unterstützung der Gemeinden in der Covid-19-Krise;
6. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung zur Abfederung der negativen Folgen von Covid-19 auf den Arbeitsmarkt;
7. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Gerhard Hutter, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung zur Abfederung der negativen Folgen von Covid-19 auf die Wirtschaft;
8. Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Markus Ulram, Mag.a Regina Petrik, Johann Tschürtz, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend Einrichtung eines Beirates zur Kontrolle der Mittelvergabe im Zuge der COVID-19-Krise;

Inhalt

Landtag

Mitteilung des Einlaufes und Zuweisung (S. 157)

Fragestunde:

Anfrage Nr. 6 der Abgeordneten Mag.a Regina Petrik an Landesrat Christian Illedits betreffend Schulsozialarbeit

Beantwortung der Anfrage: Landesrat Christian Illedits (S. 160)

Zusatzfrage: Mag.a Regina Petrik (S. 161 u. S. 162), Patrik Fazekas, BA (S. 162), Mag. Dr. Roland Fürst (S. 163)

Anfrage Nr. 1 des Abgeordneten MMag. Alexander Petschnig an Landeshauptmann-Stellvertreterin Mag.a Astrid Eisenkopf betreffend nicht barrierefreier Zugang zum Gemeindeamt in Jennersdorf

Beantwortung der Anfrage: Landeshauptmann-Stellvertreterin Mag.a Astrid Eisenkopf (S. 164)

Zusatzfrage: MMag. Alexander Petschnig (S. 165)

Anfrage Nr. 3 des Abgeordneten Markus Ulram an Landesrätin Mag.a (FH) Daniela Winkler betreffend zeitgerechte Verteilung der Schutzmasken für Schulen

Beantwortung der Anfrage: Landesrätin Mag.a (FH) Daniela Winkler (S. 166)

Zusatzfrage: Markus Ulram (S. 167 u. S. 168), DI Julia Wagentristl, BSc (S. 169)

Anfrage Nr. 2 des Abgeordneten MMag. Alexander Petschnig an Landesrat Christian Illedits betreffend Übertragung von hoheitlichen Aufgaben vom Amt der Landesregierung an die Wirtschaftskammer

Beantwortung der Anfrage: Landesrat Christian Illedits (S. 170)

Zusatzfrage: MMag. Alexander Petschnig (S. 171)

Anfrage Nr. 4 des Abgeordneten Patrik Fazekas, BA an Landesrat Christian Illedits betreffend Übernahme des insolventen Pharmaunternehmens Sanochemia in Neufeld a.d.L. durch das Land Burgenland

Beantwortung der Anfrage: Landesrat Christian Illedits (S. 171)

Zusatzfrage: Patrik Fazekas, BA (S. 172 u. S. 173), Markus Ulram (S. 174), MMag. Alexander Petschnig (S. 174)

Anfrage Nr. 5 der Abgeordneten DI Julia Wagentristl, BSc an Landesrätin Mag.a (FH) Daniela Winkler betreffend Anstieg der Anfragen bei den Familienberatungsstellen infolge der Corona-Krise

Beantwortung der Anfrage: Landesrätin Mag.a (FH) Daniela Winkler (S. 176)

Zusatzfrage: DI Julia Wagentristl, BSc (S. 176 u. S. 177), Mag.a Regina Petrik (S. 178)

Verhandlungen

Aktuelle Stunde

Aktuelle Stunde zum Thema: „Covid-19 Pandemie - wer bezahlt die Krise?“ (auf Verlangen des SPÖ-Landtagsklubs)

Redner: Robert Hergovich (S. 179), MMag. Alexander Petschnig (S. 183), Markus Ulram (S. 188), Mag.a Regina Petrik (S. 193), Mag. Dr. Roland Fürst (S. 194), Patrik Fazekas, BA (S. 196), Landesrat Christian Illedits (S. 197)

Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Gesetzentwurf (Beilage 40), mit dem die Zuständigkeiten der Bildungsdirektion für Burgenland geändert werden (Zahl 22 - 40) (Beilage 72);

Berichterstellerin: Doris Prohaska (S. 199)

Annahme des Gesetzentwurfes (S. 207)

Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Gesetzentwurf (Beilage 41), mit dem das Burgenländische Landeslehrerinnen und -lehrer Diensthoheitsgesetz 1995 geändert wird (Zahl 22 - 41) (Beilage 73);

Berichterstellerin: Doris Prohaska (S. 200)

Redner: Mag.a Regina Petrik (S. 200), MMag. Alexander Petschnig (S. 202), Patrik Fazekas (S. 203), Doris Prohaska (S. 204)

Annahme des Gesetzentwurfes (S. 207)

Bericht des Rechtsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Elisabeth Böhm, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung (Beilage 37) betreffend Maßnahmen zur Unterstützung der Gemeinden in der Covid-19-Krise (Zahl 22 - 37) (Beilage 74);

Berichtersteller: Ewald Schneckner (S. 208)

Redner: Mag.a Regina Petrik (S. 208), Mag. Thomas Steiner (S. 210), Elisabeth Böhm (S. 212), Landeshauptmann-Stellvertreterin Mag.a Astrid Eisenkopf (S. 214)

Annahme des EntschlieÙungsantrages (S. 217)

Dringlichkeitsantrag des Landtagsabgeordneten Markus Ulram, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend Coronafinanzhilfen für burgenländische Gemeinden (Zahl 22 - 66) (Beilage 92)

Begründung der Dringlichkeit: Markus Ulram (S. 217)

Redner: Johann Tschürtz (S. 220), Robert Hergovich (S. 222), Gerald Handig (S. 225), Walter Temmel (S. 226)

Bericht des Rechtsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung (Beilage 38) zur Abfederung der negativen Folgen von Covid-19 auf den Arbeitsmarkt (Zahl 22 - 38) (Beilage 75);

Berichterstatter: Robert Hergovich (S. 229)

Redner: Mag.a Regina Petrik (S. 230), MMag. Alexander Petschnig (S. 232), Johannes Mezgolits (S. 235), Robert Hergovich (S. 237), Mag.a Regina Petrik (S. 240)

Annahme des EntschlieÙungsantrages (S. 241)

Bericht des Rechtsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Gerhard Hutter, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung (Beilage 39) zur Abfederung der negativen Folgen von Covid-19 auf die Wirtschaft (Zahl 22 - 39) (Beilage 76);

Berichterstatter: Wolfgang Södl (S. 241)

Redner: Mag.a Regina Petrik (S. 242), MMag. Alexander Petschnig (S. 243), Melanie Eckhardt, MSc (S. 245), Gerhard Hutter (S. 246), MMag. Alexander Petschnig (S. 251)

Annahme des EntschlieÙungsantrages (S. 251)

Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Markus Ulram, Mag. Regina Petrik, Johann Tschürtz, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung (Beilage 42) betreffend Einrichtung eines Beirates zur Kontrolle der Mittelvergabe im Zuge der COVID-19-Krise (Zahl 22 - 42) (Beilage 77);

Berichterstatter: Markus Ulram (S. 252)

Redner: Mag.a Regina Petrik (S. 252), Johann Tschürtz (S. 253), Markus Ulram (S. 254), Dieter Posch (S. 256), Mag.a Regina Petrik (S. 258), Robert Hergovich (S. 258)

Annahme des EntschlieÙungsantrages (S. 260)

Landesregierung

Mitteilung des Einlaufes und Zuweisung (S. 157)

Beginn der Sitzung: 10 Uhr 03 Minuten

Präsidentin Verena Dunst: Einen schönen guten Morgen meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Werte Regierungsmitglieder! Ich darf Sie heute seitens des Burgenländischen Landtages zur 5. Sitzung des Burgenländischen Landtages in der neuen Legislaturperiode sehr herzlich begrüßen

Zunächst einmal möchte ich mich bei all jenen Damen und Herren Abgeordneten für ihre Bereitschaft bedanken, die statt auf ihren gewohnten Plätzen im Plenarsaal hier herunter, auf der Besuchergalerie an der Sitzung teilnehmen, damit wir in voller Besetzung arbeiten können. Vielen Dank für Ihre Bereitschaft.

Gerne würden wir alle, Hoher Landtag, natürlich an dieser Stelle auch wieder Zuseherinnen und Zuseher auf der Galerie begrüßen, aber Sie wissen, dass das Corona-bedingt heute noch nicht möglich ist. (*Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten*)

Umso herzlicher wollen wir alle gemeinsam aber unsere Besucherinnen und Besucher, die heute via live-stream mit dabei sind, begrüßen und unsere Freude darüber Ausdruck verleihen, dass wir uns sehr über ihre Beteiligung freuen.

Die heutige Landtagsitzung steht aber auch vor allem inhaltlich im Zeichen der Corona-Epidemie. Nach der Fragestunde werden die Kosten der Covid-19 Pandemie Thema einer Aktuellen Stunde sein. Danach behandeln wir Anträge zur Abfederung der negativen Folgen von Covid-19 auf den Arbeitsmarkt und auf die Wirtschaft sowie zur Unterstützung der Gemeinden in der Covid-Krise betreffend Corona-Finanzhilfen für burgenländische Gemeinden gibt es einen Dringlichkeitsantrag.

Dieser wird geschäftsordnungsgemäß frühestens drei Stunden nach Eingang in die Tagesordnung, spätestens um 15.00 Uhr, behandelt. Nach der Aktuellen Stunde stehen der Gesetzentwurf, mit dem die Zuständigkeiten der Bildungsdirektion für das Burgenland geändert werden und die Änderung der burgenländischen Landeslehrerinnen und Landeslehrer Diensthoheitsgesetze sowie andere Anträge auf der Tagesordnung.

Bevor wir in die Sitzung eingehen, möchte ich hier im Landtag des 75. Jahrestages des Zweiten Weltkrieges gedenken.

Genau am 08. Mai 1945, um 23 Uhr 01 Minuten, endete der Zweite Weltkrieg in Europa. Grund war die Kapitulationserklärung der Deutschen Wehrmacht vom 07. Mai 1945 genau vor 45 Jahren.

Aus diesem Anlass wurde im Vorfeld der Landtagsitzung Corona-bedingt nur im kleinen Rahmen gemeinsam mit Vertretern der Landesregierung und Mandatarinnen und Mandataren der im Landtag vertretenen Parteien mit einer Kranzniederlegung vor dem Mahnmal gegen Krieg und Faschismus beim Eingang des Landhauses der Opfer gedacht.

Ich möchte dieses denkwürdige Ereignis auch heute hier im Landtag, Hoher Landtag, mit Ihnen gemeinsam begehen.

Das Burgenland war sieben Jahre und 21 Tage Zeuge des Grauens des Nationalsozialismus. Am 11. März 1938 übernahmen die Nationalsozialisten die Macht in Österreich. In Eisenstadt erfolgte die Regierungsübernahme durch die NSDAP bereits in der Nacht vom 11. auf den 12. März. Mit dem Reichsgesetz vom 15. Oktober 1938 wurde das Bundesland Burgenland beziehungsweise der Gau Burgenland aufgelöst.

Mit der Machtergreifung der Nationalsozialisten begannen die ersten Vertreibungen von Juden aus dem Burgenland. Von 3.500 burgenländischen Juden waren Anfang 1939

nur noch 12 Juden im Burgenland. Etwa ein Drittel der burgenländischen Juden wurden in Vernichtungslagern ermordet.

Allein im Juni 1939 ließen die Nationalsozialisten 3.000 Roma in Konzentrationslagern wie Dachau, Mauthausen, Buchenwald und Ravensbrück internieren.

In dem Jahr 1940 in Lackenbach eingerichteten Zigeunerlager wurden bis zu 2.000 Roma in desolatesten Viehstellen interniert und mussten schwerste Zwangsarbeit verrichten. 1941 wurden 5.000 Roma, davon 2.000 aus Lackenbach, vergast. Von rund 8.000 im Jahr 1938 im Burgenland beheimateten Roma überlebten nur zehn Prozent.

Dem Massenmord von psychisch kranken Menschen fielen rund 350 Menschen aus dem Burgenland zum Opfer. Die Anzahl der Opfer, die der wilden Euthanasie in verschiedenen Spitälern erlegen sind, ist gar nichts bekannt und konnte bis heute nicht aufgearbeitet werden.

Am 01. September 1939 begann mit dem deutschen Einmarsch in Polen der Zweite Weltkrieg. In den darauffolgenden Monaten und Jahren erhielten tausende Burgenländer ihren Einberufungsbefehl zur Deutschen Wehrmacht. Rund 17.600 Soldaten aus dem Burgenland sind gefallen und nicht mehr in ihre Heimat zurückgekehrt.

Ab 1940 kamen französische und belgische Kriegsgefangene ins Land, um bei den Ernten die Männer zu ersetzen, die als Soldaten an den Fronten kämpften. 1941 wurden in der Landwirtschaft auch sowjetische Kriegsgefangene und Zwangsrekrutierte eingesetzt. Ab 1944 wurde die burgenländische Bevölkerung mit dem Krieg direkt konfrontiert, als Bombenverbände verstärkt das Land überflogen.

Das Burgenland war zwar kein Ziel im Luftkrieg, aber trotzdem fielen immer wieder Bomben auf unser Land. So gab es Angriffe auf Eisenstadt, Neudörfel, Güssing und andere Gemeinden.

Im Herbst 1944 begannen die Vorbereitungen für die Errichtung des Ostwalls. Schätzungsweise 50.000 Zwangs- und Strafarbeiter und KZ-Insassen wurden eingesetzt. Während dieser Arbeiten kam es in Deutsch Schützen, Jennersdorf, Neuhaus am Klausenbach, Donnerskirchen und anderen Gemeinden zu schrecklichen Morden an den Zwangsarbeitern. Die größte Opferzahl forderte der Mord an ungarischen Juden beim Kreuzstadel in Rechnitz am 24. März 1945.

Am 29. März 1945 überschritten die ersten Truppen der Roten Armee bei Klostermarienberg die Grenze. Sie leiteten die Befreiung vom Faschismus ein. Anfang April 1945 kam es durch Kriegshandlungen zum Brand des Landhauses, der auch große Teile des Sitzungssaales zerstört hat.

Im Südburgenland tobten heftige Kämpfe. Mitte April 1945 war das gesamte Burgenland unter sowjetischer Kontrolle. Das Land stand unter kriegsmäßiger Besetzung. Die Menschen waren Plünderungen, willkürlichen Morden und Vergewaltigungen täglich ausgesetzt. Dennoch, in mitten dieser Not und dieses Schreckens lag ein Neubeginn.

Wir alle, Hoher Landtag, Hohe Regierung, an der Spitze der Herr Landeshauptmann, möchten uns an dieser Stelle und zum heutigen Gedenken vor allem vor den Burgenländerinnen und Burgenländern verneigen, die unser Land aus den Trümmern wieder aufgebaut haben und in einer für uns heute unvorstellbaren Lage an eine Zukunft für unser kleines Heimatland geglaubt haben.

Hoher Landtag, Regierung, Mitarbeiter des Hauses, ich darf Sie nun bitten, sich für eine Gedenkminute von den Plätzen zu erheben. *(Die Anwesenden erheben sich von ihren Plätzen.)*

Ich danke Ihnen für Ihre Trauerkundgebung. *(Die Anwesenden nehmen ihre Plätze nach der Gedenkminute wieder ein.)*

Damit möchte ich die 5. Sitzung nunmehr offiziell begehen.

Die Beschlussfähigkeit ist gegeben, die amtliche Verhandlungsschrift der 4. Sitzung ist geschäftsordnungsgemäß aufgelegt, sie ist unbeanstandet geblieben und gilt daher als genehmigt.

Sein Fernbleiben von der heutigen Sitzung hat der Herr Landtagsabgeordnete Wolfgang Spitzmüller entschuldigt. Ich glaube, dass wir auch von hier aus ihm alles Gute und einen guten Genesungsfortschritt wünschen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ich darf darauf hinweisen, dass aufgrund der aktuellen Covid-Krisensituation die heutige Sitzung öffentlich nur via live-stream verfolgt werden kann und ich bedanke mich, wie vorher schon gesagt, bei allen Abgeordneten, die heute auf der Galerie sitzen. Aber, auch bei Ihnen, wertere Damen und Herren Abgeordnete, dass Sie heute auch mit der Wahrung des Sicherheitsabstandes arbeiten.

Zudem darf ich wiederum bei unserer heutigen Sitzung den Landesdesinfektor begrüßen, der heute wieder die Desinfektion des Rednerpultes vornehmen wird.

Mitteilung des Einlaufes:

Präsidentin Verena Dunst: Nunmehr darf ich den Schriftführer, Herrn Abgeordneten Kilian Brandstätter, um Verlesung des Einlaufes bitten.

Bitte Herr Abgeordneter.

Schriftführer Kilian Brandstätter: Einlauf für die 05. Sitzung des Burgenländischen Landtages am Donnerstag, dem 07.05.2020.

Von der Landesregierung sind folgende Vorlagen eingelangt:

1. Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Stiftungs- und Fondsgesetz geändert wird (Zahl 22 - 44) (Beilage 64);

Vom Burgenländischen Landes-Rechnungshof ist der Prüfungsbericht betreffend

1. Säule Kultur der Landesholding Burgenland 01/2015 bis 11/2019 (Zahl 22 - 51) (Beilage 71);

Weiters ist der Dringlichkeitsantrag des Landtagsabgeordneten Markus Ulram, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend Coronafinanzhilfen für burgenländische Gemeinden (Zahl 22 - 66) (Beilage 92) eingelangt.

Ebenso sind die selbständigen Anträge

1. der Landtagsabgeordneten Johann Tschürtz, MMag. Alexander Petschnig, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend Sofortmaßnahmen für die burgenländischen Landwirte in der „Corona-Krise“ (Zahl 22 - 45) (Beilage 65);
2. des Landtagsabgeordneten Markus Ulram, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend eines Sport-Soforthilfepaketes für burgenländische Sportvereine (Zahl 22 - 52) (Beilage 78);

3. der Landtagsabgeordneten Markus Ulram, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend einer Prämie für Gesundheits- und Pflegeberufe (Zahl 22 - 53) (Beilage 79);
4. des Landtagsabgeordneten Markus Ulram, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend die Kostenübernahme der Schutzmaßnahme für Heimhilfen und Vollversorgung mit Schutzmasken (Zahl 22 - 54) (Beilage 80);
5. des Landtagsabgeordneten Markus Ulram, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend der Erhöhung der Tagsatzvereinbarungen für Trägerorganisationen (Zahl 22 - 55) (Beilage 81);
6. der Landtagsabgeordneten Markus Ulram, Carina Laschober-Luif, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend Förderung regionaler Vermarktungsplattformen (Zahl 22 - 56) (Beilage 82);
7. des Landtagsabgeordneten Markus Ulram, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend Maßnahmen gegen Pflegeengpässe (Zahl 22 - 57) (Beilage 83);
8. des Landtagsabgeordneten Markus Ulram, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend die Übernahme der Betreuungskosten für Pflichtschüler (Zahl 22 - 58) (Beilage 84);
9. der Landtagsabgeordneten Patrik Fazekas, Johannes Mezgolits, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend die Einführung einer Förderung für Homeoffice-Arbeitsplätze (Zahl 22 - 59) (Beilage 85);
10. der Landtagsabgeordneten Johann Tschürtz, MMag. Alexander Petschnig, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung zur Belegung der Konjunktur in Zeiten der COVID-19-Pandemie (Zahl 22 - 60) (Beilage 86);
11. der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend Ausbau von Photovoltaikanlagen (Zahl 22 - 61) (Beilage 87);
12. der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend Implementierung von Buddy-Systemen an Schulen (Zahl 22 - 62) (Beilage 88);
13. der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend Sicherheitsausbau der S4 (Zahl 22 - 63) (Beilage 89);
14. der Landtagsabgeordneten Johann Tschürtz, MMag. Alexander Petschnig, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend Sofortmaßnahmen für die südburgenländischen Kellerstöckl (Zahl 22 - 67) (Beilage 93);
15. der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Dieter Posch, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung für eine gerechte Besteuerung von multinationalen Konzernen (Zahl 22 - 68) (Beilage 94);
16. der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Dr. Roland Fürst, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung zur regionalen Ausgestaltung der Krankenkassen (Zahl 22 - 69) (Beilage 95);

eingelangt.

Weiters sind die schriftlichen Anfragen

1. des Landtagsabgeordneten Markus Ulram an Herrn Landeshauptmann Mag. Hans Peter Doskozil betreffend Bedarfszuweisungen (Zahl 22 - 43) (Beilage 63);
2. der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik an Herrn Landeshauptmann Mag. Hans Peter Doskozil betreffend Krankenhaus Gols (Zahl 22 - 49) (Beilage 69);
3. der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik an Herrn Landeshauptmann Mag. Hans Peter Doskozil betreffend Scheckübergabe (Zahl 22 - 50) (Beilage 70);
4. der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik an Frau Landesrätin Mag.a (FH) Daniela Winkler betreffend Kindergarten Parndorf (Zahl 22 - 64) (Beilage 90),
5. Der Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik an Herrn Landeshauptmann Mag. Hans Peter Doskozil betreffend Aufsichtsrat Burgenland-Tourismus (Zahl 22 - 65) (Beilage 91),

und die Beantwortungen der schriftlichen Anfragen

1. des Landtagsabgeordneten MMag. Alexander Petschnig an Herrn Landesrat Christian Illedits (Zahl 22 - 21) betreffend Hallenbad Neusiedl am See (Zahl 22 - 46) (Beilage 66);
2. des Landtagsabgeordneten MMag. Alexander Petschnig an Herrn Landeshauptmann Mag. Hans Peter Doskozil (Zahl 22 - 20) betreffend Burgenland Card (Zahl 22 - 47) (Beilage 67);
3. des Landtagsabgeordneten MMag. Alexander Petschnig an Herrn Landesrat Mag. Heinrich Dorner (Zahl 22 - 22) betreffend private Busunternehmen (Zahl 22 - 48) (Beilage 68);

eingelangt.

Weiters ist die Petition von Nadja Milletich und Unterstützern betreffend Durchführung einer Umweltprüfung - Ausbau des 5G Mobilfunknetzes im Burgenland (E2) eingelangt.

Präsidentin Verena Dunst: Danke schön Herr Berichterstatter. Ich darf nunmehr fortfahren. Die Regierungsvorlage Zahl 22 – 44, Beilage 64, weise ich dem Rechtsausschuss,

den Prüfungsbericht des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes Zahl 22 - 51, Beilage 71, weise ich dem Landes-Rechnungshofausschuss,

den selbstständigen Antrag Zahl 22 - 45, Beilage 65, weise ich dem Agrarausschuss und dem Rechtsausschuss,

die selbständigen Anträge Zahl 22 - 52, Beilage 78, Zahl 22 - 58, Beilage 84, Zahl 22 - 61, Beilage 87, Zahl 22 - 63, Beilage 89, und Zahl 22 - 68, Beilage 94, weise ich dem Rechtsausschuss, dem Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss;

den selbständigen Antrag Zahl 22 - 56, Beilage 82, Zahl 22 - 59, Beilage 85, und Zahl 22 - 60, Beilage 86, weise ich dem Wirtschaftsausschuss sowie dem Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss,

die selbständigen Anträge Zahl 22 - 53, Beilage 79, Zahl 22 - 54, Beilage 80, und Zahl 22 - 55, Beilage 81, weise ich dem Sozialausschuss und dem Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss,

die selbständigen Anträge Zahl 22 - 57, Beilage 83, Zahl 22 - 62, Beilage 88, und Zahl 22 - 69, Beilage 95, weise ich dem Rechtsausschuss und dem Sozialausschuss,

den selbständigen Antrag Zahl 22 - 67, Beilage 93, weise ich dem Rechtsausschuss und Wirtschaftsausschuss,

die Petition E2 weise ich dem Petitionsausschuss zu.

Die schriftlichen Anfragen Zahl 22 - 43, Beilage 63, Zahl 22 - 49, Beilage 69, Zahl 22 - 50, Beilage 70, und Zahl 22 - 65, Beilage 91, habe ich Herrn Landeshauptmann Mag. Hans Peter Doskozil,

die schriftliche Anfrage Zahl 22 - 64, Beilage 90, habe ich Frau Landesrätin Mag.a (FH) Daniela Winkler

zur Beantwortung übermittelt.

Außerdem habe ich die Beantwortungen von schriftlichen Anfragen Zahl 22 - 46, Beilage 46, Zahl 22 - 47, Beilage 47, und Zahl 22 - 48, Beilage 68,

den Fragestellern und den Damen und Herren des Hohen Hauses übermittelt.

Nunmehr komme ich zum Dringlichkeitsantrag. Der Dringlichkeitsantrag der Landtagsabgeordneten Markus Ulram, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend Coronafinanzhilfen für burgenländische Gemeinden (Zahl 22 - 66) (Beilage 92) wird gemäß § 24 Abs. 3 GeOLT frühestens drei Stunden nach Eingang in die Tagesordnung, spätestens jedoch um 15.00 Uhr behandelt.

Meine Damen und Herren! Sehr geehrter Hoher Landtag! Gemäß § 56 Abs. 5 GeOLT wurde die Tagesordnung für die heutige Sitzung fristgerecht versendet und ist unverändert geblieben. Wird gegen die Tagesordnung ein Einwand erhoben? - (*Abg. Markus Ulram. Zur Geschäftsordnung!*)

Bitte Herr Klubobmann.

Abgeordneter Markus Ulram (ÖVP): Sie haben gestern als Präsidentin des Hohen Landtages eine E-Mail über die Verhaltensregeln im Sitzungssaal ausgeschildet. Ich hätte gerne eine Präzisierung dazu.

Präsidentin Verena Dunst: Herr Klubobmann. Eine Präzisierung? Wozu? Zum Inhalt?

Abgeordneter Markus Ulram (ÖVP): Nein, zu den Schutzmasken, zum Beispiel.

Präsidentin Verena Dunst: Zu den Schutzmasken? Gerne. Vielleicht darf ich gleich die eine Bitte von mir noch dazu nehmen.

Wir haben heute hier herunteren im Plenarsaal zwar einen Sicherheitsabstand, trotzdem ist das Tragen der Masken für Sie alle verpflichtend. Es ist zwar der Sicherheitsabstand gegeben, dennoch darf ich Sie ersuchen, die Schutzmasken zu tragen.

Zum Zweiten habe ich eine Bitte an die Abgeordneten oben auf der Galerie. Hier darf ich Sie ersuchen, dass Sie während der Fragestunde die Notwendigkeit der Maske haben, weil wir oben keinen Desinfektor haben, aber für Sie sehr wohl ein Mikrofon eingerichtet ist.

Daher darf ich Sie bitten, während der Fragestunde, wenn Sie Ihre Frage stellen, mit Schutzmaske zu sprechen. Für die Reden während des Landtages ist vorgesehen, dass auch die Redner und Rednerinnen von den Galerien oben herunter in den Plenarsaal kommen. Diese Zeit haben wir, das wird kein Problem sein. Wir warten dann auf Sie als Redner und Rednerin, dass Sie hier am Rednerpult sprechen. *(Abg. Johann Tschürtz: Zur Geschäftsordnung!)*

Bitte Herr Klubobmann.

Abgeordneter Johann Tschürtz (FPÖ): Es ist so, dass im Parlament die Hälfte der Abgeordneten ohne Masken dasitzt. Wir werden als Freiheitliche hier ebenfalls ohne Masken sitzen. Dazu kann es keine Anweisung geben, auch nicht seitens der Präsidentin.

Es ist so, dass der Weltärztepräsident Montgomery darauf aufmerksam gemacht hat, dass das Tragen der Schutzmaske gefährlich sein kann. Es gibt verschiedene Studien, es gibt verschiedene Ausrichtungen, es ist sogar so, dass bei unsachgemäßer Anwendung, und das sagt er definitiv, Krankheiten entstehen können, die gar nicht da sind.

Daher wollen wir das so machen wie im Parlament, im Hohen Haus, wo die Hälfte der Abgeordneten ebenfalls ohne Maske dasitzt. Wir werden auch ohne Maske sitzen.

Präsidentin Verena Dunst: Danke Ihnen Herr Klubobmann. Zusammengefasst, damit wir in die Tagesordnung einsteigen. Danke Ihnen für den Hinweis, Herr Klubobmann, danke Ihnen für Ihren Einwand. Ich bin sehr froh, und bedanke mich bei der Landtagsdirektion, dass sie dafür gesorgt hat, dass Sie mit Sicherheitsabstand sitzen.

Ich habe eine Bitte an Sie geäußert, wenn Sie dieser Bitte nicht nachkommen, kann ich damit umgehen. Ich darf Sie aber nur darauf aufmerksam machen, dass gerade wir in der Politik auch aufgefordert sind, Vorbilder zu sein. Aber, das muss jeder mit sich ausmachen.

Ich bin weder Ärztin noch fühle ich dazu berufen, jetzt auf Ihr Argument einzuwirken. Das ist Ihnen überlassen, der Sicherheitsabstand ist gegeben.

Ich darf nunmehr in die Tagesordnung eingehen.

1. Punkt: Fragestunde

Präsidentin Verena Dunst: Wir kommen zum 1. Punkt der Tagesordnung, nämlich, zur Fragestunde. Ich beginne - es ist jetzt 10 Uhr 29 - mit dem Aufruf der Anfragen.

Wie gesagt, meine Damen und Herren Abgeordneten auf den Galerien, bitte hier die Maske auch bei Ihrer Anfrage oben zu lassen.

Ich starte mit der ersten Anfrage. Die erste Anfrage ist von der Frau Abgeordneten Mag.a Regina Petrik an Herrn Landesrat Christian Illedits gerichtet. Ich bitte daher die Frau Abgeordneten Mag.a Regina Petrik um Verlesung Ihrer Anfrage.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Danke Frau Präsidentin. Nachdem ich alleinige Benutzerin dieses Mikros bin, glaube ich, darf ich die Maske herunternehmen.

Sehr geehrter Herr Landesrat! Im Arbeitsprogramm der Landesregierung kann man zum -

Präsidentin Verena Dunst: Entschuldigen Sie bitte einen Moment, wir werden das Mikro schärfen müssen. – So, bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE) (*fortsetzend*): Sehr geehrter Herr Landesrat, im Arbeitsprogramm der Landesregierung kann man zum Thema Schulsozialarbeit folgendes lesen, ich zitiere: "Durch den verstärkten von Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeitern sowie der gezielten Setzung von Maßnahmen sollen junge Menschen in ihrer individuellen, sozialen, schulischen beruflichen Entwicklung gefördert werden (Seite 70)."

Im Maßnahmenplan der Landesregierung findet sich aber kein Wort zur Schulsozialarbeit, hier ist nur von einer landesweiten Gewaltpräventionsstrategie und vom Ausbau der psychologischen und schulärztlichen Unterstützung die Rede.

Herr Landesrat, wie viele Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter werden konkret zur Implementierung von Schulsozialarbeit im Burgenland durch die Landesregierung eingesetzt werden?

Präsidentin Verena Dunst: Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Christian Illedits (SPÖ): Guten Morgen! Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Frau Abgeordnete! In Ihrer Anfrage beziehen Sie sich auf Punkt 87 in unserem Regierungsprogramm im Kapitel „Bildung“.

Im Punkt 35 des Regierungsprogrammes im Kapitel "Spitäler, Gesundheit und Soziales" sind die Schulsozialarbeiter sehr wohl erwähnt. Und es wird auch genau beschrieben, welche Aufgaben diese zu erfüllen haben und in welchem Ausmaß und ab wann sie diese Aufgaben erfüllen sollen.

Wir haben diese Schulsozialarbeiter, das ist in der Berufsbezeichnung inkludiert, sowohl in den Kapiteln "Soziales" wie auch "Bildung" in unserem Zukunftsplan für das Burgenland angesiedelt.

Im Regierungsprogramm auf Seite 35 steht folgendes: Eine Schwerpunktbehörde soll die Professionalität und Effizienz in diesem sensiblen Bereich noch weiter erhöhen und in einen stufenweisen Prozess wird qualifiziertes Personal für ambulante Betreuungsleistungen in den Bezirksbehörden bis 2021 angesiedelt werden.

Ab 2020 werden Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter an den Bezirkshauptmannschaften tätig sein, die als Drehscheibe zwischen Schule, zu Hause und behördlichen Stellen fungieren sollen.

Wir haben die Schulsozialarbeit natürlich als einen sehr wichtigen Schwerpunkt hier in unser Regierungsprogramm übernommen, weil sie sich eben genau als das versteht, was ich vorher skizziert habe. Es soll eben ein schulinternes Stützsystem mit Schulpsychologie, mit Schulassistenz oder auch mit Beratungslehrerinnen und Beratungslehrer hier natürlich noch erweitert werden, aber natürlich nicht ersetzt werden.

Und der wesentliche Unterschied besteht ja hier darin, dass die Schulsozialarbeit im Bedarfsfall an die außerschulische Lebenswelt, nämlich die Familien, die Freizeit und vieles weitere auch erweitert werden kann und einschreitet, werden sich zum Beispiel Beratungslehrerinnen und Beratungslehrer auf schulinterne Abläufe fokussieren.

Die weitere Vorgehensweise, jetzt zu Ihrer erweiterten Frage - wie viele und wann werden diese dann eingesetzt? Wir haben momentan die Situation im Burgenland, dass wir über die Bildungsdirektion drei Schulsozialarbeiter im Gesamtausmaß von 1,5 Vollzeitäquivalenten eingesetzt haben. Davon gibt es eine Kostenteilung 50 Prozent Bund - 50 Prozent Land.

Und diese sind der Schulpsychologie in der Bildungsdirektion angebunden und die betreuen im Moment drei Mittelschulen - Neusiedl am See, Neudörfel und Rosental-Eisenstadt. Schattendorf sollte auch mit in die Erweiterung einbezogen werden, durch die Corona-Krise wurde das aber nicht mehr in Umsetzung gebracht.

Zusätzlich eben zu diesem Bereich der Bildungsdirektion wollen wir jetzt eben weitere Schulsozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter, angesiedelt auf die Bezirkshauptmannschaften, eben aufnehmen und implementieren. Und es gibt natürlich für unsere Entscheidung, wie viele sollen eingesetzt werden, da gibt es natürlich einige Benchmarks.

Eine wichtige ist für mich eine Studie der Fachhochschule Burgenland, an der wir uns natürlich auch in der Einsatzzahl, in der Notwendigkeit, orientieren. Zum anderen gibt es natürlich auch die Anzahl der Mittelschulen, wo eben vornehmlich der Einsatz passieren soll und natürlich auch die Schüleranzahl in unseren Mittelschulen.

Das heißt aber nicht, dass es einen generellen, ausschließlich Einsatz nur in den neuen Mittelschulen passieren soll, sondern es kann natürlich auch, wenn es hier mit Schulkooperationen oder mit Vernetzung passiert auch dort natürlich dieser Einsatz zwischen Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeitern passieren.

Das heißt, wir haben natürlich berechnet, wie hoch ist dann der Abdeckungsgrad, wenn wir jetzt eben drei, vier, fünf, sechs, sieben Personen einsetzen. Aber es ist der Plan, dass wir einen stufenweisen Vollausbau, um eben einen notwendigen Abdeckungsgrad zu erreichen, vorhaben.

Die Bewerbungsgespräche nach der Ausschreibung haben stattgefunden. Durch die COVID-Krise mussten diese, um eben hier eine Gleichheit herzustellen leider abgebrochen werden, werden jetzt in den nächsten Wochen fortgesetzt. Bis zum Sommer haben wir diese fertig und dann ab September können eben die Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter eingesetzt werden.

Wir haben noch ein wenig einen Bedarf, zu wenige Anmeldungen, deshalb ist parallel jetzt auch eine weitere Ausschreibung schon geschehen, damit wir auch wirklich für alle Regionen im Burgenland hier die Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter in notwendiger Personenanzahl in Vollzeitäquivalenten eben auch zur Verfügung haben.
(Beifall bei der SPÖ)

Präsidentin Verena Dunst: Danke Herr Landesrat. Frau Abgeordnete, Sie haben eine Zusatzfrage? - Bitte.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Ja, meine erste Zusatzfrage ist: Zum Verständnis, Sie haben gesagt, in der Bildungsdirektion, diese dreimal eine halbe Anstellung bleiben und die anderen werden dann zusätzlich ausgebaut. Habe ich das richtig verstanden?

Das heißt, es wird dann Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter mit unterschiedlichen Dienstgebern in Zukunft geben? Oder wie soll ich mir das vorstellen, die einen an den Bezirkshauptmannschaften, die anderen von der Bildungsdirektion?

Präsidentin Verena Dunst: Danke, die Frage ist gestellt. Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Christian Illedits (SPÖ): Zur Frage jetzt zusätzlich ergänzend - natürlich sollen jetzt diese eineinhalb Vollzeitäquivalente, die haben wir jetzt, die sind natürlich schon aktiv im Dienst, aktiv im Dienst, wir wollen natürlich diese weiter beschäftigen, ist ja eine gemeinsame Initiative Bund-Land.

Es gibt natürlich dann auch noch anderen Überlegungen hier, weil eben hier doch schon ein Defizit seitens des Bundes besteht, aber wir wollen das natürlich ergänzen mit unseren Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeitern. Das heißt, insgesamt rechnen wir natürlich die Bestehenden, die in der Bildungsdirektion zugeordnet sind, auch natürlich zu denen, die wir natürlich noch zusätzlich anstellen werden.

Aber es ist ein wenig ein anderes Einsatzgebiet. Ich habe das schon erwähnt, wo momentan diese Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter, in welchen Mittelschulen die eben schon eingesetzt sind. Wir haben noch eine weitere Anzahl, viele, wo eben auch die neu aufgenommenen tätig sein werden.

Aber das soll natürlich alles abgestimmt sein. *(Beifall bei der SPÖ)*

Präsidentin Verena Dunst: Danke Herr Landesrat. Es gibt eine Zusatzfrage – bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Ja, also sind wir froh, dass im Regierungsprogramm auch schon der Ausbau der Schulsozialarbeit drinnen steht, das war auch den GRÜNEN damals ein großes Anliegen. Dann kann das gut weitergehen. Ich habe jetzt wahrgenommen, es bleibt bei zwei verschiedenen Dienstgebern.

Ich freue mich sehr, dass Sie diese Studie der FH angesprochen haben und offensichtlich haben Sie sie auch gelesen. Da sind Sie privilegiert, weil, andere durften sie noch nicht lesen.

Nachdem das jetzt sozusagen eine Unterlage offensichtlich doch ist, für die weiteren Entscheidungen, spricht aus Ihrer Sicht noch irgendetwas dagegen, dass auch andere Menschen, zum Beispiel Abgeordnete des Burgenländischen Landtages, Bildungsinteressierte, diese Studie der FH, die ja auch maßgeblich angeleitet wurde vom jetzigen Abgeordneten Fürst, auch einsichtig ist und zu lesen ist?

Präsidentin Verena Dunst: Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Christian Illedits (SPÖ): Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Aus meiner Sicht spricht nichts dagegen. *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Danke schön. – Beifall bei der SPÖ)*

Präsidentin Verena Dunst: Es gibt eine weitere Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Patrik Fazekas, BA (ÖVP): Danke Frau Präsidentin. Sehr geehrter Herr Landesrat! Sie haben vorher von drei Schulsozialarbeitern gesprochen.

Wie sieht die Arbeit derzeit in der Krise, in der Corona-Krise aus? Können die Schülerinnen und Schüler diese Schulsozialarbeiter kontaktieren via Telefon, Zoom, oder anderen Möglichkeiten?

Präsidentin Verena Dunst: Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Christian Illedits (SPÖ): Also ich kann es nur so interpretieren, also ich kann es nur interpretieren, nachdem diese drei Schulsozialarbeiter der Bildungsdirektion unterstellt sind und nicht dem Sozialressort, kann ich jetzt diese Arbeits- und Vorgangsweise eigentlich nur interpretieren.

Und ich denke mir, weil es auch in der Schulpsychologie im unterstützenden Bereich oftmals auch telefonische Beratungen geben könnte, im Bedarfsfall, wäre das vielleicht hier auch so.

Aber ich kann es nicht beantworten, weil es nicht in meine Zuständigkeit fällt.
(*Beifall bei der SPÖ*)

Präsidentin Verena Dunst: Danke Herr Landesrat. Es gibt keinen weiteren Fragen. - Doch Verzeihung, das ist auf der Galerie. Herr Abgeordneter, Sie verzeihen.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Dr. Roland Fürst (SPÖ): Sehr geehrter Herr Landesrat! (*Das Mikrofon auf der Galerie ist nicht laut genug.*)

Präsidentin Verena Dunst: Wir werden ein bisschen lauter stellen. Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Dr. Roland Fürst (SPÖ) (fortsetzend): Sehr geehrter Herr Landesrat! 2019 hat der Bund auch Mittel für die Schulsozialarbeit zur Verfügung gestellt.

Meine Frage im Detail: Beteiligt sich der Bund am Ausbau der Schulsozialarbeit im Burgenland und mit welchen finanziellen Mittel?

Präsidentin Verena Dunst: Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Christian Illedits (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich habe kurz schon erwähnt, wie die momentane Situation ist. Die wurde ja nicht zufällig, sondern die wurde ja von einer damals noch Schwarz-Blauen Bundesregierung herbeigeführt. Es kam damals eben zu massiven Kürzungen und Einsparungen beim Thema Schulsozialarbeit.

Und hier haben wir ja auch im internationalen Vergleich eher eine sehr bescheidene Rolle, die wir spielen, wenn es um die Schulsozialarbeit in ganz Österreich geht und eben sehr wenig Support für die Lehrerinnen und Lehrer und auch für die Kinder und Eltern.

Der Integrationstopf, aus dem die Schulsozialarbeit auch vom Bund teilweise finanziert wurde, wurde damals eben sehr stark gekürzt. Weil eben damals die Schulsozialarbeit sehr stark mit der Flüchtlingskrise gesehen wurde, was eigentlich nicht wirklich ein vernünftiger Ansatz war, weil ja Schulsozialarbeit präventive Prävention ist, das soll ja präventiv passieren.

Und diese 1,5 Vollzeitäquivalente, die bei der Schulpsychologie, wie erwähnt, angesiedelt sind, eigentlich ein bescheidener Beitrag, sind in der 50 Prozent Finanzierung des Bundes.

Also hier glaube ich, könnte man allgemein schon nachdenken, ob es nicht zu einer Änderung kommen würde und wir hier auch die dementsprechende Anzahl auch an Schulpsychologen im Bildungsbereich und parallel dazu dann natürlich auch die Schulsozialarbeit auch auf den Bezirkshauptmannschaften tatsächlich auch zum Einsatz bringen könnten.

Es würde zum einen unser Budget doch entlasten und insgesamt doch auch eine irgendwo Gleichstellung, der Bund erledigt seine Aufgaben, das Land auch seine, herstellen.

Also ich würde mir das in der Zukunft auch vom Bund wünschen. (*Beifall bei der SPÖ*)

Präsidentin Verena Dunst: Danke Herr Landesrat. Gibt es eine weitere Zusatzfrage? - Das ist nicht der Fall, dann darf ich schon zur nächsten Anfrage kommen.

Die zweite Anfrage ist vom Herrn Landtagsabgeordneten Herrn MMag. Alexander Petschnig an Frau Landesrätin Mag.a. Astrid Eisenkopf, Entschuldigung, an die Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin Mag.a. Astrid Eisenkopf gerichtet.

Herr Abgeordneter, ich darf Sie um Ihre Frage bitten

Abgeordneter MMag. Alexander Petschnig (FPÖ): Danke Frau Präsidentin. Sehr geehrte Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin! Ihr Vorgänger Ex-Landeshauptmann-Stellvertreter Johann Tschürtz, hat sich für einen schwer erkrankten Bürger der Stadtgemeinde Jennersdorf eingesetzt und mitgeholfen dem Betroffenen die Anschaffung eines besonders angepassten Rollstuhles zu ermöglichen.

Beim Versuch, seine Stimme am Vorwahltag der vergangenen Landtagswahl anzugeben, musste der Betroffene dann zur Kenntnis nehmen, dass das Gemeindeamt in Jennersdorf - wohl in gesetzwidriger Weise - nicht barrierefrei zugänglich ist.

Auf die Situation aufmerksam gemacht, wird der Bürgermeister mit den Worten zitiert, "die Anwesenden mögen den Betroffenen eben hineintragen", sowie mit der Frage, „ob er den wirklich heute wählen gehen wolle beziehungsweise müsse.“

Dazu stelle ich hier folgende Frage: Was wird die Ihnen unterstehende Gemeindeaufsicht unternehmen, um auch im Jennersdorf des Jahres 2020 behinderten Mitbürgern die barrierefreie und uneingeschränkte Ausübung ihres Wahlrechtes zu ermöglichen?

Präsidentin Verena Dunst: Bitte Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin.

Landeshauptmann-Stellvertreterin Mag.a Astrid Eisenkopf (SPÖ): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Herr Landeshauptmann! Werte Regierungsmitglieder! Hohes Haus! Herr Abgeordneter! Zunächst einmal ist festzustellen, dass ein uneingeschränkter Zugang zu Wahllokalen und zu Wahlurnen natürlich uns allen ein zentrales und grunddemokratisches Anliegen ist. Das steht hier sicherlich außer Frage.

Jeder Bürger und jede Bürgerin muss die Möglichkeit haben, von seinem Wahlrecht entsprechend Gebrauch zu machen. Da sehen die verschiedenen Wahlordnungen auch entsprechende Möglichkeiten vor. Sei es jetzt, dass man direkt am Wahltag vor der Wahlbehörde wählt, es gibt die Möglichkeit, vor der Sonderwahlbehörde zu wählen, am vorgezogenen Wahltag. Es gibt die Möglichkeit der Briefwahl, ohne überhaupt ein Wahllokal aufsuchen zu müssen und es gibt die Möglichkeit mit Wahlkarte am Wahltag direkt im Wahllokal auch zu wählen.

Ich denke, also im Großen und Ganzen haben wir hier ein sehr gutes und vor allem auch ausgeprägtes Wahlsystem in unserem Land, das jedem Bürger und jeder Bürgerin ermöglicht, entsprechend von seiner Wahlmöglichkeit Gebrauch zu machen.

Was den konkreten Fall in Jennersdorf betrifft, den Sie hier schildern, sollte grundsätzlich einmal festgehalten werden, dass eine solche Wortwahl, sollte sie so stattgefunden haben, in schärfster Art und Weise zurückzuweisen ist, dass das nichts in einem Wahllokal verloren, keine Frage.

Der Vollständigkeit halber möchte ich aber auch dazu fügen, dass ich vor kurzem erst bezüglich Ihrer Anfrage mit dem Bürgermeister selbst persönlich gesprochen habe und er die Situation ein wenig anders darstellt. Er behauptet solche Aussagen nicht getroffen zu haben.

Ohne jetzt dabei gewesen zu sein, ist das jetzt natürlich schwer zu beurteilen. Abgesehen davon ist es in Jennersdorf gerade so, dass vor allem auch zum Zeitpunkt der

Wahl sich das Gemeindeamt im Umbau befindet. Teil dieses Umbaus ist auch einen barrierefreien Zugang herzustellen. Das heißt, der gesetzspflichtige Zustand wird demnächst auch in Jennersdorf hergestellt sein.

Generell ist aber vielleicht zu sagen, dass die Umsetzung der Maßnahmen dieses Bundesbehindertengleichstellungsgesetzes ja den Bürgermeistern grundsätzlich obliegen als Baubehörde erster Instanz.

Die Gemeindeaufsicht hat in diesem Fall keine Zuständigkeit, weil die Verpflichtung der Umsetzung der Barrierefreiheit eben auf einem Bundesgesetz fußt und wir auch nicht die Möglichkeit haben, hier von Amts wegen tätig zu werden oder zu kontrollieren.

Sollten Anzeigen vorliegen, ist die Bezirkshauptmannschaft die jeweilige hier die entsprechende zuständige Behörde. Soweit mir bekannt ist, liegt hier aber in diesem Fall keine Anzeige vor.

Abgesehen davon, ist im Bereich der Neubauten ja diese barrierefreie Gestaltung bereits seit 2006 verpflichtend mit entsprechenden Übergangsfristen bis 2016 ja umzusetzen.

Unabhängig aber von diesen gesetzlichen Verpflichtungen weist hier die Landeswahlleitung die Gemeindevahlbehörden immer darauf hin, also es wird immer regelmäßig nahegelegt, in ihrem Gemeindegebiet zumindest ein barrierefrei zugängliches Wahllokal zur Verfügung zu stellen.

Und da muss man auch sagen, das ist in den letzten Jahren wirklich sehr gut auch von statten gegangen. Die Gemeinden haben hier einiges auf die Beine gestellt. Ich habe mir hier ein paar Zahlen auch geben lassen.

Es zeigt sich, dass bei der letzten Wahl bereits 327 der 438 Wahllokale, also etwa 75 Prozent, barrierefrei zugänglich waren. Wenn man das jetzt auf die Gemeinden umlegt, auf die 171, waren an dem entsprechenden Wahltag von 171 burgenländischen Gemeinden in 148 bereits zumindest ein Wahllokal barrierefrei zugänglich. Das sind sogar 86 Prozent.

Das heißt, man sieht hier, dass die Gemeinden wirklich einiges auf die Beine gestellt haben in den letzten Jahren. Wir werden uns aber auch mit den 86 Prozent nicht zufriedengeben.

Wir werden auch in Zukunft natürlich weiter darauf hinweisen, dass dieser gesetzeskonforme Zustand natürlich hergestellt werden muss. *(Beifall bei der SPÖ)*

Präsidentin Verena Dunst: Danke Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin. Gibt es eine Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter MMag. Alexander Petschnig (FPÖ): Ja danke, Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin. Ich werde das sehr gerne so weitergeben. Ich war natürlich auch nicht dabei. Konnte das natürlich auch als sozusagen Überbringer der Botschaft hier vortragen.

Nur eine Frage noch zur Klärung: Sollte es ähnliche Vorfälle wieder geben, an wen können sich die Betroffenen dann wenden, wenn Sie sagen, die Gemeindeaufsicht hat hier keine Zuständigkeit?

Präsidentin Verena Dunst: Bitte Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin.

Landeshauptmann-Stellvertreterin Mag.a Astrid Eisenkopf (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Entsprechende Beschwerden oder Anzeigen sind an die zuständige Bezirkshauptmannschaft in diesem Fall dann zu wenden.

Also grundsätzlich ist der Bürgermeister die Baubehörde erster Instanz. Sollte es zu Anzeigen oder Beschwerden kommen, an die Bezirkshauptmannschaft, die hier das Bundesgesetz ausübt. *(Beifall bei der SPÖ)*

Präsidentin Verena Dunst: Danke schön. Gibt es weitere Zusatzfragen? - Das ist nicht der Fall. Dann darf ich zur dritten Anfrage kommen.

Die dritte Anfrage ist vom Herrn Abgeordneten Klubobmann Markus Ulram an die Frau Landesrätin Mag.a (FH) Daniela Winkler gerichtet.

Bitte Herr Klubobmann.

Abgeordneter Markus Ulram (ÖVP): Danke Frau Präsidentin! Sehr geehrte Frau Landesrätin! Laut Medienberichten stellen Sie den Schulen im Burgenland 5.000 Schutzmasken aus Stoff für die Schulkinder und in ausreichender Menge Einwegmasken für Pädagoginnen und Pädagogen zur Verfügung.

Wie erfolgt die zeitgerechte Verteilung an den Schulen?

Präsidentin Verena Dunst: Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Mag.a (FH) Daniela Winkler (SPÖ): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Herr Landeshauptmann! Hohes Haus! Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Wie Sie wissen, haben wir ab 16. März auf Grund der COVID-19 Pandemie den Unterricht in den Schulen auf Distance Learning umgestellt. Wir hatten sehr viele neue Herausforderungen auch im Bildungsbereich dahingehend.

Durch das schrittweise Hochfahren auch in der Wirtschaft und natürlich auch zusammenhängend mit der Berufstätigkeit der Eltern ist natürlich auch ständig die Anzahl der Schülerinnen und Schülern in den Schulen angestiegen.

Es gab im Bildungsbereich, vor allem was Richtlinien bezüglich Hygienemaßnahmen betrifft, sehr, sehr lange keinerlei Richtlinien oder Vorschriften seitens des Bundes.

Ich habe bereits Anfang April, ich glaube es war der 02. oder 03. April ein Email an den Herrn Bundesminister, an den zuständigen Minister im Bildungsbereich geschrieben, da ich gerne eine koordinierte Vorgehensweise bei den Richtlinien und gerade bei den Hygienemaßnahmen, die im Bildungsbereich sehr wesentlich sind, eine Abstimmung mit den Ländern verlangt habe.

Leider habe ich bis heute eigentlich auf meine Email keine Antwort erhalten. Es gab zwar eine Videokonferenz danach, aber das war in den sieben Wochen eine einzige Abstimmung mit den Ländern bezüglich dem Bildungsbereich, der meines Erachtens ein sehr wesentlicher Bereich ist.

In Summe wurden für den Pflichtschulbereich 17.500 Stück Mund-Nasen-Schutz Masken angeschafft, da wir seitens des Landes natürlich aktiv werden mussten, da es wie eben erwähnt, keine Vorschriften diesbezüglich gab.

5.000 Stück Mund-Nasen-Schutz Mehrwegmasken wurden für Kinder angeschafft in natürlich dementsprechend geeigneter Kindergröße. 12.500 Mund-Nasen-Schutz Masken wurden auch für Pädagoginnen und Pädagogen angeschafft. Davon 2.500 Stück in Form von Stoffmasken, die wieder verwendbar sind und daher für die Umwelt auch verträglicher. Und 10.000 Stück wurden an Einwegmasken zur Verfügung gestellt.

Wie wir die Masken angeschafft haben, war bereits Maskentragepflicht in den Geschäftslokalen und auch in öffentlichen Verkehrsmitteln und auch für Kinder die das sechste Lebensjahr vollendet haben.

Die Textilmasken für Kinder und die Einwegmasken für die Pädagoginnen und Pädagogen wurden bereits an die Bildungsdirektion übergeben und diese hat dann natürlich auch die Verteilung an die einzelnen Schulstandorte durchgeführt.

Die Auslieferung der Mund-Nasen-Schutz Masken ist bereits erfolgt und die Grundlage der Aufteilung war natürlich die Schulgröße. Das heißt, die Anzahl der Schülerinnen, die Anzahl der Schüler und die Anzahl der Lehrpersonen vor Ort.

Was mir auch sehr wichtig war, dass wir seitens des Landes unseren gesamten Verpflichtungen nachkommen und auch die Landeslehrerinnen und Landeslehrer in den Privatschulen mit dementsprechenden Hygienemaßnahmen und in dem Fall mit Mund-Nasen-Schutz ausgestattet haben.

Auch die Sonderschulen waren uns sehr wichtig, da auch dort dementsprechende Hygienemaßnahmen einzuhalten sind. Daher haben wir die Sonderschulen mit 100 Stück FFP1 Masken ausgestattet und natürlich auch Einweghandschuhe verteilt. An die Sonderschulen haben wir auf Grund besonderer Herausforderungen auch Gesichtsschutzvollvisiere je Sonderschule ausgeliefert.

Bei diesen 5.000 Stück Mund-Nasen-Schutz Masken für die Kinder war es mir wichtig, dass es ein freiwilliges Angebot dargestellt hat, weil es ja zu dieser Zeit noch keine Regelungen seitens des Bundes gegeben hat. Das heißt, wir wollten diese Masken kostenlos für die Eltern als Angebot bereitstellen für die Pädagoginnen und für die Pädagogen, wenn sie den Schutz benötigen.

Seit Vorliegen des Hygienehandbuches des Bundes wissen wir, dass die Eltern jetzt dementsprechend für die Versorgung mit Mund-Nasen-Schutz beitragen müssen. Natürlich ist es aber wichtig, gerade in Schulen dafür zu sorgen, dass wir auch Depotlösungen haben.

Das heißt, wir haben in den einzelnen Schulen für Depots gesorgt. Depots an Masken für Schülerinnen und Schüler in der dementsprechenden Größe, aber natürlich auch Depots für Pädagoginnen und Pädagogen, weil es kann natürlich immer wieder passieren, dass jemand seine Maske vergisst, dass die Maske verschmutzt ist oder die Maske verloren geht oder auch sonst irgendwie beschädigt ist.

Das heißt, wir haben seitens des Landes alles getan um die dementsprechenden Hygienemaßnahmen im Bildungsbereich auch einzuhalten. *(Beifall bei der SPÖ)*

Präsidentin Verena Dunst: Danke schön Frau Landesrätin. Eine Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Markus Ulram (ÖVP): Da muss ich Ihnen vehement widersprechen, von Depots ist man weit weg.

Ich darf nur eine Feststellung machen: Die Aussendung des Landes von Schutzmasken erfolgt in Kuverts, lose, wer auch immer die gezählt hat, oder einem Corona-Test unterzogen worden ist oder nicht oder wird Corona mitgeliefert, das weiß man nicht. *(Der Abgeordnete Markus Ulram zeigt ein Foto.)*

Tatsache ist, diese Vorgehensweise kann nicht den Hygienemaßnahmen entsprechen, zum einen. Und zum zweiten sind für die Lehrerinnen und Lehrer für eine Volksschule, wo zehn Pädagogen arbeiten, 35 Stück Einwegmasken geliefert worden.

Daher meine Frage: Aufgrund welcher Erhebung oder Berechnung wurde die Anschaffung oder der Ankauf getätigt?

Präsidentin Verena Dunst: Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Mag.a (FH) Daniela Winkler (SPÖ): Ich möchte vielleicht kurz zu Ihrem Foto sagen, kurz zu Ihrem Foto, Herr Abgeordneter. Es wurden natürlich dementsprechend auch bei der Sortierung des Mund-Nasen-Schutzes immer die dementsprechenden Hygienemaßnahmen in der Bildungsdirektion eingehalten.

Die Bildungsdirektion hat diesen Mund-Nasen-Schutz, wie gesagt, mit Handschuhen, mit dementsprechenden Vorsichtsmaßnahmen, mit Desinfektion, et cetera, mit Händewaschen, allen Hygienemaßnahmen die uns zur Verfügung stehen und die wir natürlich auch einhalten müssen, ist auch ganz klar, versendet.

Die andere Frage bezüglich der Aufteilung der Masken. Wie Sie wissen, ist in dem Hygienehandbuch seitens des Bundes geregelt, dass die Eltern für den Mund-Nasen-Schutz sorgen müssen.

Das heißt, wir haben ein dementsprechendes Kontingent dafür zur Verfügung gestellt, in unserer Meinung nach ausreichender Menge, wenn der Mund-Nasen-Schutz wie vorhin gesagt, beschädigt wird, verloren gegangen ist, et cetera.

Und sollte kein Mund-Nasen-Schutz mehr zur Verfügung stehen, dann werden wir natürlich seitens des Landes auch dafür sorgen, dass wir unseren Verpflichtungen nachkommen. Das ist für uns selbstverständlich. *(Beifall bei der SPÖ)*

Präsidentin Verena Dunst: Danke Frau Landesrätin. Die zweite Zusatzfrage? - Bitte Herr Klubobmann.

Abgeordneter Markus Ullram (ÖVP): Sie lenken ab von den Pädagoginnen, von der Ausrüstung der Pädagoginnen und Pädagogen zu den Kindern und Sie warten immer anscheinend auf Anweisungen.

Ich kann Ihnen sagen, wenn 35 Schutzmasken, Einwegschutzmasken, wo man davon ausgeht, dass zumindest ein Pädagoge zwei Masken am Tag braucht, ausreichend Ihrer Meinung nach sind, so soll es so sein. Ich glaube, dass es nicht ausreichend ist. Ich habe keine Richtlinie als Gemeinde. Ich habe dementsprechend 2.000 solcher Einwegschutzmasken angeschafft. Ich helfe Ihnen gerne damit aus.

Meine Frage: Wie lange wird es ausreichend Schutzmasken für die Pädagoginnen und Pädagogen geben, wenn man davon ausgeht, dass zumindest zwei pro Tag, pro Lehrkraft, benötigt werden?

Präsidentin Verena Dunst: Frau Landesrätin, bitte.

Landesrätin Mag.a (FH) Daniela Winkler (SPÖ): Ich möchte bezüglich der Anweisungen kurz klarstellen, Herr Abgeordneter, dass wir nicht nur auf die Anweisungen seitens des Bundes warten, weil ich meine, da würden wir lange warten, das heißt, wir haben seitens des Landes immer vorab Empfehlungen hinausgegeben.

Das betrifft zum Beispiel auch den Kindergartenbereich. Hier hat es Empfehlungen seitens des Landes gegeben, bereits vorab, bevor wir dieses Hygienehandbuch erhalten haben und das Hygienehandbuch für die Schulen ist wirklich sehr, sehr spät gekommen.

Wir haben Empfehlung herausgegeben an die Kindergärten, an die Kindergartenleiterinnen, Kindergartenleiter, an die Erhalter der Kindergärten, wie sie im Bereich der Kindergärten auch umzugehen haben.

Auch im schulischen Bereich haben wir Empfehlungen dementsprechend hinausgegeben. Und ich habe es schon erwähnt, was den Mund-Nasen-Schutz betrifft, dann ist das nur ein Depot, ein Kontingent, falls Masken vergessen werden.

Und wir werden auch dementsprechend vorsorgen, wenn (*Abg. Markus Ulram: Das heißt, der Lehrer ist verpflichtet sich selbst eine Maske zu besorgen.*) wir Mund-Nasen-Schutz zur Verfügung stellen müssen. Dann werden wir unseren Verpflichtungen auch weiterhin nachkommen. (*Abg. Markus Ulram: Der Lehrer muss sie sich selbst besorgen. – Beifall bei der SPÖ*)

Präsidentin Verena Dunst: Gibt es eine weitere Zusatzfrage? – Das ist nicht der Fall - Entschuldigung - bitte sehr, Frau Abgeordnete.

Abgeordnete DI Julia Wagentristl (ÖVP): Vielen Dank Frau Präsidentin. Sehr geehrte Frau Landesrätin! Vielen Dank für die Ausführungen.

Vielleicht könnten Sie noch ganz kurz darauf eingehen, wann die nächste Lieferung der Masken geplant ist? Wir haben jetzt auch gehört, zwei Masken am Tag. Vielleicht können Sie da ganz kurz darauf eingehen, wann die nächste Lieferung an die Schulen erfolgt?

Präsidentin Verena Dunst: Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Mag.a (FH) Daniela Winkler (SPÖ): Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Ich glaube, ich habe es jetzt schon sehr, sehr oft erwähnt, dass wir mit dem Start am 18. Mai, die Schule startet ja am 18. Mai, das heißt es wird wieder auf Präsenzunterricht umgestellt. Wir haben die Schulen auch mit dementsprechendem Material versorgt.

Und wir werden natürlich die Schulen, wir (*Abg. Markus Ulram: 35 Stück für eine ganze Schule.*) werden die Schulen natürlich ständig abfragen, ob sie weiteren Mund-Nasen-Schutz benötigen.

Aber ich möchte schon klarstellen, dass in den Geschäften et cetera, in öffentlichen Bereichen auch ein Mund-Nasen-Schutz zu tragen ist, der seitens der Bundesregierung angeordnet wurde und dementsprechende Masken, wieder verwendbare Masken auch von den Lehrerinnen und Lehrern getragen werden und wir dementsprechend eben auch denen ausreichend Einwegmasken zur Verfügung gestellt haben.

Und wie gesagt, wir werden unseren Verpflichtungen nachkommen, wenn dementsprechender Bedarf besteht. (*Beifall bei der SPÖ*)

Präsidentin Verena Dunst: Nun mehr gibt es keine weiteren Zusatzfragen. Das ist nicht der Fall, ich darf zur nächsten Anfrage übergehen.

Die vierte Anfrage ist vom Herrn Abgeordneten MMag. Alexander Petschnig an den Herrn Landesrat Christian Illedits gerichtet.

Bitte Herr Abgeordneter um Verlesung Ihrer Frage.

Abgeordneter MMag. Alexander Petschnig (FPÖ): Sehr geehrter Herr Landesrat! Mir wird von Seiten mehrerer Unternehmer, die im Burgenland entweder ein neues Unternehmen gegründet oder eine neue Betriebsstätte begründet haben, zu Ohren gekommen, dass die zuständige Fachabteilung des Amtes der Landesregierung die Wirtschaftskammer Burgenland und somit einen nicht hoheitlich tätigen Selbstverwaltungskörper mit der Überprüfung der neuen Niederlassungen beauftragt.

Für die Rechtsform eines Einzelunternehmers werden dabei dem Vernehmen nach 300 Euro berechnet, für eine GmbH sogar 500 Euro. Dazu stelle ich folgende Frage:

Entspricht es den Tatsachen, dass die zuständige Fachabteilung des Amtes der Landesregierung auf skizzierte Art und Weise hoheitliche Aufgaben auf die Wirtschaftskammer übertragen hat?

Präsidentin Verena Dunst: Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Christian Illedits (SPÖ): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Herr Abgeordneter! Ich weiß nicht wer Ihnen diese Botschaft ins Ohr geflüstert hat. Der zuständigen Fachabteilung, der Sie ja auch bis vor kurzem vorgestanden sind, beim Amt der Burgenländischen Landesregierung, kommt bei der Überprüfung der neuen Niederlassungen überhaupt keine Kompetenz zu.

Zufolge § 333 Abs. 1 Gewerbeordnung 1994 ist Behörde im Sinne des Bundesgesetzes, sofern nicht anders bestimmt, die Bezirksverwaltungsbehörde. Sie ist auch ausschließlich die zuständige Bezirksverwaltungsbehörde in diesem Verwaltungssprengel des Unternehmens, das eben die Betriebsanlage plant oder eben saniert oder erneuert, für alle Überprüfungen, aber auch für die komplette Genehmigung dieser Niederlassung.

Schon infolge dieses rechtlichen Umstandes ist es nicht denkbar, dass die zuständige Fachabteilung des Landes hoheitliche Aufgaben auf die Wirtschaftskammer überträgt, für die sie nicht zuständig ist. Mangels Zuständigkeit für diese Aufgaben erfolgen selbstredend entweder in der Vergangenheit noch jetzt die Delegierungen derartiger Aufgaben.

Ich habe ergänzend natürlich zu sagen, und Sie wissen es ja aus Ihrer Tätigkeit auch, dass die Bezirksverwaltungsbehörden, wenn es um Betriebsansiedlungen und -abwicklungen geht, einen sehr hohen Stellenwert haben. Nicht nur bei uns, sondern auch bei allen Firmen die sich im Burgenland angesiedelt haben und eigentlich diese rasche, sehr kompetente und entgegenkommende Abwicklung im hohen Maße gelobt und auch gewürdigt wird, was ein wichtiger Bestandteil auch unserer erfolgreichen Ansiedlungspolitik natürlich ist.

Wir hatten im Vorjahr 508 Verfahren die abgewickelt wurden in diesem Bereich der Bezirksverwaltungsbehörden, 107 neue Genehmigungen und der Rest eben Änderungsgenehmigungen.

Wir haben eine durchschnittliche in Österreich liegende Benchmark, vergleichbare Verfahrensdauer von rund 50 Tagen, was eigentlich einer sehr kurzen Umsetzungszeit eben entspricht. Und hier muss man großes Lob an die Bezirksverwaltungsbehörden, an die Bezirkshauptmannschaften, wenn es um Betriebsansiedlungsverfahren geht, aussprechen.

Was vielleicht zu dieser Verwirrung beitragen könnte ist, dass uns die Wirtschaftskammer auch natürlich bestätigt, dass sie hundertprozentig nicht zuständig ist.

Aber auf Anfrage wiederkehrend der Überprüfungen durch die Betriebe selbst werden natürlich auch Inhaber von Betriebsanlagen eben auch bei der zuständigen Wirtschaftskammer vorstellig, um auch über diese Gutachter der Wirtschaftskammer im Eigeninteresse auch diese Experten heranzuziehen, und das ist eigentlich über die Wirtschaftskammer organisiert. Hat aber nichts mit hoheitlicher Tätigkeit der Bezirksverwaltungsbehörde zu tun. *(Beifall bei der SPÖ)*

Präsidentin Verena Dunst: Danke Herr Landesrat. Eine Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter MMag. Alexander Petschnig (FPÖ): Danke Herr Landesrat. Ich kann mich aus eigenem Erfahren, wie gesagt ich bin wieder nur der Überbringer der Botschaft, auch nicht erinnern, dass es solche Vorfälle gegeben hat.

Es sind aber mehrere Unternehmer damit an mich herangetreten, aber daher die Frage nur zur Klärung. Sie schließen, also aus, dass es in irgendeiner Form eine Übertragung von einem hoheitlichen Auftrag gegeben hat, sondern es geht nur darum, dass die Unternehmer sich selbst an die Wirtschaftskammer gewandt haben und das natürlich dann verrechnet wurde.

Verstehe ich das in diesem Sinne?

Präsidentin Verena Dunst: Damit ist das schon beantwortet. Gibt es eine weitere Zusatzfrage? - Das ist nicht der Fall.

Ich darf daher gleich zum Aufruf der fünften Anfrage kommen. Die fünfte Anfrage ist vom Herrn Abgeordneten Patrik Fazekas an den Herrn Landesrat Christian Illedits gerichtet.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Patrik Fazekas, BA (ÖVP): Sehr geehrter Herr Landesrat! Das Land Burgenland wird also das insolvente Pharmaunternehmen, Sanochemia in Neufeld an der Leitha mit rund 120 Mitarbeitern übernehmen. Laut Medienberichten habe die Wirtschaft Burgenland GmbH mit einem privaten Konsortium die GmbH neu gegründet und werde die gesamten Vermögenswerte der ehemaligen insolventen Sanochemia AG ankaufen. Sie sind als Wirtschaftslandesrat zwar für Wirtschaftsförderung zuständig, nicht aber für die oben genannte WiBuG.

Welchen Beitrag haben Sie als Wirtschaftslandesrat zu dieser „Übernahme“ durch das Land Burgenland beziehungsweise genauer die WiBuG geleistet?

Präsidentin Verena Dunst: Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Christian Illedits (SPÖ): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Herr Abgeordneter! Zu Ihrer Frage, ich habe genau diesen Beitrag geleistet, der mir auf Grund der Referatseinteilung eben zugeordnet wurde. Grundsätzlich fällt die Sanochemia-Übernahme, um auf dieses Beispiel genau einzugehen, in den Bereich der Wirtschaftsförderung, für welchen ich gemäß Referatseinteilung der Burgenländischen Landesregierung verantwortlich sein darf.

Als Landesrat für Wirtschaft habe ich natürlich in enger Abstimmung mit dem Herrn Landeshauptmann und dem Obmann der tief ausführenden Organe, nämlich der WiBuG - Wirtschaft Burgenland GmbH, einerseits dieses Konzept eben der neuen Firma Sanochemia GmbH auf Stichhaltigkeit und Nachhaltigkeit überprüft und geprüft.

Andererseits habe ich aber auch den Antrag der dafür notwendigen budgetären Mittel, da ja das Budget vom Hohen Landtag beschlossen wird, in die Landesregierung eingebracht. Welcher dann natürlich gemeinsam im Kollegialorgan der Regierung mit den RegierungskollegInnen hier dann zum Beschluss gebracht wurde.

Auf Grund der soeben skizzierten Prozesse dieser Übernahme ergibt sich zwar, wie Sie richtig feststellen, keine direkte für die WiBuG vorhandene Zuständigkeit einerseits, jedenfalls jedoch definitiv hier eine wie sehr oft übliche nicht nur in der Gegenwart, sondern auch in der Vergangenheit vorhandene Querschnittsmaterie.

Zum angesprochenen Beispiel aber muss ich schon sagen, dass es hier zu einer Übernahme gekommen ist, dass ja auch schon Landesrat Petschnig in seiner Verantwortung in einem Sanierungsprozess auch vor sich auf den Tisch öfters liegen hatte und dort wirklich versucht wurde, diesen so wichtigen Standort im Nordburgenland wirklich auch zu erhalten.

Das Sanierungsverfahren wurde ja eingeleitet und dann kam eben auch, um es ein bisschen abzukürzen was da alles dann passiert ist, natürlich auch die Krise, die Covid-19 Krise, dazu und hat natürlich eine Sanierung unmöglich gemacht. So wurde eben das Unternehmen insolvent.

Deshalb muss man sagen, da war ja auch einer, der jetzt als Geschäftsführergesellschafter tätig ist, der Herr Bender mit dabei, der sehr viel Geld natürlich mit den Kleinaktionären inkludiert verloren hat bei dieser Insolvenz, aber auch zu diesem Unternehmen so viel Vertrauen hatte und hat, dass er wieder sich beteiligt hat und eingestiegen ist, um eben eine Neufirma mit Unterstützung des Landes und natürlich einem Hauptgesellschafter, auch hier dieses Unternehmen wieder zu begründen.

Unser Interesse als Land ist es natürlich, weil es immer darum geht, einen Wirtschaftsstandort hier im weitersten Sinne mit hoher Tradition und hoher qualitativer Wertigkeit nicht nur zu behalten, sondern auch für die Zukunft abzusichern, Arbeitsplätze, hochwertige, qualitativ hochwertige Arbeitsplätze weiterhin zu behalten und deshalb war das für uns die Entscheidung eben auch hier eine Beteiligung einzugehen und zum Zweiten natürlich auch für das operative Geschäft eine Haftung zu übernehmen.

120 Arbeitsplätze werden, wenn eben dieser ganze schrittweise Aufbau wieder passiert, auch dann mit August schon wieder tätig sein, hundertprozentig tätig sein bei der neuen Sanochemia GmbH.

Und dann hoffen wir, weil ja jetzt, gerade in dieser Krise, in dieser Zeit, sehr viel in diesem Segment als europäischer, österreichischer, sprich burgenländischer Ansatz als eine wichtige Niederlassung in diesem Bereich eben immer wieder jetzt diskutiert wird, weil man in dieser Krise eben sieht, wie abhängig man von Globalisierungsmaßnahmen ist und da hier eben auch der Bereich Medizin, Technik, aber auch Pharmazie in Österreich, im Burgenland angesiedelt wird.

Da sehen wir hier eine große Zukunft mit diesem Standort wo wir, glaube ich, auch eine gute Perspektive auch dann natürlich die Rendite für das Land Burgenland betreffend haben können. *(Beifall bei der SPÖ)*

Präsidentin Verena Dunst: Danke schön Herr Landesrat. Eine weitere Zusatzfrage von Ihnen Herr Abgeordneter?

Abgeordneter Patrik Fazekas, BA (ÖVP): Herr Landesrat! Im Spätsommer soll ja der Neustart des Unternehmens gewagt werden.

Welche konkreten Vorhaben werden hier dann verfolgt in diesem Unternehmen?

Präsidentin Verena Dunst: Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Christian Illedits (SPÖ): Also konkrete Vorhaben gibt es natürlich. In der Vergangenheit war natürlich die Produktion von Kontrastmitteln der Schwerpunkt. Dann eben, wie die AGES durch Verschlechterungen im Betrieb eben Genehmigungen zurückgezogen hat, hat man gewichtet auf die Veterinärmedizin und dann ist eben auch natürlich der sukzessive Einbruch gekommen bei diesem Unternehmen.

Der Herr Bender ist einer der Gesellschafter, der Beteiligten, aber auch einer der wichtigsten Abnehmer mit seiner Firma in Deutschland. Das heißt, er beliefert dort direkt Ärzte und wir beteiligen uns jetzt schon, weil wir auch Teil dieses Unternehmens sind an Ausschreibungen, die auch die Spitäler betreffen in Österreich, aber auch in europäischen Regionen, wo es eben zu diesen Ausschreibungen kommt, also Kontrastmittel sind es bei Rückenuntersuchungen, oder anderen diesbezüglichen Untersuchungen, die weiterhin jetzt in der Produktion sind.

Wir werden aber natürlich einen wichtigen Schwerpunkt auch auf die Forschung legen. Dieser Teil ist ein ganz eminenter und wichtiger und hier gibt es schon erste Gespräche auch mit der Forschung Österreich, wo wir eben auch in diesem Bereich die Forschung intensivieren wollen und hier sich aus meiner Einschätzung auch neue Geschäftsfelder ergeben können. *(Beifall bei der SPÖ)*

Präsidentin Verena Dunst: Danke Herr Landesrat. Bitte Herr Abgeordneter, Ihre zweite Zusatzfrage.

Abgeordneter Patrik Fazekas, BA (ÖVP): Danke Frau Präsidentin. In einem deutschen Börsenforum, Herr Landesrat, liest man, dass sich die drei Investoren, eine davon die WiBuG die Filetstücke der Aktiengesellschaft herausgenommen haben. Es ist auch in diesem Artikel von Wirtschaftskrimi die Rede.

Ist es nicht hinterfragenswert, dass sich das Land an dem beteiligt, wo Gläubiger auf 50 Millionen sitzen bleiben?

Präsidentin Verena Dunst: Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Christian Illedits (SPÖ): Also ich denke Sie sprechen jetzt ein Thema an, wo man irgendwo die Moral in der Geschichte vielleicht irgendwo hervorkehren könnte ob es moralisch bunt ist, wenn man ein Unternehmen, das vorher insolvent war, dann wieder auf die Beine stellt und übernimmt und fortführt und das Land sich hier beteiligt.

Das ist Ihre Frage in diese Richtung, wenn ich Sie so verstanden habe, dann denke ich, stellen Sie die Frage den 120 Beschäftigten in Neufeld ob sie hier vielleicht eine andere Alternative sehen, nämlich das Zusperrern dieses Standortes, also auf Nimmerwiedersehen, verschwinden zu lassen oder eben das Land als wichtigen Partner hier sehen, weil sonst diese neue Gesellschaft nicht begründet hätte werden können. Also ich denke, es ist eine ganz wichtige Aufgabe, natürlich bedauerlich wenn Leute, auch Kleinaktionäre, Geld verlieren.

Zweifelsohne will ich das überhaupt nicht in Abrede stellen und das darf man natürlich nicht verniedlichen, aber es ist eben in diesem Fall so passiert und ich glaube es ist für uns entscheidend.

Das Burgenland, das haben wir in der Vergangenheit nämlich getan, Sie erinnern sich vielleicht an einige Unternehmungen denen es auch sehr schlecht gegangen ist und die auch vielleicht in die Insolvenz geschlittert wären, die wir unterstützt haben, wo wir uns beteiligt haben und die wir natürlich unterstützt haben und dann zum Laufen gebracht haben.

Also das ist auch der burgenländische Weg, den wir in der Vergangenheit erfolgreich gegangen sind, den wir auch jetzt gehen werden. Wenn wir sicher sind, ein unternehmerisches Risiko ist überall dabei, das ist klar, aber wenn wir der Meinung sind, auch aufgrund der ganzen Vorprüfungen, dass es sich eben auszahlt für die Menschen Arbeitsplätze zu schaffen, und in diesem Fall waren wir davon überzeugt. *(Beifall bei der SPÖ)*

Präsidentin Verena Dunst: Danke Herr Landesrat. Es gibt eine weitere Zusatzfrage. - Sie sind am Wort, Herr Klubobmann Ulram.

Abgeordneter Markus Ulram (ÖVP): Sehr geehrter Herr Landesrat! Ich denke die vorherige Zusatzfrage hat auf etwas anderes abgezielt. Ich formuliere das anders.

Sind alle Teile der vorigen Gesellschaft übernommen worden oder sind gewisse Teile nicht mehr da, die woanders jetzt in anderen Firmen gelagert werden?

Präsidentin Verena Dunst: Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Christian Illedits (SPÖ): Frau Präsidentin! Herr Abgeordneter! Es sind eigentlich alle Teile dieses Unternehmens jetzt übernommen worden. Es sind auch die Grundstücke übernommen worden und auch alle Genehmigungen, also alle Zulassungsgenehmigungen aller Markenrechte, Lizenzen, sämtliche Patente, der gesamte Maschinenpark, das immaterielle Vermögen, die Liegenschaft der Sanochemia in Neufeld, also insgesamt ist dies alles übernommen worden.

Es ist auch der Firmensitz von Wien nach Neufeld verlegt worden und die Anteile, die jetzt eben aufgeteilt wurden, sind 49,9 Prozent eben durch die EOS TECHNOLOGY SOLUTIONS GmbH, ein sehr renommiertes Unternehmen, das sich schon in diesem Bereich, auch im IT-Bereich, bei sehr vielen Beteiligungen sehr gut positioniert hat, 35,81 Prozent durch die b.w. imaging GmbH, wo eben der Herr Bender der Geschäftsführer ist, und 14,29 Prozent durch die Wirtschaft Burgenland eben durch die WiBuG. *(Beifall bei der SPÖ)*

Präsidentin Verena Dunst: Danke Herr Landesrat. Bitte Ihre Frage Herr Abgeordneter Petschnig.

Abgeordneter MMag. Alexander Petschnig (FPÖ): Ja, sehr geehrter Herr Landesrat! Wir haben uns ja in Form einer schriftlichen Anfrage bereits über dieses Thema ausgetauscht und ich möchte auch meine Zustimmung hier artikulieren, dass Sie heute in der Anfragebeantwortung möglicherweise durch den Zeitablauf wesentlich weiter gegangen sind, als in der Beantwortung der schriftlichen Anfrage.

Ich möchte vielleicht die Kernfrage, unabhängig von irgendwelchen insolvenzrechtlichen Spezialitäten, noch einmal so artikulieren und bitte das als Frage zu nehmen.

Welche Strategie verfolgen Sie mit diesem Einstieg? Ich stelle mir zum Beispiel vor, wollen Sie das wieder privatisieren, wollen Sie das länger in öffentlicher Hand halten? Streben Sie die Mehrheit an? Stellen Sie sich vor, dass man auch in andere Bereiche expandiert? Produktion von Masken zum Beispiel, Produktion von COVID-Schutzstoffen oder Antikörper oder was auch immer. Diese Strategie...

Präsidentin Verena Dunst: Sie haben Ihre Anfrage bereits formuliert. Danke Herr Abgeordneter.

Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Christian Illedits (SPÖ): Ja, Frau Präsidentin! Herr Abgeordneter! Ich glaube Strategie war so irgendwo die Frage, welche Strategie? Ja, also die Strategie ist natürlich in Abstimmung mit der Geschäftsführung für alle Vorhaben, weil ja unser Vertreter, der Mag. Zagivzek, dort natürlich auch für uns im Gremium sitzt, und deshalb gibt es natürlich auch strategische Pläne.

Ich habe eines gesagt, also der Bereich der Forschung, wo jetzt 40 Leute direkt schon arbeiten, ist natürlich ein wichtiger Schwerpunkt, den wir auch allgemein im Burgenland natürlich intensivieren wollen, nicht nur in der Sanochemia.

Es gibt verschiedene Bereiche, wo eben auch schon jetzt konkrete Ideen und Pläne zur Diskussion auf dem Tisch liegen und deshalb auch der Ansatz auch mit der Forschung Österreich eben auch hier in Kontakt zu treten, um eben auch diese Förderungen, wir haben ja auch Förderungen der Forschung Burgenland abzuholen, hier Forschungsprojekte zu machen und zum anderen auch neue Geschäftsfelder auch hier

wirklich zu diskutieren und zu überlegen. Einige davon die Sie aufgezählt haben, können zweifelsohne hier dabei sein.

Die Strategie des Burgenlandes ist natürlich nicht, dass wir Pharmazie betreiben bis in den nächsten 20, 30 Jahren. Das ist nicht unsere Strategie. Beteiligen heißt für uns, dass wir auch diesen Standort eben stützen wollen, eben auch ins Laufen bringen wollen und dann nach Möglichkeit, uns eben auch wieder aus dieser Beteiligung verabschieden können. Das heißt, das war schon auch in der Vergangenheit Strategie des Landes, wir haben ja auch schon Handtücher produziert und es ist ein sehr erfolgreiches Unternehmen geworden, wo wir dann natürlich aus dieser Beteiligung ausgestiegen sind.

Andere Beteiligungen haben wir ja auch schon gehabt. Manche haben wir noch, das wissen Sie auch, die auch sehr erfolgreich geführt sind. Also das Land kann schon manches auch selbst tun, aber ich glaube es ist nicht prioritärste Aufgabe Unternehmen direkt zu führen, sondern solchen Unternehmen, wenn es nötig ist, eben zu unterstützen um den Bestand und die Arbeitsplätze für die Zukunft abzusichern. *(Beifall bei der SPÖ)*

Präsidentin Verena Dunst: Danke Herr Landesrat. Gibt es eine weitere Zusatzfrage? - Das ist nicht der Fall. Damit darf ich zur letzten Anfrage des Tages der Fragestunde heute kommen.

Die sechste Anfrage ist von der Frau Abgeordneten DI Julia Wagentristl an die Frau Landesrätin Mag.a (FH) Daniela Winkler gerichtet.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete DI Julia Wagentristl (ÖVP): Vielen Dank Frau Präsidentin. Sehr geehrte Frau Landesrätin! Die Corona-Krise hat vor allem Familien durch die Mehrfachbelastung mit Homeoffice und Home-schooling vor zusätzliche Herausforderungen gestellt. Dazu kommen in vielen Fällen auch Jobverlust, Existenzängste und Überforderung. Daher meine Frage:

Wie hoch war der Anstieg der Anfragen bei den Familienberatungsstellen?

Präsidentin Verena Dunst: Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Mag.a (FH) Daniela Winkler (SPÖ): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Für viele Familien und das habe ich immer wieder betont weil es mir wichtig ist, dass wir Familien auch dementsprechend unterstützen, war oder ist nach wie vor diese Corona-Krise eine sehr, sehr große Herausforderung und stellt eine sehr große Belastung dar. Das hat verschiedene Ursachen oder Gründe.

Es ist natürlich einerseits aus finanzieller Hinsicht eine große Herausforderung, weil, wie Sie erwähnt haben, Mütter oder Väter ihren Job verloren haben, Existenzängste haben. Aber wir merken auch genau das andere Extrem, dass viele Eltern sehr, sehr viel arbeiten müssen, rund um die Uhr arbeiten müssen, weil sie zu den systemerhaltenden Berufen zählen.

Auch die Betreuung der Kinder ist eine riesengroße Herausforderung in den Familien und eine ganz große Herausforderung für die Eltern, vor allem auch was Frauen betrifft, hat das Thema Distance Learning gemacht. Natürlich ist es uns wichtig, dass wir die Familien dementsprechend beraten und daher stehen natürlich die Familienberatungsstellen jederzeit für Fragen und Anliegen der Familien zur Verfügung.

Wir haben aber zu Beginn der Corona Krise gemerkt, dass es zu einem ganz, ganz starken Rückgang bei den Beratungen geführt hat, aufgrund der

Ausgangsbeschränkungen, aufgrund verschiedener Faktoren, weil Familien mit sehr vielen Themen zuerst einmal auch in den Familien beschäftigt waren.

Erst gegen Ende April sind dann die Beratungszahlen wieder langsam gestiegen. Wir haben auch einen Rundruf bei den ganzen Familienberatungsstellen im Burgenland gemacht und haben gemerkt, dass die Tendenz eigentlich überall eine ähnliche war.

Wir haben sehr viele Hotlines eingerichtet, vielleicht hat auch das dazu beigetragen, wir haben zum Beispiel Hotlines beim Verband der Psychotherapeuten, wir haben eine Hotline SOS Kinderdorf, Rat auf Draht, wir haben Frauenhotlines, wir haben aber auch verschiedenste Hotlines im Amt der Burgenländischen Landesregierung. Wir haben Hotlines auch gerade bei Fragen Distance Learning, Bildungsbereich, in der Bildungsdirektion eingerichtet.

Im Speziellen möchte ich auch das Sorgentelefon für Familien nennen. Aber thematisch ist es gerade in der Corona-Zeit immer um eines gegangen, nämlich um Fragen rund um Corona. Ich darf auch ein paar Zahlen nennen, weil Sie darum gefragt haben. Ich habe unterteilt nach den Familienberatungsstellen Frauenkirchen, Mattersburg und Oberwart.

In Frauenkirchen hat man im Zeitraum 15. bis 31. März eine Beratung durchgeführt, im April 2020 null Beratungen. In Mattersburg vom 15. bis 31. März eine Beratung und im April fünf Beratungen per Telefon. In Oberwart sind es von 15. bis 31. März sechs Beratungen, im April waren es 13 Beratungen, die per Telefon oder E-Mail durchgeführt werden.

Wir haben auch bei unserem Rundruf die Themenfelder, die in den Beratungen durchgeführt werden, nachgefragt und die Felder waren sehr ähnlich. Es ging um berufliche Probleme, Kündigung, Kurzarbeit, es ging natürlich eben um das Thema Home-schooling, Homeoffice, Kinderbetreuung, das eine große Herausforderung war, Besuchsrechte während der Corona-Ausgangssperre bis hin zur Wohnungssuche, Scheidung, Trennung.

Wichtig ist mir aber zu betonen zum Schluss, dass wir eigentlich keine Fälle wegen Gewalt in den Familienberatungsstellen hatten. *(Beifall bei der SPÖ)*

Präsidentin Verena Dunst: Danke Frau Landesrätin. Eine Zusatzfrage? - Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete DI Julia Wagentrisl (ÖVP): Vielen Dank. Vielleicht könnten Sie noch ganz kurz auf die konkreten Maßnahmen, die Sie setzen, eingehen.

Sie haben gesagt, Beratung ist das eine, aber vielleicht die konkreten Maßnahmen auch noch um die Familien zu unterstützen?

Präsidentin Verena Dunst: Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Mag.a (FH) Daniela Winkler (SPÖ): Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Vielen Dank für die Frage. Es ist sehr, sehr wichtig, dass wir die Familien natürlich auch mit den dementsprechenden Maßnahmen unterstützen und hier wurde seitens des Landes sehr, sehr viel gemacht.

Wir hatten Maßnahmen im Bereich der Sozialhilfeunterstützung mittels Mindestsicherung, wir haben auch im Sozialbereich die Hilfe in besonderen Lebenslagen, wir haben aber auch die Alleinerziehenden Förderungen der Abteilung 7 und ganz wichtig ist natürlich auch die Wohnbeihilfe über die Abteilung 3.

Es hat sehr, sehr viele Beratungen im Bereich des Familienreferates bezüglich der Förderungen auch gegeben und es war uns immer ein großes Anliegen, dass wir eben die Familien dahingehend beraten.

Ganz wichtig ist, dass wir dementsprechend die Familien in jeder Phase auch in Krisenzeiten unterstützen. Das haben wir auch getan in Bezug mit dem Gratiskindergarten, dass wir hier die Familien unterstützen und die Kinder konnten auch in den Kindergarten gegeben werden. Ganz wichtig werden aber noch weitere Unterstützungsmaßnahmen in Zukunft sein.

In Zukunft nämlich dahingehend zum Beispiel die Ferienbetreuung, weil, wie Sie wissen, war das Thema eben Home-schooling, Kinderbetreuung, ein großes Thema in den Familien. Wir merken, dass die Anfragen bezüglich Ferienbetreuung sehr groß sind und hier haben wir bereits im November 2019 mit dem neuen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz vorgesorgt, dass eben unseren burgenländischen Familien die Möglichkeit einer Ferienbetreuung zur Verfügung steht. *(Beifall bei der SPÖ)*

Präsidentin Verena Dunst: Danke Frau Landesrätin. Eine weitere Zusatzfrage Frau Abgeordnete? - Bitte Frau Abgeordnete, Sie sind am Wort.

Abgeordnete DI Julia Wagentristl (ÖVP): Vielen Dank Frau Präsidentin, vielen Dank Frau Landesrätin. Sie haben ein paar Maßnahmen jetzt gesagt, wir haben auch als ÖVP einen Antrag eingebracht, um die Familien zu unterstützen und zwar ging es hier um die Betreuungskosten für die Pflichtschüler, dass diese vom Land übernommen werden sollen.

Ich würde jetzt ganz kurz von Ihnen wissen wollen, wie Sie zu diesem Antrag stehen?

Präsidentin Verena Dunst: Danke für Ihre Anfrage. Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Mag.a (FH) Daniela Winkler (SPÖ): Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Es ist gerade bei den Gemeinden sehr wesentlich, dass wir diese natürlich unterstützen, denn Gemeinden leisten wirklich hervorragende Arbeit für unsere Burgenländerinnen und Burgenländer. Sei es jetzt in der Abwicklung der Kinderbetreuung, sei es jetzt aber auch in der Schulerhaltung, das ist wichtig und wir möchten natürlich unsere Gemeinden seitens des Landes auch dementsprechend unterstützen.

Daher ist es für uns selbstverständlich, dass wir gerade, und darauf möchte ich eingehen, die im November 2019 im Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz beschlossene Personalkostenförderung, die sich jetzt sehr, sehr positiv herausstellt, denn wir unterstützen die Gemeinden auch weiterhin. Das heißt, wir haben hier keine Einsparung in dem Bereich, wir werden die Personalkostenförderung pro Köpfe der Pädagoginnen/Pädagogen, der Helferinnen und Helfer auch weiterhin auch in Krisenzeiten in voller Höhe an die Gemeinden auszahlen. *(Beifall bei der SPÖ)*

Präsidentin Verena Dunst: Gut. Danke Frau Landesrätin. Es gibt eine weitere Frage habe ich gesehen vorher von der Frau Abgeordneten Petrik.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Danke schön Frau Präsidentin. Ich möchte nur der Vollständigkeit halber dazu sagen, dass natürlich viele Fragen, die sich um Gewalt in Familien drehen, an die Frauenberatungsstellen kommen. Aber das war nicht Teil Ihrer Frage und dafür ist auch die Landeshauptmann-Stellvertreterin zuständig.

Aber um dort in der Gesamtheit des Bildes gerecht zu werden, muss man auch an die denken. Ich habe eine konkrete Frage bezüglich Home-schooling und Homeoffice und so. Vor ein paar Tagen erst hat mir eine ehemalige Arbeitskollegin erzählt, ihr Kind muss irgendwo zur Nachbarin gehen, weil sie haben halt keinen Computer und auch wenn sie einen hätten, dann würde es nichts nützen, weil sie können damit nicht umgehen während sie in der Arbeit ist.

Wie gedenken Sie seitens des Landes solchen Familien zu helfen, die wirklich gezielt herauszufinden und zu unterstützen, weil doch einige Kinder, auch wenn es nicht die Massen sind, aber einige Kinder bei dieser Form des Unterrichtens jetzt doch auf der Strecke bleiben?

Präsidentin Verena Dunst: Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Mag.a (FH) Daniela Winkler (SPÖ): Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Sie haben eine sehr wichtige Frage gestellt, nämlich wie schaffen wir es, dass wir auch in dieser Krisenzeit Kinder erreichen, die wir eben auch, ich sage einmal digital erreichen, die wir normalerweise nicht erreichen können.

Das war uns natürlich auch ein großes Anliegen seitens des Landes und auch gemeinsam mit der Bildungsdirektion haben wir oder sind wir dieses Thema angegangen. Die Bildungsdirektion hat den Bedarf in den einzelnen Schulen erhoben von den Familien oder den Schülerinnen und Schülern, die eben nicht erreichbar sind, die keine technischen Möglichkeiten hatten, und hier haben wir dann die Lösung erarbeitet, dass wir diesen Schülerinnen und Schülern auch die dementsprechenden Tablets zur Verfügung gestellt haben, dass diese eben auch mit den Pädagoginnen und Pädagogen kommunizieren können und die dementsprechenden Aufgaben durchführen können.

In Summe haben wir somit mit dieser Maßnahme 324 Endgeräte den Schülerinnen und Schüler im Burgenland zur Verfügung gestellt. Ich habe sie nach den einzelnen Bezirken auch aufgeteilt, wenn Sie möchten, kann ich Ihnen die auch gerne näher dann zeigen.

Wir haben die Tablets im Prinzip alle an die Schulen gebracht, an die Familien, und haben die Schülerinnen und Schüler natürlich auch dementsprechend versorgt und haben hier sehr positive Rückmeldungen in diesem Bereich erhalten. *(Beifall bei der SPÖ)*

Präsidentin Verena Dunst: Danke Frau Landesrätin. Es gibt wie ich sehe keine weitere Zusatzfrage.

Damit endet die Fragestunde.

2. Punkt: Aktuelle Stunde zum Thema: „Covid-19 Pandemie - wer bezahlt die Krise?

Präsidentin Verena Dunst: Ich darf nunmehr zum 2. Punkt der Tagesordnung kommen, zur Aktuellen Stunde zum Thema: „Covid-19 Pandemie - wer bezahlt die Krise?“, die vom SPÖ-Landtagsklub beantragt wurde.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich nur noch auf einzelne Bestimmungen kurz hinweisen, was die Aktuelle Stunde anbelangt.

Zunächst einmal wissen Sie, dass zu Beginn der Aktuellen Stunde einem Sprecher der antragstellenden Klubs Gelegenheit zu geben ist, dass erster Redner die Meinung der Antragsteller zum Thema darzulegen; sodann ist je einem Sprecher der anderen Klubs, denen der erste Redner nicht angehört, Gelegenheit zur Meinungsäußerung zu geben.

Die Redezeit dieser Redner ist auf jeweils 15 Minuten beschränkt.

Die Dauer der Aussprache in der Aktuellen Stunde soll in der Regel 90 Minuten nicht überschreiten. Sofern die Redezeit der Mitglieder der Landesregierung insgesamt 15 Minuten überschreitet, verlängert sich die Redezeit der Abgeordneten im Ausmaß der Überschreitung. Jedenfalls aber hat die Präsidentin die Aktuelle Stunde nach 120 Minuten für beendet zu erklären.

Die Redezeit jedes Regierungsmitgliedes ist pro Wortmeldung auf 5 Minuten beschränkt, wobei die Redezeit aller Mitglieder der Landesregierung zusammengerechnet 35 Minuten nicht übersteigen darf.

Die Redezeit der übrigen Redner ist auf 5 Minuten beschränkt. Außerdem darf sich jeder Redner nur einmal zu Wort melden. Es sei denn, es handelt sich um Mitglieder der Landesregierung.

Auch möchte ich darauf aufmerksam machen, dass bei der Aktuellen Stunde weder Anträge gestellt noch Beschlüsse gefasst werden können.

Und schließlich, meine Damen und Herren, finden die Bestimmungen über die tatsächliche Berichtigung keine Anwendung, das heißt, eine Wortmeldung zu einer tatsächlichen Berichtigung ist nicht möglich.

Ich steige nunmehr in die Aktuelle Stunde ein.

Als erstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Robert Hergovich das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Robert Hergovich (SPÖ): Vielen Dank Frau Präsidentin. Hohes Haus! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Unser Heimatland Burgenland ist grundsätzlich sehr gut durch die Krise gekommen, besser als alle anderen Bundesländer.

Verantwortlich dafür sind die Burgenländerinnen und Burgenländer, die sehr diszipliniert die Abstandsregelung eingehalten haben und verantwortlich dafür sind auch die Rahmenbedingungen, die das Land vorgegeben hat. Ich habe mich bei der letzten Landtagssitzung bei den Blaulichtorganisationen und im Gesundheitswesen bedankt und ihnen für ihre Leistungen gratuliert.

Ich möchte diesmal die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landes Burgenland herausholen, vor den Vorhang holen und ihnen gratulieren und mich bedanken.

Es war der Krisenstab, es sind die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die hier tatkräftig mithelfen, dass wir so gut durch die Krise gekommen sind, wie bis jetzt. *(Beifall bei der SPÖ)*

Klar ist aber, dass alle politischen Ebenen mehr Geld ausgeben wie geplant und weniger Einnahmen generieren, als zuvor angenommen. Also die Gemeinden geben mehr aus und nehmen weniger ein, die Länder geben mehr aus und nehmen weniger ein, und der Bund gibt deutlich mehr aus als geplant und er wird auch weniger einnehmen wie ursprünglich angenommen.

Ich darf die Zahl des Burgenlandes nennen: Unser Heimatland Burgenland wird nach Auskunft des Finanzministeriums im heurigen Jahr 40 Millionen Euro weniger erhalten als zuvor geplant. 40 Millionen Euro! Auch die Gemeinden werden um 20 Millionen Euro weniger Einnahmen vom Bund erhalten, als ursprünglich angenommen.

Also klar ist, alle Ebenen haben höhere Ausgaben und weniger Einnahmen. Daher ist es schon zulässig, das „Schwarze Peter“-Spiel zu beginnen. Die Gemeinde richtet dem

Land aus, es soll viel mehr zahlen und viele Pakete schnüren. Die Länder richten dem Bund aus, er soll noch vielmehr bezahlen und höhere Pakete schnüren.

Nur klar ist: Wer soll das alles bezahlen? Diese Frage, die wird dann sehr wenig beantwortet. Eines ist klar. Es gibt nur eine Instanz, die die Steuerhoheit hat, die zusätzliche Einnahmen generieren können, das ist der Bund. Die können über neue Steuern nachdenken. Es sind weder die Gemeinden noch das Land, sondern sowohl das Land als auch die Gemeinden sind davon abhängig, welche Gelder sie vom Bund erhalten.

Aber ich glaube, wir müssen eine ehrliche Debatte führen, eine ehrliche Debatte führen: Was ist leistbar und was ist wirklich finanzierbar? Denn man kann also viele Wünsche äußern, nur gleichzeitig muss man immer mitdenken, sind diese Wünsche auch finanzierbar.

Daher erhebe ich auch den Anspruch und appelliere auch an die Vernunft, eine seriöse Debatte dabei zu führen, wer die Rechnung dieser Krise bezahlt. Das Land hat durchaus wichtige Maßnahmen gesetzt mit dem ersten Hilfspaket, mit der Soforthilfe. Die war wichtig, vor allem für jene Unternehmungen, die vom Bund nichts erhalten haben. Da ist das Land Burgenland eingesprungen und hat mitgeholfen, über diese schwierige Zeit zu kommen.

Auch jetzt wird das zweite Kraftpaket geschnürt. Der Herr Landeshauptmann in enger Abstimmung beispielsweise mit den Sozialpartnern, die hier wirklich über viele Maßnahmen nachdenken, dass wir mittelfristig die Konjunktur beleben.

Tatsache ist aber auch, dass 1,8 Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von dieser Krise hart getroffen wurden. 1,8 Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer kämpfen mit Lohneinbußen. Sie haben weniger Geld zur Verfügung wie noch vor einigen Wochen. 571.000 befinden sich in Arbeitslosigkeit und 1,25 Millionen Menschen befinden sich im Moment in Kurzarbeit. Die Einkommensverluste sind durchaus dramatisch.

Es gibt eine Statistik, die vor Kurzem veröffentlicht wurde, da sieht man beispielsweise, dass der österreichische Durchschnitt - Familieneinkommen gerechnet - von 691 pro Monat angenommen wird. Das Burgenland kommt etwas besser davon, hier gibt es ein Minus von 398, also rund 400 Euro weniger an Einnahmen als noch vor einigen Wochen. Das sind dramatische Zahlen.

Aber auch die Einzelpersonenunternehmen und die kleinen Unternehmen haben große Existenzängste. Ihre Einkommen sind von einem Tag auf den anderen zum Teil weggebrochen und auch große Unternehmen leiden, weil sie nicht wissen, wie sich diese Krise international auswirken wird und ob sie in den Export weiter investieren können oder ob es auch hier Probleme geben wird. Also auch die Realwirtschaft leidet massiv unter dieser Krise.

Der Wirtschaftsmotor, meine sehr geehrten Damen und Herren, braucht aber im Moment die Kaufkraft. Genau das ist jetzt notwendig, dass hier der Konsum gesteigert wird. Daher ist unser Wunsch nach fairen Löhnen, nach ordentlichen Gehältern so wichtig. Nicht nur für die Einzelperson, sondern auch volkswirtschaftlich unheimlich wichtig.

Also nicht weniger, sondern mehr Einkommen benötigen kleine und mittlere Verdienner, damit sie den Konsum ankurbeln und volkswirtschaftlich wieder zum Aufschwung beitragen können.

Also ich appelliere auch dafür, dass wir eine Steuerentlastung ins Auge fassen. Nicht jetzt sofort, es ist klar, dass jetzt das Geld dazu fehlt. Ich bin kein Sozialromantiker, ich bin Realpolitiker und ich glaube, dass eine Steuerreform mittelfristig notwendig ist, um die Wirtschaft anzukurbeln, aber im Moment nicht leistbar ist.

Ich sage das auch deswegen, weil die Besteuerung auf den Faktor Arbeit eine wahnsinnig hohe ist in Österreich. Wir sind an fünfter Stelle im europäischen Vergleich. Menschen, die hart und fleißig arbeiten, werden viel zu viel besteuert in Österreich. Hier muss man nachschärfen. Da brauchen die Menschen mehr Netto vom Brutto, meine sehr geehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der SPÖ)*

Wer soll also die Rechnung dieser Krise begleichen? Die Sozialdemokratie hat hier einen klaren Vorschlag: Nämlich jene, die sich das wirklich leisten können. Die Superreichen, die Konzerne, die Millionäre in Österreich, die sollen einen ordentlichen Beitrag leisten.

Da gibt es im internationalen Vergleich noch viel Potential. Ich habe Ihnen hier auch eine Grafik mitgenommen. *(Abg. Robert Hergovich zeigt die Grafik.)* Wenn man sich hier einige Länder gut ansieht, dann wird man feststellen, dass durchaus kapitalistische Länder wie Großbritannien oder die USA doch von ihren Superreichen und Millionären einiges abverlangen. Großbritannien führt diese Liste an und verlangt hier 12,5 Prozent der Steuereinnahmen von den Superreichen.

Gefolgt, man wird es kaum glauben, von den USA, die immerhin 10,4 Prozent von ihren Reichen abverlangen. Meiner Meinung nach noch immer viel zu wenig, aber immerhin.

Der Durchschnitt verlangt von den Superreichen und von den Millionären 5,6 Prozent. Wissen Sie, was Österreich von den Superreichen verlangt? Sie werden sich wundern. 1,3 Prozent! Wir sind am Ende der Fahnenstange, wir sind Drittlezter bei der Tatsache, dass die Reichen, die Superreichen, die Konzerne, auch einen ordentlichen Beitrag leisten.

Also hier ist noch viel Luft nach oben. Während der Faktor Arbeit deutlich zu hoch besteuert ist, kommen Millionäre und Konzerne sehr gut davon. Hier können wir ordentlich nachschärfen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, und dann gibt es Firmen wie beispielsweise Amazon. Amazon gab vor wenigen Tagen bekannt, dass sie innerhalb von zehn Tagen zehn Milliarden Dollar gescheffelt haben. In zehn Tagen zehn Milliarden Dollar!

Der Umsatz in Österreich wird auf 1,2 Milliarden geschätzt. Wissen Sie, was Amazon auch an Steuern in Österreich beiträgt? Weniger wie ein Kaffeehausbesitzer in der Fußgängerzone in Eisenstadt.

Das ist unfair, das ist ungerecht! Hier muss man endlich die Superreichen, die Konzerne zur Kassa bitten. Die müssen einen ordentlichen Beitrag zur Bewältigung dieser Krise leisten. *(Beifall bei der SPÖ)*

Wir haben übrigens eine Marke übersprungen, nämlich 150.000. 150.000 Millionäre gibt es in Österreich. 150.000 Millionäre, eine unglaubliche Zahl, und ich glaube, wenn die etwas dazu beitragen würden, das würde die nicht ärmer, aber das System gerechter machen. Daher ist es wichtig, dass die einen Beitrag leisten. *(Beifall bei der SPÖ)*

Einer davon ist der ehemalige KTM-Boss, der Herr Pierer. Keine Angst, jetzt kommt nicht, dass er Sponsor der ÖVP ist, das hat jetzt nichts damit zu tun, das ist heute nicht Thema. Aber ich möchte auf eine andere, durchaus moralische Komponente hinweisen.

Denn der Herr KTM muss man wissen, hat einen Betriebsgewinn zu verzeichnen. Einen Betriebsgewinn, ich spreche nicht vom Umsatz oder sonst was, ich spreche vom Gewinn von 131,7 Millionen Euro. Ein Gewinn!

Gleichzeitig werden 3.600 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Kurzarbeit geschickt und die öffentliche Hand bezahlt. Und wissen Sie, was dann noch meiner Meinung nach sehr unmoralisch wirkt?

Wenn dieser Herr noch hergeht und sagt, so, wir werden jetzt noch ordentlich Dividenden ausschütten. (*Abg. Mag. Thomas Steiner: Was tut der ORF und die ÖBB?*) Ordentlich Dividenden ausschütten von 6,8 Millionen Euro an die Aktionäre, zufälligerweise ist dieser Mann auch Hauptaktionär und vier Millionen dieser 6,8 Millionen hätte er kassiert.

Der Druck, der öffentliche Druck, war so groß, dass er es sich dann doch nicht getraut hat. Das zeigt, man muss schon dranbleiben, aber das zeigt auch, wo die Moral endet. Daher muss der Gesetzgeber eingreifen und hier die Millionäre, die Konzerne und die Internetriesen ordentlich einmal zur Kassa bitten. (*Beifall bei der SPÖ*)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wissen Sie, warum das so wichtig ist? Weil wenn die nicht zur Kasse gebeten werden, dann frage ich Sie, wer soll denn das dann zahlen? Ich befürchte, es sind dann nämlich die Falschen, die schon jetzt ordentlich belastet sind.

Es sind die kleinen und mittleren Einkommen. Es sind die, die wir jetzt als Helden der Krise feiern. Die Pflegerin, der LKW-Chauffeur, die Verkäuferin, die Krankenschwester, die Reinigungskräfte und Co. Die werden dann zur Kassa gebeten, und das lehnen wir ab!

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Standpunkt der Sozialdemokratie ist hier glasklar. Wir wollen keine Steuererhöhungen, beispielsweise eine Erhöhung der Mehrwertsteuer oder höhere Steuerbelastungen auf Weihnachts- oder Urlaubsgeld. Wir wollen, dass die Superreichen einen ordentlichen Beitrag zur Bewältigung dieser Krise leisten, meine sehr geehrten Damen und Herren! (*Beifall bei der SPÖ*)

Daher schlagen wir eine Millionärssteuer ab einer Million Euro progressiv steigend vor. Das würde elf Milliarden Euro pro Jahr generieren, an zusätzlichen Einnahmen.

Darüber hinaus schlagen wir eine Konzernbesteuerung vor, die diesen Namen auch verdient, und wir wollen vor allem die Profiteure der Krise einmal zur Kassa bitten - das sind die Online-Konzerne, die sollen auch einen ordentlichen Beitrag, wie alle anderen leisten, damit wir gut durch diese Krise kommen. Diese zusätzlichen Einnahmen sollen nicht nur für das Budget, sondern sie sollen vor allem in den Gesundheitsbereich, in die Spitäler, in unsere Pflegeeinrichtungen fließen und sie sollen in die Wirtschaft und in den Arbeitsmarkt fließen.

Das ist für die Gesellschaft wichtig, und das muss damit finanziert werden. (*Beifall bei der SPÖ*)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Was ich heute nicht machen werde, ist ein Regierungs-Bashing über die eine oder über die andere Maßnahme, die gesetzt wurde. Da wird die Zeit wahrscheinlich noch kommen, wo wir das intensiver diskutieren, aber das möchte ich heute nicht tun.

Ich möchte aber eines schon tun, nämlich den Vergleich zwischen Österreich und Deutschland anstellen. Denn beide Länder ticken etwas unterschiedlich, aber im Wesen her sind wir gleich strukturiert.

Feststellbar ist aber, dass Deutschland viel besser durch die Krise geschifft wird als Österreich. Und am besten ablesbar ist das bei der Arbeitslosenquote. Während Österreich über fast 13 Prozent Arbeitslosenquote verfügt, konkret von 12,8, schafft es Deutschland mit nur 5,8 Prozentpunkten.

Jetzt fragt man sich natürlich, ja, warum ist das so? Warum gibt es in Österreich eine Explosion der Arbeitslosigkeit und Deutschland kommt da noch ganz gut davon? Weil Deutschland ihre Bevölkerung mit Zuversicht und Hoffnung durch diese Krise schifft, während in Österreich auf Angst und Panik gesetzt wurde, das Herunterfahren, das Angstmachen und natürlich auch mit Soforthilfen hat das etwas zu tun.

Auch hier möchte ich nur einige Zahlen nennen. Während man in Österreich so großzügig bis zu - hat eh kaum jemand bekommen - aber bis zu 6.000 Euro den Unternehmungen versprochen hat, ist Deutschland mit 15.000 Euro vorgeprescht und hat für Ruhe und Stabilität in der Wirtschaft gesorgt.

Die Stimmung in der Wirtschaft ist ganz, ganz wesentlich. Und die hat Deutschland ganz anders vollzogen wie Österreich. Aber auch fünfmal mehr für kleine Unternehmen hat Deutschland ausbezahlt als Österreich. Die großen Unternehmen wurden mit doppelt so viel Geld gefördert als wie bei uns.

Also hier sieht man, dass das alles auch anders gegangen wäre und dieser Arbeitsmarkt so nicht belastet hätte werden müssen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich komme schon zum Abschluss. Was Österreich braucht, ist eine Politik der Zuversicht und der Hoffnung. Wir brauchen keine Politik der Angst- und Panikmache. Sondern ich lege auf das ganz stark wert und das Burgenland geht hier auch einen anderen Weg, wir wollen diese Hoffnung und diese Zuversicht auch verbreiten.

Ich möchte mich ausschließlich aufrichtig bedanken, bei allen, die helfen, dass wir so gut durch die Krise kommen. Mein Dank gilt auch bei allen, die diese Zuversicht und diese Hoffnung ausstrahlen, vor allem in der Politik. Herzlichen Dank. *(Beifall bei der SPÖ)*

Präsidentin Verena Dunst: Als nächsten Redner darf ich Herrn Abgeordneten MMag. Alexander Petschnig zum Rednerpult bitten.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter MMag. Alexander Petschnig (FPÖ): Danke Frau Präsidentin. Meine sehr geehrten Damen und Herren auf der Regierungsbank! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen im Hohen Haus! Ein Thema, das wahrlich aktuell ist, da gebe ich den Antragstellern schon recht.

Die Frage, wer die Krise bezahlt, ist natürlich eine, die uns noch auf Jahre hinaus verfolgen wird. Kurzfristig kann ich da gleich zu Beginn beantworten, die Krise wird durch eine Monetarisierung der Staatsschule bezahlt.

Die Europäische Zentralbank wird, wie sie schon 2008 fortfolgende gemacht hat, Staatsanleihen kaufen, auch Unternehmensanleihen kaufen. Teilweise geht sogar die Idee schon um, dass sie überhaupt Aktien kauft und damit also entsprechend -

monetarisieren nennt man das -, das heißt, über die Notenbank, die ja bekanntlich die Notenpresse im Keller hat, selbst zu verwalten.

Ob das einen Sinn macht oder nicht, welche langfristigen Folgen das hat oder nicht, das wird man sehen. Gar so viel Optimismus ist da natürlich nicht angebracht.

Entweder geht dieses ganze geschöpfte Geld irgendwo in den Kreislauf, das würde dann sehr starke inflationäre Wirkung bedeuten. Oder es kommt nicht in den Kreislauf, wie man es in den Jahren nach 2008 und 2009 gesehen hat, das würde eine deflationäre Entwicklung bedeuten. Beides ist nicht unbedingt das, was wir haben wollen.

Ich glaube, es braucht sich keiner darüber Gedanken machen, dass hier irgendwelche steuerlichen Maßnahmen gesetzt werden, um hier die eine oder andere Milliarde, ohne das jetzt abwertend zu meinen, aufzubringen, denn das wird zur Bewältigung der Krise, allein wenn man sich da diesen Schirm von - ich glaube - 38 Milliarden Euro vorstellt, das wird durch Steuermehreinnahmen nie und nimmer zu decken sein. Also das ist völlig absurd.

Nichtsdestotrotz gibt es immer wieder den Ruf, gewisse steuerliche Maßnahmen durchzusetzen. Das mag teilweise begründet sein, das mag teilweise auch unbegründet sein. Ich habe gesehen, Ihr habt sowieso einen neuen Entschließungsantrag zum Thema Konzernsteuern eingebracht. Was immer man auch darunter versteht, Konzerne sind ja besteuert, es gibt natürlich Staatsverträge, Doppelbesteuerungsabkommen, die das genauer regeln, welchem Staat diese Besteuerungshoheit zufällt.

Über das werden wir aber, glaube ich, zu dem Thema debattieren, aber nicht heute im Rahmen dieser Aktuellen Stunde. Es wurde jetzt auch viel vom Robert Hergovich besprochen, dass es immer wieder die Idee gibt, höhere Vermögen zu besteuern. Das ist natürlich ein sehr breites Feld, ich glaube, darüber haben wir uns schon in diesem Haus oftmals ausgetauscht und das geht wahrscheinlich auch viele Jahrzehnte schon zurück.

Arithmetisch ist das, was hier gesagt wurde, alles richtig, das ist nicht so schwer, wenn es so und so viel Vermögen gibt. Das Nettovermögen in Österreich wird 2019 mit rund 1.137 Milliarden Euro angegeben. Wenn man da jetzt rechnet, ein Prozent davon, oder ein halbes Prozent davon, oder was man auch immer hier rechnen möchte, dann könnte man natürlich sagen, na ja, so viel hätte dann der Staat an Einkommen.

Die Frage ist nur, ob das einfach so zu realisieren ist und die Frage ist nur, wie realistisch ist es, sowohl in wirtschaftspolitischer, aber auch in rechtlicher Hinsicht, von der moralischen Hinsicht möchte ich da einmal gar nicht weiter ausschweifen.

Es hat in Österreich schon eine Vermögenssteuer gegeben, und zwar bis 1993, die wurde von einem gewissen Dr. Ferdinand Lacina abgeschafft, damals SPÖ-Finanzminister. Der hat das natürlich vollkommen richtigerweise getan.

Ich würde als Erstes einmal anregen, ich glaube, der Herr Lacina weilt ja noch unter den Lebenden, wenn ich da richtig informiert bin, zweifellos ein wirtschaftspolitischer Kapazunder, dass man bei dem vielleicht einmal Rücksprache hält, warum er das damals abgeschafft hat und was sich seiner Meinung nach zum heutigen Tag verändert hat, dass heute diese Steuer wieder eingeführt werden soll.

Das würde mich einmal grundsätzlich interessieren. Die Vermögenssteuer 1993 hat ein Aufkommen von ungefähr 500 bis 600 Millionen Euro gebracht, das zu 80 Prozent von den Betrieben bezahlt worden ist. Da hört man immer wieder, Betriebe will man eigentlich ausnehmen, weil Eigenkapital zu besteuern, das ist irgendwie nicht so vorteilhaft. Das

würde dann entsprechend auch die Bemessungsgrundlage erodieren, also da jetzt mit elf Milliarden oder so zu rechnen, ist schon einigermaßen problematisch.

Zum Zweiten. Es gibt auch heute noch eine Vermögenssteuer. Es gibt sogar mehrere, aber eine, die ganz wichtig ist, ist die sogenannte Grundsteuer. Sie kennen das, wir haben viele Damen und Herren Bürgermeister, oder solche, die es einmal waren unter uns, die Grundsteuer ist ein maßgebliches Instrument der Gemeinden. Ist zwar Bundesgesetz, die aber von den Gemeinden eingehoben wird, rund 800 bis 850 Millionen Euro. Mit einer relativ komplizierten Berechnungsformel.

Da gibt es auch bestimmte Befreiungen, über die könnten wir sprechen, also ich glaube, dass sie bei uns offene Türen einrennen werden, wenn man sich darüber überlegt, ob wirklich - weiß ich nicht - kirchliche Weingüter, die sogar Erich Scheiblhofer erblassen lassen, in Klosterneuburg, oder wo, warum die von der Grundsteuer befreit sein sollen. Darüber kann man sicherlich reden; wird aber nicht die Milliarden Euro ausmachen.

Bei der Grundsteuer haben wir nur ein Problem. Und das ist auch der Unterschied zu der Tabelle, die Du vorher gezeigt hast, diese ganzen Staaten, USA, Schweiz, Vereinigtes Königreich, die da ganz vorne drauf sind, die heben diese Steuern nahezu ausschließlich über die Grundsteuer ein.

Das heißt, man müsste die Grundsteuer dramatisch erhöhen. Das kann man über den Steuertarif tun, einfach eine Gesetzesänderung, oder man kann es über die Bemessungsgrundlage tun. Das ist bekanntlich der Einheitswert, ein Wert, der vom Verfassungsgerichtshof immer wieder scheel angeschaut wird, weil er sich natürlich sukzessive vom wahren Verkehrswert entfernt.

Das heißt, wir setzen einen bestimmten Steuersatz auf, auf eine Bemessungsgrundlage, die, glaube ich, der Wert von 1974 momentan oder Anfang der 80er Jahre enthält, aber nicht den Wert des Jahres 2020, und daher haben wir natürlich ein viel niedrigeres Steueraufkommen.

Das heißt, man kann natürlich relativ einfach hergehen und hier den Verkehrswert hernehmen, wie es zum Beispiel für die Grunderwerbssteuer neuerdings gemacht wird. Das würde tatsächlich einige Milliarden, in dem Fall in die Gemeindekassen spielen. Aber was bedeutet das auf der anderen Seite?

Ich bin mir nicht sicher, ob Grundstückseigentümer, insbesondere solche, die da vielleicht Wohnungen drauf haben und diese Wohnungen dann vermieten, der größte Vermieter ist, glaube ich, die Gemeinde Wien, wenn ich mich da richtig informiert habe. Dass die das natürlich weitergeben werden, und dass sie das natürlich in die Mietpreise hineinkalkulieren werden und damit das zu einem Durchläufer machen. Und damit die ohnehin hohen Mieten, auch da stimmen wir, glaube ich, überein, weiterhin einen Impuls nach oben bekommen.

Das heißt, dass der Steuerdestinatar, also derjenige, der die Steuer tatsächlich tragen soll, natürlich der vollkommen falsche ist. Insofern bin ich bei der Erhöhung von der Grundsteuer, abgesehen von irgendwelchen Befreiungsbestimmungen, sehr skeptisch.

Erwähnt werden sollte an dieser Stelle, glaube ich, auch noch, dass ungefähr 80 Prozent des Vermögens, das überhaupt besteuert werden kann, in Form von Liegenschaftsvermögen vorliegt, und das ist über die Form der Grundsteuer schon besteuert. Das heißt, wir philosophieren hier über die restlichen 20 Prozent, wenn überhaupt.

Es gibt nämlich auch andere Steuern. Zum Beispiel die Stabilitätsabgabe für die Banken. Die nicht einmal eine Vermögenssteuer ist, sogar darüber hinausgeht, weil da geht es nämlich über die Bilanzsumme, und in der Bilanzsumme, wie man weiß, auf der Passivseite hat man ja nicht nur das Eigenkapital, sondern auch Fremdkapital, bei den Banken wesentlich mehr als Eigenkapital, wie man seit der Finanz- und Wirtschaftskrise von 2008 weiß. All das wird bereits heute einer Besteuerung unterworfen, wirft pro Jahr ungefähr 600 Millionen Euro ab.

Da gibt es noch weitere Abgaben für land- und forstwirtschaftliche Betriebe, für Stiftungseingänge und so weiter und so fort.

Wenn man hier also etwas ändern will, dann muss man sich grundsätzlich einmal überlegen, welche Steuerstruktur möchte man haben. Du hast vollkommen recht, dass die Steuern auf Arbeit in Österreich sehr hoch sind, das ist aber die Folge davon, dass wir einen sehr ausgebauten Sozialstaat haben, ein Phänomen, das man zum Beispiel auch in skandinavischen Ländern sieht.

Die Frage ist, wenn man da wirklich etwas daran ändern will, gibt es sozusagen einen negativen Ansatz. Das heißt, ich nehme denen, die jetzt etwas haben, etwas weg. Wir haben jetzt darüber gesprochen, dass das nicht so einfach sein wird.

Oder einen positiven Ansatz, und das ist jetzt ein Zitat von einem - ja, hat mir gefallen aus der Literatur - „Wer Vermögen gleicher verteilen will, muss Vermögensbildung zulassen.“

Das heißt, wir werden eben schauen müssen, dass man Vermögen eben nicht besteuert, dass man insbesondere mit der Steuerlast runterkommt. Das hast Du ja auch erwähnt, und da bin ich vollkommen Deiner Meinung, und damit eben ermöglichen, dass die Menschen dieses Landes, der Mieter, dass wir hier sind, warum zum Beispiel in südeuropäischen Ländern pro Haushalt eine wesentlich höheres Vermögen hat als ein österreichischer Haushalt, weil die einfach vielmehr Eigentumswohnungen haben und auf eigenem Grund und Boden leben, dass wir das einfach ermöglichen, dass wir das fördern und dass wir da entsprechend unsere Impulse setzen.

Das ist, glaube ich, der richtige Schritt und würde uns auch in der entsprechenden Statistik nach vorne katapultieren. Noch gar nicht gesprochen ist dann von einem Bereich der Vermögen, die da immer ein bisschen unter den Teppich gekehrt werden und zwar das Pensionskapital.

Der zweitgrößte Teil nach den Liegenschaftsvermögen ist das Pensionskapital. Jeder, das ist nun die Frage, ob man nur Privates oder ob man das auch von der öffentlichen Hand heranzieht, jeder, der das Medianeinkommen in Österreich verdient, das ist - glaube ich - ungefähr 1.800 netto, wenn ich da richtig im Bilde bin, hat zu seinem Pensionsantritt ein kalkulatorisches Pensionsvermögen von 330.000 Euro auf einem wie auch immer berechnetem Konto. Die Frage, soll man das auch versteuern oder nicht? Das wirft etliche Fragen auf.

Faktum ist, der Sozialstaat bewirkt eine hohe Besteuerung der Einkünfte - bei den Privatpersonen insbesondere natürlich. Und der Sozialstaat bewirkt aus diesem Grund weniger Vermögensbildung. Man darf ja nicht vergessen, dass mit diesen Abgaben von den Vermögen, die Du da zitiert hast, zum Beispiel aus angelsächsischen Ländern, dort natürlich vieles bezahlt wird - aus dem privaten Bereich, Gesundheit, kommunale Dienstleistungen und so weiter, die ja alle von den Bürgern selbst zu tragen sind und eben nicht über Umlageverfahren finanziert werden.

Wenn man diese Pensionsanwartschaften hineinrechnet, dann ist statistisches Maß für die Ungleichverteilung des Vermögens, der sogenannte Gini-Koeffizient, übrigens bei 0,4 und damit sehr niedrig, und damit liegt Österreich im Vergleich - nicht nur in der EU, sondern in der OECD - sehr gut.

Also in diesem Sinne glaube ich, dass man hier sehr vorsichtig sein soll mit der Forderung nach Vermögenssteuern. Vielleicht noch ein letzter Punkt. Nachdem ich ja bekanntlich im Zivilberuf Finanzbeamter bin, ein allfälliges Gesetz muss ja auch jemand umsetzen, also meine Kolleginnen, Kollegen und ich, das ist natürlich nicht so einfach. Weil hier hüllt man sich dann immer in einem gewissen Schweigen, wie das dann umgesetzt werden soll.

Das Einzige, was ich gefunden habe, war so ein Elaborat - jetzt ist der Landeshauptmann eh draußen - von einem gewissen Christian Kern, damals als Bundeskanzler, „Plan A“ hat dieses Elaborat geheißen, der hat damals gesagt, na ja, machen wir ein Selbstbemessungs ... (*Abg. Mag. Thomas Steiner: Wer war das? - Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten*) „Plan A“ - kannst Dich nicht mehr erinnern? 2016, 2017. Wir haben auf jeden Fall darüber debattiert - ja egal.

Auf jeden Fall, dort steht, na ja, machen wir eine Selbstbemessungsabgabe draus. Selbstbemessungsabgabe bedeutet, dass das Steuersubjekt, also sprich, derjenige, der das Vermögen hat oder auch nicht hat, selbst erklären muss, ja, ich bin im Besitz eines Vermögens von über einer Million Euro.

Da steht natürlich Etliches ohne Bewertungen dahinter. Was ist die Briefmarkensammlung wert? Was ist der Oldtimer wert? Was ist beim Haus, beim Grundstück, wird es wahrscheinlich noch irgendwie möglich sein, aber man kann sich schon vorstellen, dass das ein sehr breites Feld mit einer sehr großen Bandbreite auf tut.

Wenn dann die Finanzbeamten kommen und sagen, na ja, eigentlich liegst du nicht bei 900.000 Euro, sondern bei 1,1 Millionen Euro, und du hast eine Erklärung zur Vermögenssteuer verabsäumt, dann bedeutet das, dass man seine Pflicht zur Offenlegung von abgabenrelevanten Sachverhalten nicht nachkommt und das bedeutet ein Finanzstrafverfahren.

Also ich bin mir nicht sicher, ob man da jetzt Leute, die einem üblicherweise da ein bisschen an der Kippe auch von dieser Million Euro wie auch immer berechnet sein werden, ob man diese jetzt alle in Bausch und Bogen kriminalisieren will. Also ich glaube, das ist eine sehr gefährliche Folge und man sollte sich zumindest - und das habe ich auch von der Regierungsbank aus schon einmal gesagt - Gedanken machen oder mir oder dem Plenum oder wem auch immer einmal vorlegen, veröffentlichen, wie man sich die Einhebung dieser Vermögenssteuer vorstellt, den gut gemeint und gut gemacht ist ja bekanntlich nicht immer dasselbe. (*Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten*)

Bevor mir die Zeit ausgeht, vielleicht noch ein weiterer Punkt, bei dem ich da ein bisschen näher an der Forderung dran bin, das ist das Thema der Besteuerung von unentgeltlichen Vermögensübertragungen, Erbschafts- und Schenkungssteuer.

Es stimmt natürlich, dass es hier keine Doppelbesteuerung gibt. Das ist eine Aussage, die oft getroffen wird. Das ist inhaltlich natürlich ein Nonsens, denn es wird natürlich der Erbe und nicht der Erblasser besteuert, was insofern derjenige, der ein Vermögen übertragen bekommt, zu tragen hat. Moralisch kann man darüber debattieren.

Aus unserer Sicht ist das nicht geboten, aber es gibt natürlich wirtschaftspolitische Aspekte, die hier dafür sprechen könnten, denn es ist ja nicht nur die Erbschaft besteuert, sondern auch eine Schenkung, also auch eine unentgeltliche Vermögensübertragung.

Man könnte sich jetzt beispielsweise überlegen, aber ja, was ist, wenn der Installateur mir eine Leistung schenkt von 5.000 Euro und in drei Monaten schenke ich ihm dafür ein Sparbuch um 5.000 Euro. Das heißt, wir beide oder er würde sich die Umsatzsteuer ersparen, die er mir natürlich dann nicht weiterverrechnet. Er würde sich die Anmeldung bei der Einkommenssteuer ersparen und so weiter. Also da gibt es ein gewisses Missbrauchspotential, das man mit einer ordentlich ausgestalteten Schenkungssteuer schon bedienen könnte.

Da gebe ich nur eines zu bedenken. Bis zum 1. August 2008 hat es auch eine Erbschaftssteuer in Österreich gegeben. Die wurde vom Verfassungsgerichtshof wegen Verfassungswidrigkeit aufgehoben und nachdem da immer wieder gefordert wird, ich glaube, 25 Prozent ist der Satz, mit dem die SPÖ da rechnet, wenn man sich das von damals anschaut, es hat damals nach dem Parentelsystem eine Steuer, eine unterschiedliche Steuer gegeben, wie nahe sich der Schenkenden und der Beschenkte stehen. Also, wenn das Vater und Kinder sind oder wenn das nur irgendwelche Fremden sind.

In der Höhe, von der wir da sprechen, hat damals der Steuersatz zwischen 15 und 60 Prozent betragen. Unter Freunden war der Steuersatz damals 60 Prozent in dieser Höhe, bei einem Freibetrag von 400 Euro.

Ihr sprecht, glaube ich, von einem Freibetrag von 1 Million Euro. Obwohl dieser Freibetrag niedriger war und der Durchschnittssteuersatz zwischen 15 und 60 Prozent, sagen wir einmal eine Durchschnittssteuersatz von 20 oder ungefähr 25 Prozent zu tragen gekommen ist, ist das Aufkommen dieser Erbschaftssteuer in den letzten Jahren in etwa eingehoben worden zwischen 130 und 150 Millionen Euro gelegen.

Wie gesagt, man kann mit mir ohne weiteres darüber debattieren. Wirtschaftspolitisch gibt es Argumente dafür, aber hier mit irgendwelchen Milliarden zu jonglieren, 11 Milliarden oder 3 Milliarden oder was auch immer, ist, glaube ich, fehl am Platz, weil es nämlich Hoffnungen regt, weil es Ideen anregt, die sind im Gedanken schon fünfmal ausgegeben worden, so hoch kann der Betrag gar nicht sein, den man dadurch einhebt, auch wenn man alles verstaatlichen würde.

Präsidentin Verena Dunst: Herr Abgeordneter, Ihren Schlusssatz, bitte.

Abgeordneter MMag. Alexander Petschnig (FPÖ) (fortsetzend): Ich glaube, dass wir auf diesem Wege nicht weiterkomme und hoffe, dass wir in der weiteren Debatte, es gibt ja noch weitere Anträge dazu, vielleicht auf diese Argumente auch eingehen können. Dankeschön (*Beifall bei der FPÖ*)

Präsidentin Verena Dunst: Danke Herr Abgeordneter. Als Nächstes ist der Herr Klubobmann Markus Ullram gemeldet.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Markus Ullram (ÖVP): Sehr geschätzte Präsidentin! (*Zwiesgespräche in den Reihen der Abgeordneten*) Hohes Haus! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Wir sind in einer schweren Krise! Die ist noch lange nicht vorbei und die Nachwirkungen werden wir auch dementsprechend lange noch sehen und erkennen können.

In einzelnen Teilbereichen, egal in welchen Wirtschaftsbereichen, egal in welchen Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmerbereichen, egal in welchen Wirtschaftsbereichen, Gemeindebereichen, Landesbereich, es gibt dort und da große Probleme, vor allem finanzieller Natur.

Wo ich aber zum Redebeitrag des Kollegen Hergovich schon dazu sagen darf, wenn man schwarz malt und sagt, ja, in Österreich passt das nicht oder das nicht. Gerade die Bundesregierung war es, die sehr frühzeitig diese Maßnahmen getroffen hat. Wir waren eines der ersten Länder, wo wir klar erkannt haben, dass es auch die richtigen Maßnahmen waren, wo wir das erste Land wieder sind, das wieder aufsperrt beziehungsweise Maßnahmen zurücknimmt und Lockerungen macht.

Wir werden auch das erste Land sein, das wieder den ersten Schritt gewaltig nach vorne setzt. Ich bin überzeugt davon, dass diese Bundesregierung die richtigen Maßnahmen gesetzt hat. *(Beifall bei der ÖVP)*

Wenn man sich es umgekehrt anschaut, was alles auf Bundesebene passiert, manche warten immer auf Vorgaben des Bundes, wenn es um Personalentscheidungen geht, da ist die Hoheitsverwaltung schon im Land, dann entscheiden wir heute, wir haben so einen Punkt ohnehin noch. Dann werden wir noch ein bisschen die Machtverschiebungen darstellen, denn auf der anderen Seite warten wir, wenn es um Schutzmasken geht, na, der Bund hat noch nichts gesagt, wissen wir nicht, sollen wir 1.000 bestellen, 5.000, 10.000, wie auch immer.

Wie vorher heute schon in der Fragestunde erwähnt, müssen wieder die Gemeinden als Krisenmanager herhalten, weil mit 35 Stück Einwegschutzmasken kommen wir zwei Tage aus und dann haben wir zusammengeraumt. *(Zwiesgespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Wenn ich das heute richtig verstanden habe, ist es trotz aller Medienberichterstattung, wo man gut ist, das machen wir wirklich gut, die Schlagzeilen zu produzieren dazu, das hat man gut in Griff. *(Der Abgeordnete hält eine Tageszeitung in die Höhe)*

Aber, die Taten folgen nicht dazu. Das heißt, die Lehrerinnen und Lehrer müssen eigentlich am Ende des Tages schauen, wo sie ihre Schutzausrüstung bekommen, weil das Land sie de facto in dieser ausreichenden Menge nicht zur Verfügung stellt. *(Abg. Robert Hergovich: Das ist Deine Ansicht.)*

Da sieht man eigentlich, wie das Krisenmanagement im Land aufgestellt ist. Ja, es war wahrscheinlich eine gute Entscheidung und die richtige Entscheidung, mit einem 30 Millionen Euro-Paket Anreize zu schaffen, Unterstützungen, Sofort-Unterstützungen zu schaffen. Aber, in vielen anderen Bereichen hat man sich auf andere Dinge konzentriert.

Ob das die Personaldiskussion um die Bundesvorsitzende Rendi-Wagner war, wo heute der Herr Landeshauptmann gar nichts mehr dazu sagt, ob das jetzt gut ist oder nicht gut ist, ob sie jetzt wieder da ist oder bleibt, ob das die Schutzausrüstungen in den landesnahen oder im eigenen Bereichen ist, oder ob das eine Seeverordnung ist, wo man sich schon anschauen muss, ob das nicht rund um die Seegemeinden und für unser Heimatland Burgenland nachhaltig sogar vielleicht einen Schaden verursacht hat. *(Zwiesgespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Wir haben in dieser Krise auch sehr deutlich zugearbeitet, wo wir viele Vorschläge eingebracht haben. Ob es die Vollversorgung mit Schutzmasken ist, ob es die Prämie in den Gesundheitsbereichen ist, wo immer darüber gesprochen wird, wie viel sie leisten. Ob das die Testkapazitäten sind, die Erhöhungen, wo auf Zuruf dort und da einmal etwas passiert, oder bei den Tagsatzvereinbarungen, wo der Stadtrat Hacker vorgezeigt hat, wie das funktioniert.

Wenn ich heute KV-Verhandlungen positiv abschließen, wo die Menschen, die in diesen Berufen tätig sind, mehr an Geld, mehr an Gehalt bekommen, dann muss ich aber

auch die Tagsatzvereinbarungen nachziehen. Da hat man bis dato vom Land noch nichts gehört. Da lässt man auch die Trägerorganisationen, die in dieser Krise so wichtig sind, eigentlich im Regen stehen, denn die wissen nicht, wie sie nächstens Jahr diesen Unterschied auch finanzieren können.

Ob es die Schutzmaßnahmen bei der Heimhilfen sind, Pflegekräfte, die Organisation, danke Herr Landesrat Illedits, dass sie auch unseren Vorschlag aufgenommen haben, dass wir auch in diesen Pflegebereich, bei der 24-Stunden-Betreuung, auch dementsprechend nachhelfen können.

Die AK-Beihilfe in anderen Bundesländern hat wunderbar funktioniert. Wir reden nur von Direktoren, die eine Menge Geld verdienen. Da hört man nichts von einem Beitrag, das ist irgendwo leistbar, oder wie auch immer, sondern da wird sich in Schweigen gehüllt und da hätte man genauso das Vorarlberger Modell hernehmen und die Heimarbeit das Homeoffice unterstützen können, wie auch in anderen Bundesländern.

Das passiert - oder eben im Pflichtschulbereich, das ist heute schon in der Fragestunde angesprochen worden. Der große Bereich der Unterstützung der Gemeinden ist ebenfalls irgendwo gar nicht angesprochen worden, denn da hat man sich in Schweigen gehüllt und es wird immer so getan, wenn heute von SPÖ-Klubchef gesagt wird, Schwarzer Peter spielen, wer schiebt wen was zu, dann ist es ja nicht richtig, dass das Land dazu keinen Beitrag leisten kann.

Gerade bei den Gemeinden kann das Land einen großen Beitrag leisten, ob es darum geht, eine Deckelung der Abgaben einzuführen, die automatisch bei den Ertragsanteilen abgezogen werden. Wenn ich nur meine Heimatgemeinde hernehme, ich habe das schon vorgerechnet, die Juni-Ertragsanteile mit den starren Abgaben des Landes, dann kriege ich nicht nur noch etwas raus von den Ertragsanteilen, sondern ich muss dem Land noch ein Geld hintragen.

Wie soll dann eine Gemeinde, die größter Investor der Region ist, weiter wirtschaften können, wenn das Land mit denselben Abzügen, für die Krankenhäuser, werden wir auch noch zum Thema kommen, Krankenhaus Nord, ein Wirtschaftsbeispiel der SPÖ-Politik in Wien, werden wir schauen, wie sich das dann nachher mit den Ausgaben bei Oberwart noch weiter verfolgen lässt, denn jetzt sind wir ohnehin schon bei 300 Millionen Euro an Ausgaben.

Ex-Landesrat Darabos hat gesagt, dass die 160 Millionen Euro an Ausgaben in Stein gemeißelt sind. . Diese Steine finden wir heute nicht mehr und viele andere Möglichkeiten bis hin zur Sporthilfe, bis hin zu Homeoffice Förderung, Vermarktungsplattform-Förderung und so weiter Da waren es auch die Privaten, die eben Initiative ergriffen und gesagt haben, ja, wir müssen einen Schritt nach vorne machen in dieser Krise. Wie können wir das machen?

Wenn Sie heute von einer Besteuerung der Superreichen reden, so machen Sie das wieder sehr populistisch. Gerade das hat in dieser Krisenzeit keinen Platz. *(Abg. Robert Hergovich: Wer soll das bezahlen?)*

Sie gehen her und sagen, die Superreichen gehören besteuert. Eine Million Euro ist die Wertgrenze. *(Abg. Robert Hergovich: Wer zahlt es?)* Sie sagen aber wieder nicht dazu, dass eigentlich der Verkehrswert gemeint ist, sie sagen wieder nicht dazu, dass hier in weiterer Folge auf Bundesebene, auch seitens der SPÖ, von Erbschaftssteuern gesprochen wird und somit wieder ein „Häuslbauersteuer“ - wie früher - eingeführt wird, dass eine Bauernsteuer eingeführt wird und am Ende des Tages eine Pensionistensteuer eingeführt wird.

Warum werden diese Steuern über die Hintertür eingeführt, wo man ganz einfach sagt, ja, der „Häuslbauer“ soll noch mehr besteuert werden, am Ende des Tages, denn er hat ohnehin schon einmal Lohnsteuer bezahlt, wenn er seinen Gehalt bekommen hat.

Er hat einmal schon Mehrwertsteuer bezahlt, wie er sein Haus gebaut hat und am Ende des Tages, weil er sich etwas geschaffen hat, muss er noch einmal was zahlen.

In der Landwirtschaft ist es das gleiche in grün, denn der Landwirt hat, wenn er seinen Grund bewirtschaftet, in einer gewissen Hektaranzahl, dann einen Verkehrswert. Ja, und der ist meistens nicht klein, aber von dem kann er ja nicht abbeißen. *(Abg. Robert Hergovich: Das glaubt doch keiner. Nicht einmal Deine eigenen Leute.)*

Das Gleiche passiert dann mit einer Erbschaftssteuer dazu, meine sehr geschätzten Damen und Herren. *(Abg. Robert Hergovich: Ein bisschen mehr Ehrlichkeit würde gut tun!)* Das ist aber immer wieder die Polit-Position der SPÖ gewesen, dass man nicht entlastet, sondern ständig belastet. Das ist die Wahrheit, meine sehr geschätzten Damen und Herren, was hinter Ihrer sozialdemokratischen Partei eigentlich dahinter steht. *(Beifall bei der ÖVP)*

Den Beweis haben sie ja schon selbst angetreten, wo sie eigentlich, die Frau Rendi-Wagner vorgestellt hat, der Häuslbauer soll weiter zahlen, wir sind im Burgenland sehr klein strukturiert, wir sind der Land der Häuslbauer, darauf sind wir stolz.

Aber, die Frau Rendi-Wagner sagt, nein, nur auf Mieten soll Mehrwertsteuer eigentlich weggenommen werden und nur die in Wien in der 40 m² Wohnung sollen eine Entlastung haben. Da am Land ist das schon wieder egal.

Das ist der sozialdemokratische Ansatz, denn für die Bauern habt ihr ohnehin noch nie viel über gehabt, da habt ihr ohnehin immer nur hin „gedroschen“ im eigentlichen Sinne, bis hin zur Erbschaftssteuer, welche auch immer wieder in den Mund genommen wird.

Wir wollen eigentlich einen ganz anderen Weg gehen, nämlich, den Weg der Entlastung, dass diese hohe Abgabenquote eben weniger wird, dass wir diese Abgabenquote in Österreich senken können, dass wir Unternehmen entlasten können, ob es über die KÖSt oder über andere Maßnahmen ist, die gesetzt werden. *(Abg. Robert Hergovich: Wer zahlt es? Macht es doch! Macht es doch! – Abg. Wolfgang Sodl: Wer hält Euch davon ab? Wer?)*

Wir wollen, dass für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer eine 3.000 Euro steuerfreie Prämie im Jahr eingeführt wird. Wir haben als ÖVP mit dem Familienbonus auch schon *(Abg. Wolfgang Sodl: Macht es doch.)* den Beweis angetreten, wo wir für jedes Kind, das im Burgenland, in Österreich, lebt, dementsprechend ein Beitrag Monat für Monat oder einmal im Jahr über den Steuerausgleich erhalten wird. *(Abg. Robert Hergovich: Der Kurz soll es machen.)*

Das ist der Weg der Volkspartei, das ist Volkspolitik, das ist Sozialpolitik, so, wie wir uns das in Österreich vorstellen, meine sehr geschätzten Damen und Herren! *(Beifall bei der ÖVP - Abg. Robert Hergovich: Das glaubt er doch nicht selber.)*

Zur Wirtschaftskompetenz gibt es ja einige Beispiele, weil sie vorher Klubobmann angesprochen haben, mit dem Herrn Birner, wie böse der eigentlich ist. *(Abg. Robert Hergovich: Finden Sie das in Ordnung? Finden sie das in Ordnung?)*

Das ist übrigens keine richtige Information, weil es auch bei dieser Firma keine Ausschüttung der Dividende gibt, aber sei es drum, denn die Wirtschaftskompetenz der

SPÖ hat es in der letzten Jahren und Jahrzehnte auch dargestellt. *(Abg. Robert Hergovich: Meine Frage war, ob Sie das in Ordnung finden?)*

Abgesehen davon, dass sich noch manche Dinge durch Tal Silbersteins Negativ-Campaigning verstärkt haben, hat man eigentlich bei der BAWAG, beim Konsum oder bei der Bank Burgenland, wo wir im Burgenland eigentlich noch lange daran kiefeln werden, eigentlich viel Geld verbraten, das man jetzt in dieser Krisenzeit sehr gut hätte brauchen können.

Wie der Herr Stadtrat Hacker gesagt hat, über andere Vorschläge, diese Alleinregierung Burgenland ist nicht der Kronleuchter Österreichs und nicht einmal die eigenen Leute sind von ihren Vorschlägen überzeugt.

Ich glaube, da sollte man sich eigentlich darüber Gedanken machen, wie man damit weiter umgeht. Leider beschäftigt man sich auch in vielen anderen Bereichen und bei vielen anderen Dingen mit sich selbst.

Ob ältere Herrschaften wieder in Aufsichtsräten angestellt werden und die großen Experten wieder eingesetzt werden oder wie man heute liest, die Bestellung der KRAGES in der Geschäftsführung schon fixiert ist, mit dem Ex-Büroleiter des Herrn Landeshauptmannes, wieder im eigenen Bereich eine Personalentscheidung trifft und eigentlich die Ausschreibung schon anscheinend hingemünzt hat, da bin ich schon neugierig, was da herauskommt. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Aber, man liest das ja heute auch schon in den Zeitungen, meine sehr geschätzten Damen und Herren, denn wir als Volkspartei wollen einen klaren Weg der Krisenbewältigung gehen. Wir wollen die größtmöglichen Unterstützung unserer Unternehmerinnen und Unternehmer haben, wir wollen die Entlastung in weiterer Folge für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und wir wollen durch gewisse Anreize einfach den Schritt nach vorne machen und eigentlich nicht für jene, die in der Hängematte sitzen, noch Begünstigungen schaffen.

Das kann nicht der österreichische Weg sein. Wir wollen die Entlastung weiter vorantreiben. Wir setzen auf die Initiativen der Bundesregierung, sei es für die Gemeinden, sei es für die Arbeitnehmer, sei es für die Wirtschaft. Wir wollen nicht, so, wie einem derzeit im Burgenland oftmals das Gefühl gegeben wird, da reden wir gleich gar nicht mehr darüber, weil es hat noch keinen Satz dazu gegeben, wie man eigentlich Gemeinden unterstützen kann, wie man Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer diesbezüglich unterstützt.

Da wollen wir mit unseren Anträgen, die wir auch eingebracht haben, dementsprechend auch wissen, dass hier eine Unterstützung kommt, und dass auch die Alleinregierung hier im Burgenland nachdenkt, wie man diese Dinge vorantreiben kann, dass wir auch aus dieser Krise sehr gut hinaus kommen. Das muss unser aller Ziel sein.

In diesem Sinne arbeiten wir mit diesem ÖVP-Weg weiter für die Burgenländerinnen und Burgenländer, den wir bis jetzt eingeschlagen haben. *(Beifall bei der ÖVP)*

Präsidentin Verena Dunst: Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Mag.a Regina Petrik.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Danke schön Frau Präsidentin! Die Aktuelle Stunde hat die Überschrift „Wer bezahlt die Krise?“. Nun, ich denke, es bezahlen schon alle oder fast alle in dieser Krise. Durch die notwendigen Einschränkungen in

unserem Alltag. Viele bezahlen durch gesunkene Einnahmen oder fehlendes Einkommen. Kinder bezahlen dadurch, dass sie nicht alle die gleichen Möglichkeiten des Lernens vorfinden. Es gibt hier viele Ungleichheiten. Also, es bezahlen schon recht viele in dieser Krise.

Jetzt geht es darum, die Wirtschaft wieder hoch zu fahren und Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu setzen. Dazu braucht es Milliarden an Investitionen, Hilfen, Unterstützung und rasches Geld. Das ist aktuell an den Finanzmärkten für Österreich ja recht billig zu haben.

Ich stelle deswegen lieber die Frage, wie investieren wir uns aus dieser Krise heraus? Weil das ist die zukunftsorientierte Frage. Der Staat wird also, wie bereits gesagt, Kredite aufnehmen, um Unternehmen unter die Arme zu greifen, um Arbeitsplätze zu retten, um die Konjunktur zu beleben. Wir müssen uns aus der Krise heraus investieren. Über Investitionen in den Klimaschutz, in den öffentlichen Verkehr, in die Pflege, in soziale Dienste, in die Regionalisierung von Wirtschaftsstrukturen und von Produktion.

Dass die Corona-Krise und die Folgen eine der größten verteilungspolitischen Auseinandersetzungen der Nachkriegszeit mit sich bringen wird, und das längst nicht nur in Österreich, sondern auch in ganz Europa, das steht außer Zweifel. Jetzt umfangreich mit dem Aufnehmen neuer Schulden zu investieren und die Konjunktur zu beleben, um Arbeitsplätze zu sichern und auch den kleinen Unternehmerinnen und Unternehmern aller Branchen beim neuen Durchstarten unter die Arme zu greifen, das ist jetzt einmal der erste Schritt. *(Zwiesgespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Aber, das muss natürlich auch irgendwann einmal zurückgezahlt werden und hier möchte ich Vizekanzler Werner Kogler zitieren: „Spätestens ab dem Moment, wo die finanzielle Lasttragung eine Rolle spielen soll, werden Millionäre und Milliardäre ihren Corona Krisen-Beitrag leisten.“

Das alles braucht auch seine Zeit. Ich komme nachher noch einmal darauf zurück. Aber, welche Konjunkturspritze brauchen wir jetzt? In den nächsten Wochen geht es darum, konjunkturelle und beschäftigungspolitische Maßnahmen zu setzen, um so rasch wie möglich die Arbeitslosigkeit wieder zu senken.

Es braucht öffentliche Investitionen in Umwelt und Klimaschutz, in moderne Technologien, in den öffentlichen Verkehr, in die Regionalisierung, das ist für uns im Burgenland auch sehr wichtig, und in die Digitalisierung, in Gesundheit, Pflege und Bildung. Das sind alles wesentliche Investitionen, Investitionen in zukünftige neue, wichtige Branchen, aber auch in den Ausbau von, wie wir ja mittlerweile wissen, strukturelevante Branchen, die hier mehr gestützt werden. Das heißt, hier sind in der Zukunft auch mehr Arbeitsplätze enthalten.

Es geht darum, jene Betriebe zu unterstützen, die Arbeitnehmerinnen in Beschäftigung halten und zurückholen, aber auch darum, neue Arbeitsplätze zu schaffen. Es geht darum, auch jetzt und sehr bald, Menschen mit sehr niedrigem Einkommen zu stärken. Das, glaube ich, darf nicht aufgeschoben werden. Das muss jetzt schon geschehen. Diesen Ansatz unterstützt auch ÖGB Präsident Katzian, wie wir ja unlängst auch erst in den Medien mitbekommen haben.

Wenn es dann an die Schuldentrückzahlung geht, muss dort angesetzt werden, wo einige wenige an einem riesigen Übermaß haben. Österreich hat tatsächlich eine außerordentlich hohe Vermögenskonzentration. Allein das oberste Prozent besitzt mehr als ein Viertel des gesamten Vermögens. Dass auch diejenigen, die sehr viel besitzen, einen Krisenbeitrag leisten müssen, das steht für uns GRÜNE auch außer Frage.

Deswegen werden wir auch hier in der Bundesregierung weiter in die Debatte gehen. Wie genau das dann ausgestaltet ist, ob das über eine Vermögensabgabe geht, über Erbschaftssteuern, Schenkungssteuern, das muss ausgehandelt werden. Wir wissen alle, es ist nicht so leicht. Wie gesagt, unter der SPÖ Kanzlerschaft wurde diese Vermögenssteuer abgeschafft. Jetzt ist, Gott sei Dank, die SPÖ wieder auf der Seite der Unterstützung in dieser Richtung.

Aber, wie sie selber auch ja mehrfach erwähnt haben, es ist nicht so leicht, das mit allen auszuhandeln. Deswegen dauert es seine Zeit und hat alles, so zu sagen, seine Reihenfolge.

Jetzt geht es einmal um die schnelle Rettung, um das schnelle Geld so zu sagen und in den nächsten Monaten muss weiter gesprochen werden und weiter ausgehandelt werden, wie hier die Vermögenden und die besonders stark Besitzenden, im Übermaß Vermögenden, auch zur Kasse gebeten werden.

Dann ist es nämlich nicht nur eine Akutmaßnahme, sondern dann bietet diese Krise sogar auch noch die Chance, hier längerfristig wirklich eine Umverteilung in der Vermögensverteilung hier in unserem Land zu erreichen.

Zweiter Präsident Georg Rosner (*der den Vorsitz übernommen hat*): Zeitablauf!

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE) (*fortsetzend*): Danke schön, dass ich meine fünf Minuten, die ich hatte, auch um zehn Sekunden überschreiten durfte.

Danke für ihre Aufmerksamkeit.

Zweiter Präsident Georg Rosner: Als Nächstes zu Wort gemeldet ist Landtagsabgeordneter Dr. Roland Fürst.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Dr. Roland Fürst (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Landesregierung! Sehr geehrte Mitglieder! Lassen sie mich kurz vor Beginn meiner ersten Rede kurz anmerken, dass ich sehr stolz bin, heute hier bei ihnen sein zu dürfen. Einer von 36 Abgeordneten, der in den nächsten fünf Jahren gemeinsam mit Ihnen das Burgenland zu einem besseren Land machen und für die Burgenländerinnen und Burgenländer arbeiten wird. Ich freue mich ganz besonders, dass ich heute hier stehen darf. (*Zwiesgespräche in den Reihen der Abgeordneten*)

Ich habe jetzt die Aufgabe so zu sagen ein Stück weit das noch einmal zu erklären. Zur ÖVP kommt der viel zitierte Chef CEO wie das heißt von KTM. Weil der hat ja glaube ich eine Kulturförderung auch noch um 800.000 Euro nachgeworfen bekommen und vieles mehr. Die Dividende hat er deswegen nicht ausbezahlt oder angekündigt, weil es massive Proteste gegeben hat und ihm dann wahrscheinlich aufgefallen ist, dass das in der Krise vielleicht nicht gut kommt, wo es Menschen gibt, die ums Überleben laufen da großartig Dividenden auszubezahlen.

Zu uns kommen jene Menschen, die von der Bundesregierung nicht abgedeckt sind, weil der Herr Bundeskanzler hat ja den Weg schon vor Wochen vorgezeichnet. Er hat eindeutig gesagt, das Arbeitslosengeld wird nicht erhöht, keinen Millimeter, keinen Cent, aber gleichzeitig werden die Vermögenden nicht besteuert.

So eine Festlegung, die auch hält, daher machen wir auch heut hier die Aktuelle Stunde. Es hat sich ja auch schon gezeigt, dass das, was der Herr Bundeskanzler sagt, offensichtlich auch das Wort ist, auf dem dann alle nachfolgen. Die GRÜNEN sind ja leider in dieser Frage umgefallen. Den „Pumpera“ hat man ja bis nach Eisenstadt gehört.

Frau Abgeordnete Petrik! Ich habe von Ihnen eine Rede aus dem Jahr 2017, die ich übrigens zu 100 Prozent unterschreibe, weil sie zurecht richtig ist, wo Sie hier an dieser Stelle vermögensbezogene Steuern eingefordert haben und die SPÖ vor sich hergetrieben haben, dass sie nicht fähig ist, so zu sagen, die durchzusetzen.

Jetzt ist es halt umgekehrt. Was noch schöner ist, ist die Tatsache, dass die GRÜNEN in Wien jetzt auch einen Entschließungsantrag zur Erhöhung des Arbeitslosengeldes abgelehnt haben. Also das geht offensichtlich sehr schnell in der Regierung. Arbeitslosigkeit ist das Thema, denn da kommen die Menschen zu uns. Ich weiß nicht, ob sie wissen, was das durchschnittliche Arbeitslosengeld ist?

Ich kann es ihnen sagen, 32,95 Euro rund pro Tag. Da muss man aber allerdings 2.000 Euro brutto verdienen, dass man das bekommt. Das ist 1.495 Euro netto. Das sind, wenn man es für den April hochrechnet, 960 Euro pro Monat.

Jetzt war eine Dame bei mir, die übrigens studiert hat, Herr Kollege Wolf, weil wir ja in der Mindestlohndebatte ja Auseinandersetzungen gehabt haben, weil Sie ja der Meinung waren, dass man sozusagen, das Studieren, dass sich das lohnen soll, nicht? Wo kämen wir hin, wenn dann jeder 1.700 Euro netto verdienen würde?

Die Reinigungskräfte, die Heldinnen, die Sie so gerne beklatschen, die Verkäuferinnen und viele mehr. Die hat studiert, nämlich, soziale Arbeit und hat ein Anfangsgehalt von 2.000 Euro brutto für 40 Stunden. Die verdient jetzt, weil sie arbeitslos geworden ist, weil natürlich auch da die Betriebe eingestellt worden sind, 960 Euro pro Monat. „Verdient“ ist vielleicht unter Anführungszeichen zu setzen. Davon hat sie Fixausgaben für ihre Wohnung und vieles mehr die so knapp an die 30 von 570 Euro. Ihr verbleiben pro Monat 400 Euro zum Leben oder zum Überleben.

Da sind kein Dank dabei und nix. Diesen Menschen verweigert die ÖVP die Erhöhung des Arbeitslosengeldes. Es ist ein starkes Stück, sich heute hier hinzustellen und so zu tun, wie wenn die Bundesregierung die Weisheit mit dem Löffel gegessen hat und für alle zur Verfügung steht. Genau diese Menschen lassen sie im Stich, liebe ÖVP.

Wir haben berechnet, dass in etwa eine Arbeitslosenerhöhung von 55 Prozent der Nettoersatzrate auf 75 Prozent, da gibt es eine OECD Studie, die ist nachzulesen, kostet in etwa eine Milliarde Euro, eine Milliarde Euro.

Das ist nicht besonders viel. Da würde man solchen Menschen mitunter sehr helfen, wenn man diese Arbeitslosenrate, oder diese Arbeitslosenquote so anhebt, dass die Menschen auch in der Zeit der Arbeitslosigkeit gut überleben können.

Das ist nicht passiert. Im Gegenteil, das wird auch nicht passieren. Wir sind übrigens mit dieser Nettoersatzrate an drittletzter Stelle in Europa. Dank eines ÖVP-Finanzministers, den wir seit über 30 Jahren haben und danke an ÖVP, die in den letzten Jahren sehr stark eigentlich die Geschicke dieses Landes auch führt trotz Regierungsbeteiligung von den GRÜNEN oder von der Sozialdemokratie.

Ein paar Berichtigungen oder eine Berichtigung hätte ich gerne, weil ich den Kollegen Petschnig doch sehr schätze.

Zweiter Präsident Georg Rosner: Zeitablauf!

Abgeordneter Mag. Dr. Roland Fürst (SPÖ) (fortsetzend): Ja, letzter Satz. Der Gini-Koeffizient, das ist in der Tat so, dass der ja die Gerechtigkeit, soziale Ungerechtigkeit misst und wir sind mit 0,76, eins ist total ungerecht, null ist sehr gerecht, sind wir eigentlich ganz, ja hinter den USA, eines der sozial ungerechtesten Länder, wenn

man das hernimmt. Das wollte ich noch dazu sagen. (*Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten*)

Danke für ihre Aufmerksamkeit, danke schön. (*Beifall bei der SPÖ*)

Zweiter Präsident Georg Rosner: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Patrik Fazekas, BA.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Patrik Fazekas, BA (ÖVP): Ja, danke Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben ja jetzt bei den Vorrednern der SPÖ viele Fantasien gehört, Vermögensbesteuerung, Mindestlohn, und ich will sie fragen, glauben Sie, dass Sie mit diesen Ideen, Fantasien, diesen Brandherd, der derzeit im Bereich der Wirtschaft, der derzeit auch am Arbeitsmarkt wütet, löschen können?

Ich kann ihnen auf diesem Weg nur eines mitgeben. Für gewöhnlich löscht man einen Brandherd mit Wasser und nicht mit Brandbeschleunigern, wie sie es tun. Der rote Mindestlohn, Herr Klubobmann Hergovich, die Vermögensbesteuerung, ist nichts anderes als ein Brandbeschleuniger. Weil, was wird passieren?

Die Arbeitsplätze werden noch mehr gefährdet sein, Herr Kollege Fürst, wenn wir über den Mindestlohn reden. Dann würden die Gasthäuser im Burgenland nicht mehr öffnen. Der für das Burgenland so wichtige Tourismusbereich würde kollabieren.

Meine geschätzten Damen und Herren! Jetzt an neue Steuern zu denken ist schlichtweg nicht besonders klug. Diejenigen, die investieren sollen, wo möglich jetzt nach Ungarn, nach Slowenien oder nach Slowakei zu vertreiben ist eigentlich ein Zeichen für fehlende wirtschaftlicher Kompetenz. Das möchte ich an dieser Stelle auch angemerkt haben.

Es ist heute schon erwähnt worden, sozialdemokratische Regierungen haben sich von der Vermögensbesteuerung verabschiedet. Der Kollege Petschnig hat es erwähnt, auch in Österreich, ein SPÖ Finanzminister Lacina, hat sich davon verabschiedet. Wenn die SPÖ jetzt von Superreichen redet, wenn die SPÖ von Online-Konzernen redet, dann versucht sie die Menschen zu täuschen. (*Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten*)

zu täuschen, denn in Wahrheit will sie das Vermögen, das sämtliche Vermögen mit Steuern belegen. Die Häuslbauersteuer, wie der Klubobmann Ulram schon gesagt, die Steuer von Landwirten beziehungsweise die Pensionistensteuer. Das ist aus unserer Sicht der falsche Weg.

Es braucht eine Entlastung so wie es die Bundesregierung vorgibt, nicht neue Belastungen. Anreize sind zu schaffen damit die Menschen wieder in Beschäftigung kommen. Dafür stehen wir als Volkspartei, meine geschätzten Damen und Herren.

Die Bundesregierung mit Sebastian Kurz hat alles getan um die Infektionszahlen zu reduzieren, so möglichst gering zu halten wie nur möglich. Durch diese rasche Reduktion ist es uns ermöglicht worden jetzt in eine neue Normalität zu finden. Nun ist es uns auch gelungen als Österreicher den wirtschaftlichen Schaden so gering wie nur möglich zu halten.

Wenn Sie Zahlen zitieren, Herr Klubobmann Hergovich, dann lege ich Ihnen ans Herz, dass Sie auch fundierte Zahlen nennen. Die EU-Kommission hat gestern eine Prognose veröffentlicht für das Jahr 2020 und für das Jahr 2021. Österreich, wird hier dargestellt, kommt wesentlich besser durch die Krise als die meisten anderen Ländern,

der Wirtschaftseinbruch wird hier prognostiziert mit minus 5,5 Prozent. Wir sind hier an dritter Stelle, vor uns liegen Luxemburg und Polen.

Ähnlich hinken die Beispiele in Bezug auf die Arbeitslosigkeit, die Sie genannt haben. Tatsache ist, dass es immer auch in gesunden Jahren, wenn man sich die Zahlen aus dem Jahr 2019 ansieht, es einen Unterschied gibt bei der Arbeitslosigkeit zwischen Deutschland und Österreich.

Im Jahr 2019 eine Differenz von 1,3 Prozent. Da waren bei den Deutschen 3,2 Prozent im Jahr 2019, bei uns 4,5 Prozent. Jetzt haben wir 5,8 Prozent in Österreich, in Deutschland 4 Prozent, sprich eine Differenz von 1,8 Prozent. Und die Prognosen zeigen dass der Niveauunterschied im nächsten Jahr wieder auf den gehen wird, wie es wir im Vorjahr auch erlebt haben.

Danke schön. *(Beifall bei der ÖVP)*

Zweiter Präsident Georg Rosner: Zu Wort gemeldet ist Herr Landesrat Christian Illedits.

Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Christian Illedits (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordneten! Ich habe genau zugehört, man sieht, vieles hat sich verändert, aber manches ist gleich geblieben.

Herr Kollege Fazekas, gleichgeblieben ist, dass Sie noch immer die Millionäre schützen. Früher waren Sie Schwarz, jetzt sind Sie Türkis. Eigentlich ist das ganz gleich geblieben. Das heißt, Ihre eindeutige reflexartige Verteidigung von Millionären ist Standard. Das ist eine Meinung, ich akzeptiere die mittlerweile natürlich seit vielen Jahrzehnten.

Es ist aber eine Frage, der Kollege Petschnig hat uns das sehr gut, und auch Sie sind ja alle wirtschaftlich ausgebildet, erklärt, wie das ganze System sich bei uns und in anderen Ländern zusammensetzt und finanziert.

Das ist alles super was ich da höre. Aber was bringt das dem draußen, dem Arbeitenden, oder ehemaligen Arbeitenden, der jetzt arbeitslos ist und 55 Prozent von seinem ursprünglichen Gehalt kriegt? Was bringt das dem, der im Kurzzeitmodell ist und nicht weiß ob er nach Ablauf des Kurzzeitmodells nicht seinen Job verliert?

Was bringt es der Alleinerziehenden draußen, die 55 Prozent von 800 Euro bekommt? Die dann vielleicht auf das Sozialamt gehen muss und um Unterstützung sich anstellen muss. Und die denkt dann auch, meine Beiträge von 800 Euro, zahlt dann keine Steuer, aber wenn ich 1.200 Euro verdiene zahle ich meine Steuerbeiträge.

Wieso sind die Aufgaben, die Lasten, anscheinend hier in einer Verteilung die nicht gerecht ist? Die Aufgaben sind anscheinend gleich verteilt auf vielen Schultern und die Lasten, die Bezahlung dieser, eben nicht.

Herr Kollege Petschnig, wenn Sie erklären wie das System ist, weil Sie den Robert Hergovich hier eben entgegen wollten Systeme in Amerika, in Großbritannien. Wenn wir in der heutigen Krise dieses System, dieses Solidarsystem der Steuern zweifelsohne so hoch nicht hätten, wären wir, Herr Kollege Fazekas, nicht, und der Herr Bundeskanzler könnte das nicht vermelden, so gut durch diese Krise gekommen.

Weil nur allein diesen Steuereinnahmen ist es geschuldet, dass wir ein so gutes Gesundheits- und Sozialsystem haben und das ist der Grund warum wir so gut durch die Krise kommen. *(Beifall bei der SPÖ)*

Deshalb wird es entscheidend sein, dass wir die Menschen in Beschäftigung bringen und sonst gar nichts. Weil, sonst können die keine Steuer zahlen und unser soziales Gesundheitssystem ist entweder in Gefahr, oder es ist eben in Zukunft nicht mehr in dieser Qualität zu halten.

Das wollen wir alle nicht. Weil wir uns genau auf dieses System verlassen haben können und die unterschiedlichen Zahlen in Italien, oder wo anders, sind ja genau der Grund. Vielleicht werden Sie irgendwo sagen, Herr Kollege Ulram, dieses Spital kostet so viel Geld. In Wien hat der Rechnungshof kritisiert, dass es zu viele Betten gibt. Jetzt hat das keiner gesagt. Alle haben gesagt, super, dass wir so viele Betten haben.

In den Pflegeheimen, Sie sagen, wir diskutieren nicht über die Tagsatzvereinbarungen. Na, das ist natürlich alles schon ausgesprochen, 500 Euro Bonus, im KV Soziale Wirtschaft Österreich fixiert. Wir zahlen das, Sie mit, wir alle zusammen. Das heißt, Sie erzählen da etwas, was einfach nicht stimmt.

Im Pflegebereich, und ich sage Ihnen was die Kollegen aus Westösterreich sagen: Das Burgenland hat eine Diskussion mit 1.700 Euro im Pflegebereich angekickt. Der müssen wir uns stellen und der werden wir uns stellen. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Wer sagt das?)*

Das heißt, jeden ist auf einmal doch diese Pflege so viel wert, weil wir sie brauchen und der Sozialbereich. Vor ein paar Monaten haben Sie gesagt, das geht nicht, das ist viel zu teuer. Natürlich werden wir die Lasten gleichmäßig zahlen. Das ist ja auch Aufgabe dieses Solidarsystems. Das müssen wir tun.

In der Wirtschaft haben wir Sofortmaßnahmen gesetzt die wir können. Ich unterstütze viele Maßnahmen, nicht der Umsetzung einer grundsätzlichen Ausrichtung der Bundesregierung, aber auch wir tun das.

Wir haben uns ein bisschen auf diesen Bereich der Fixkosten fixiert. Existenzsicherung, um das geht es in den nächsten Monaten. Und das tun wir. 1.200 Anträge, die Hälfte ist abgearbeitet und die andere Hälfte hat schon das Geld zu 50 Prozent, weil es so Vorgabe ist, überwiesen.

Das heißt, wir wollen das schnell machen und tun das auch. Und die restlichen 500 Antragsteller haben noch Unterlagen zu bringen weil, wir nicht den Vorteil haben der Wirtschaftskammer, dass sie eben Datensätze schon übermittelt hat. Wir müssen unseres mit dem Kunden, mit dem Förderwerber besorgen. Also auch das passiert.

Haftungen übernehmen wir. Dieses 30 Millionen Europaket wird noch vieles bringen, ...

Zweiter Präsident Georg Rosner: Zeitablauf, Herr Landesrat.

Landesrat Christian Illedits (SPÖ) (fortsetzend): Wo wir nachdenken eben Firmen zu stützen, das tun wir in einigen Bereichen auch.

Eines möchte ich nicht haben, ich möchte nicht eine neue Normalität, ich möchte die alte zurück. *(Beifall bei der SPÖ)*

Zweiter Präsident Georg Rosner: Zu Wort ist Niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen und die Aktuelle Stunde beendet.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Da der 3. und der 4. Punkt der Tagesordnung in einem inhaltlichen Zusammenhang stehen schlage ich eine gemeinsame Behandlung vor.

Es soll demnach zuerst die getrennte Berichterstattung über den 3. und 4. Punkt der Tagesordnung erfolgen und anschließend eine gemeinsame Debatte durchgeführt werden. Die Abstimmung erfolgt selbstverständlich getrennt.

Erhebt sich gegen diese Vorgangsweise grundsätzlich ein Einwand? - Das ist nicht der Fall.

3. Punkt: Bericht des Rechnungsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Gesetzesentwurf (Beilage 40), mit dem die Zuständigkeiten der Bildungsdirektion für Burgenland geändert werden (Zahl 22 – 40) (Beilage 72)

4. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Gesetzesentwurf (Beilage 41), mit dem das Burgenländische Landeslehrerinnen und -lehrer Diensthoheitsgesetz 1995 geändert wird (Zahl 22 – 41) (Beilage 73)

Zweiter Präsident Georg Rosner: Der 3. Punkt der Tagesordnung ist der Bericht des Rechnungsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Gesetzesentwurf, Beilage 40, mit dem die Zuständigkeiten der Bildungsdirektion für Burgenland geändert werden, Zahl 22 - 40, Beilage 72.

Berichterstatterin ist Frau Landtagsabgeordnete Doris Prohaska.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Bitte Frau Berichterstatterin.

Berichterstatterin Doris Prohaska: Sehr geehrter Herr Präsident! Der Rechtsausschuss und Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den Gesetzesentwurf, mit dem die Zuständigkeiten der Bildungsdirektion für Burgenland geändert werden, in ihrer 01. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 29. April 2020, beraten.

Ich wurde zur Berichterstatterin gewählt.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle dem Gesetzesentwurf, mit dem die Zuständigkeiten der Bildungsdirektion für Burgenland geändert werden, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Zweiter Präsident Georg Rosner: Danke Frau Landtagsabgeordnete. Der 4. Punkt der Tagesordnung ist der Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Gesetzesentwurf, Beilage 41, mit dem das Burgenländische Landeslehrerinnen und -lehrer Diensthoheitsgesetz 1995 geändert wird, Zahl 22 – 41, Beilage 73.

Berichterstatterin ist abermals Frau Abgeordnete Frau Prohaska.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Bitte Frau Berichterstatterin.

Berichterstatterin Doris Prohaska: Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den Gesetzesentwurf, mit dem das Burgenländische Landeslehrerinnen und -lehrer Diensthoheitsgesetz 1995 geändert wird, in ihrer 01. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 29. April 2020, beraten.

Ich wurde zur Berichterstatterin gewählt.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle dem Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Landeslehrerinnen und –lehrer Diensthoheitsgesetz 1995 geändert wird, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Zweiter Präsident Georg Rosner: Danke Frau Abgeordnete. Ich erteile nun der Frau Abgeordneten Mag.a Regina Petrik als erste Rednerin zu diesem Tagesordnungspunkt das Wort.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Danke schön Herr Präsident. Damit sich der Kollege mit dem Desinfizieren nicht so stressen muss, spreche ich nun einfach von diesem Pult.

Wir haben hier in einer gemeinsamen Behandlung zwei Tagesordnungspunkte, zwei Gesetzesänderungen, die zunächst einmal sehr unscheinbar wirken, bei genauerem Hinsehen ist aber bei einem von den beiden einiges doch sehr interessant.

Das erste, da geht es um das Bildungsinvestitionsgesetz. In Österreich gibt es ein Bildungsinvestitionsgesetz das geringfügig geändert gehört. Was regelt das? Das regelt die Ganztagsbetreuung, da wird geschaut, wer gibt wo, wie viel Geld aus dafür, dass die Kinder in der Schule auch länger betreut werden können.

Das ist im Zuständigkeitsbereich der Länder durch die zuständige Stelle im jeweiligen Land vorzugsweise durch die Bildungsdirektion abzuhandeln und das werden wir jetzt auch in einem Gesetz beschließen dass das so ist.

So unspektakulär sollte wohl auch die zweite Gesetzesänderung abgewickelt werden. Aus meiner Sicht ist sie das aber nicht, zumindest nicht in der Auswirkung in der Folge. Es geht hier um die Postenbesetzung im Bildungsbereich, genauer gesagt im Pflichtschulbereich.

Es wurde jetzt auf Bundesebene klargestellt, dass mit der Kompetenzveränderung zwischen Landesschulräten früher und Bildungsdirektionen jetzt die Auswahl der Leitungen für die Bundesschulen im Bundesministerium, jetzt in der Person vom Bundesminister liegt. Dann wird hier entsprechend ein kleiner Paragraf im Burgenländischen Landeslehrerinnen - und lehrer Diensthoheitsgesetz geändert. Da steht und das muss man sich das auch so vorstellen, wir Abgeordnete kriegen die geänderten Gesetzesvorschläge so in einzelnen Satz- und manches Mal in Wortfetzen.

Wir lesen also - in § 2 wird am Ende der lit. c der Satzpunkt durch einen Strichpunkt ersetzt; dem § 2 wird folgende lit. d angefügt:

„d) die Auswahl bezüglich der Leitungsfunktionen an Pflichtschulen (Pflichtschulclustern) gemäß § 26 a Abs. 11 LDG 1984.“

Was ist das jetzt genau? Wenn man nachschaut wird im § 2 geregelt was ist die Zuständigkeit der Landesregierung. In Ordnung, da kommt jetzt dazu, in der Zuständigkeit der Landesregierung liegt die Bestellung der Leitungspersonen in den Pflichtschulen und den Pflichtschulclustern.

Wenn man sich dabei nicht gut auskennt, was ist eigentlich damit gemeint, liest man in den Erläuterungen nach und dort steht auch oft das was wirklich interessant ist. Das lesen wir nach in den Erläuterungen, wie ist denn das gemeint? Und da lesen wir jetzt:

Für die Auswahl bezüglich der Leitungsfunktionen im Pflichtschulbereich, Bundesschulbereich, wurde gesetzlich der Minister festgelegt, dies soll nun nach der Referatseinteilung zuständiges Mitglied der Landesregierung sein.

Dieser Satz ist so wichtig, dass er in den Erläuterungen gleich zweimal steht, das könnte man einmal überlesen und trotzdem bleibt es unklar.

Wir haben uns die Frage gestellt in der Vorbereitung und im Ausschuss bin ich dann draufgekommen, auch den Kollegen Petschnig hat diese Frage beschäftigt, welches Mitglied der Landesregierung ist laut Referatseinteilung denn zuständig? Und eigentlich ist für die Pflichtschule, für den Pflichtschulbereich die Bildungslandesrätin zuständig.

Das heißt, ich gehe davon aus, dass für die Auswahl der Leitungspersonen das zuständige Mitglied in der Landesregierung laut Referatseinteilung die Landesrätin Mag.a Winkler ist. Aber irgendwie, zur Sicherheit fragt man doch nach. Im Ausschuss hat dann der Kollege nachgefragt, wer ist denn da jetzt gemeint?

Da hat die Landesrätin dann gesagt, gemeint ist damit der Landeshauptmann, weil der ist für das Personal zuständig.

So, nun habe ich angemerkt, ja also Erläuterungen sollen ja etwas erläutern, damit klar ist worum es geht. Offensichtlich ist nach diesen Erläuterungen gar nicht klar worum es geht weil, völlig unabhängig voneinander Menschen mit völlig unabhängigem Zugang die gleiche Irritation vorfinden.

Das heißt, ich muss ja ganz klar sagen, wenn hier schnell durchgewinkt werden soll, das etwas das ganz unüblich ist, nämlich jenes Mitglied der Landesregierung das für die Bildung zuständig ist nicht auch selbst das Vorschlagsrecht für die Leitungspersonen in den Pflichtschulen hat, dann wird das mit uns sicher nicht gehen.

Wenn hier schnell, schnell noch dazu mit unklaren Formulierungen eine Praxis eingeläutet werden soll, das der Landeshauptmann selber weil er Landeshauptmann ist nicht weil er für die Bildung zuständig ist, weil er Landeshauptmann ist, persönlich den Einfluss ausübt darauf welche Personen Leitungsfunktionen an den Pflichtschulen bekommen, dann muss ich sagen, das geht für uns GRÜNE überhaupt nicht.

Manchen würde es vielleicht nicht auffallen weil früher war es ja auch der Landeshauptmann, das war aber Landeshauptmann Nießl, der in der Landesregierung für die Bildungsagenden zuständig war. Nun ist aber der Landeshauptmann nicht für die Bildungsagenden zuständig.

Ich traue es schon unserer Bildungslandesrätin zu hier die Leitungspersonen auszusuchen und der Landesregierung zur Beschlussfassung vorzuschlagen. Das ist in allen anderen Bundesländern auch so üblich wo nicht der Landeshauptmann selbst für die Bildungsagenden zuständig ist. Ob das Tirol ist, ob das Salzburg ist, wo auch immer. In Wien, da ist die zuständige Person für Bildung auch dafür zuständig der Landesregierung hier die Personalvorschläge zu machen.

Also hier wird eine parteipolitische Komponente für mich ganz auffällig zum Regelwerk erhoben weil es geht offensichtlich nicht in erster Linie darum das jemand der fachlich dafür zuständig ist die Qualifikation einer Person für einen Leitungsposten in einer Pflichtschule auszuwählen hat, sondern das hier ganz klar Postenbesetzungen direkt in die Hand des Landeshauptmanns rutschen sollen und nicht zum zuständigen, inhaltlich zuständigen Landesregierungsmitglied.

Dafür gibt es seitens der GRÜNEN sicher keine Zustimmung. Danke für Ihre Aufmerksamkeit. *(Beifall bei einigen Abgeordneten der ÖVP)*

Zweiter Präsident Georg Rosner: Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Landtagsabgeordnete MMag. Alexander Petschnig.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter MMag. Alexander Petschnig (FPÖ): Ja danke, Herr Präsident. Geschätzte Frau Landesrätin! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Es wurde jetzt von der Frau Kollegin Petrik ja schon viel gesagt, mit vertauschten Rollen diesmal. Im Ausschuss war es noch umgekehrt, da war ich der Erste der sich zu Wort gemeldet hat, diesmal hat sie als Erste gesprochen.

Es ist viel gesagt worden, es liegen zwei Gesetze vor, das eine über die Zuständigkeit der Bildungsdirektion, das ist eine Kompetenzübernahme von Bundesseite da werden wir natürlich zustimmen, warum auch nicht.

Das zweite Gesetz ist eines was die Landeslehrerinnen und Landeslehrer - Diensthoheit betrifft und hier, wie ausgeführt, hat uns oder hat mir oder hat uns als Fraktion aufgestoßen, das hier in den Erläuterungen diesmal nicht unbedingt Erhellendes sondern eher das Gegenteil zutage gefördert wurde, auf die Regelung im Bund verwiesen wurde. Wenn man dort nachschaut dann kommt man drauf, das der zuständige Minister, der in den Erläuterungen erwähnt ist, der Bildungsminister ist und nicht der Beamtenminister, also spricht nicht derjenige der für das Personal zuständig ist.

Das Land kann das offensichtlich anders regeln, das soll so sein, unüblich ist es für uns allemal und es wirft zumindest den Verdacht auf, ich will jetzt nicht gleich mit der Keule draufschlagen, aber es wirft zumindest den Verdacht auf, das es da nicht immer nur um rein bildungstechnische Überlegungen geht bei bestimmten Postenbesetzungen.

Der zweite Aspekt vielleicht, wenn man schon das für Beamte oder für das Personal zuständige Regierungsmitglied das überträgt, warum dann nicht gleich über alle Lehrerinnen und Lehrer die Diensthoheit ausführt und alle bestellt?

Also die normalen Lehrer werden sozusagen, wenn es nur normale Lehrer betrifft an das zuständige Regierungsmitglied, an die Frau Landesrätin delegiert, die Leitungsfunktionen nicht. Das ist für uns nicht wirklich nachvollziehbar und aus den Erläuterungen auch nicht ableitbar. In den Ausschüssen wurde glaube ich, noch gesagt, es wird in irgendeiner Form deutlicher ausformuliert, das wurde auch unterlassen.

Also aus diesen Gründen können wir diesem Gesetz nicht zustimmen, beim Ersten werden wir natürlich dabei sein. *(Beifall bei den GRÜNEN)*

Zweiter Präsident Georg Rosner: Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Abgeordnete Patrik Fazekas, BA.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Patrik Fazekas, BA (ÖVP): Danke Herr Präsident. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Es liegen die zwei bereits genannten Gesetze heute vor. Beim Gesetz über die Zuständigkeit der Bildungsdirektion wird der Vollzug des Bildungsinvestitionsgesetzes an die Bildungsdirektion Burgenland übertragen. Da geht es um die Mittel des Bundes zur Ganztagesbetreuung. Das ist durchaus auch vertretbar.

Ich möchte an dieser Stelle nochmal die Gelegenheit nutzen, geschätzte Frau Landesrätin Winkler, und unsere Forderung der Volkspartei in diesem Kontext auch nochmal wiederholen, nämlich die Übernahme der Betreuungskosten für die Kinder, beziehungsweise die Eltern, deren Kinder in der Krisenzeit die Betreuung benötigt haben,

aber auch die Gemeinden zu berücksichtigen die jetzt fehlende Beiträge für nicht beanspruchte Betreuung haben.

Hier gilt es zu unterstützen, die Eltern auf der einen Seite und die Gemeinden natürlich auf der anderen Seite. Wenig vertretbar, meine geschätzten Damen und Herren, ist das Landeslehrerinnen- und lehrer Diensthoheitsgesetz das wurde ja schon ausgeführt. Es geht hier um die Zuständigkeit bei der Auswahl der Leitungsfunktionen das dem zuständigen Mitglied der Landesregierung obliegen soll.

Wie schon bekannt ist das laut Referatseinteilung der Landeshauptmann persönlich und nicht die zuständige Bildungsreferentin Winkler, die ja für den Bildungspflichtschulbereich zuständig wäre.

Aus meiner Sicht, meine geschätzten Damen und Herren, ist das ein klarer Widerspruch. Man spricht immer von Verwaltungsvereinfachung, man spricht immer von klaren Zuständigkeiten, klarer Struktur und in Wahrheit tut man genau das Gegenteil. Jetzt hat man mehrere Stellen, den Landeshauptmann, Sie, Frau Landesrätin, die Bildungsdirektion, die Abteilung.

Es ist schon spannend wenn man dann einen Blick auch in andere Bundesländer wirft, der Kollege Petschnig hat den Blick in den Bund gerichtet, ich habe den Blick in die anderen Bundesländer geworfen. Wenn man sich das rot geführte Wien anschaut, zuständig ist hier der Bildungsstadtrat, Kärnten auch der Bildungsreferent zuständig für die Auswahl der Leitungsfunktionen, selbiges ist in Oberösterreich, in Salzburg, in der Steiermark, in Tirol und auch in Vorarlberg der Fall.

Es liegt der Verdacht nahe, meine geschätzten Damen und Herren, das es hier anscheinend ein gewisses Misstrauen innerhalb der Regierung gibt, sonst würden die Kompetenzen, Ihre Kompetenzen, geschätzte Frau Landesrätin, nicht beschnitten werden. Das ist eine Entmachtung wenn Sie es wollen, Ihrer Person, die schon sehr fragwürdig ist.

Für uns als Volkspartei ist es wichtig das bei der Bestellung der Leitungsfunktionen die personelle, die fachliche Kompetenz, die Führungskompetenz im Mittelpunkt steht, die Parteibuchwirtschaft hat hier nichts verloren.

Ich habe in den letzten Jahren nur zu oft erfahren von angehenden Lehrerinnen und Lehrern, die da auch unter Druck gesetzt werden. Denn Tatsache ist in vielen Fällen im Burgenland, das man ohne Parteibuch, ohne SPÖ Parteibuch, keine Chance hat auf einen Job.

Das ist das System das hier angewendet wird und ähnlich, liest man heute in der BVZ, läuft es jetzt auch in der KRAGES. Laut Medienberichten soll ja der neue Geschäftsführer der ehemalige Büroleiter des Landeshauptmannes sein. Die Ausschreibung hat man „hingedeichselt“, meine geschätzten Damen und Herren.

Diesen Zugang bei Postenbesetzungen, diesen Zugang den lehnen wir ab, genauso wie wir dieses Diensthoheitsgesetz ablehnen werden. Danke schön. *(Beifall bei der ÖVP und den GRÜNEN)*

Zweiter Präsident Georg Rosner: Als Nächste zu Wort gemeldet ist die Frau Landtagsabgeordnete Doris Prohaska.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Doris Prohaska (SPÖ): Hohes Haus! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Damen und Herren, die sie uns zuhören, zusehen! Liebe

Burgenländerinnen und Burgenländer! Wir sind zur Tagesordnung zurückgekehrt auf jeden Fall im Burgenländischen Landtag.

Ich bin Politikerin mit Leib und Seele. Ich bin Mensch und ich gehöre zu der Art dieser Spezies, die es mit der Ehrlichkeit ganz genau nimmt und auch mit dem, dass ich mir in der Politik alles von mehreren Seiten anschau. Herr Klubobmann Ulram, Sie haben da heute die Frau Landesrätin geprügelt wegen der Masken, wieviel haben Sie gesagt? 30 Masken für 15 Lehrer? *(Abg. Markus Ulram: 35 Masken für 10 Lehrer.)* Ich nehme an Sie wissen, dass es eine Unterscheidung zwischen Pflichtschulen und Bundesschulen gibt.

Für die Pflichtschulen ist das Land zuständig, für die Bundesschulen ist der Bund zuständig, AHS, BMHS, BHS sind Bundesschulen. Solche haben wir genug im Burgenland. Jetzt stellen Sie sich vor, da werden an eine solche Schule 500 Mund-Nasen-Schutz Masken geschickt. Soll ich Ihnen sagen für wie viele Personen?

Für 730, für 730 Personen, Lehrer und Schüler gemeinsam werden 500 Stück Masken, das ist weniger. *(Abg. Markus Ulram: 35 Masken für 10 Lehrer – das sind zwei Tage.)* Da müssen sich zwei Personen eine Maske teilen, wenn *(Abg. Markus Ulram: Wenn es die Gemeinde nicht geben würde, würde alle ohne Mundschutz herumlaufen.)* das Ihre Art von *(Abg. Markus Ulram: Das ist die Wahrheit, das wollt Ihr nicht hören.)* Gerechtigkeit ist. *(Abg. Markus Ulram: Sie können mit der Situation nicht umgehen.)*

Danke da bin ich froh das ich im Burgenland zuhause bin und nicht zur ÖVP sondern zur SPÖ gehöre, wirklich. *(Abg. Markus Ulram: Das ist Systemmanagement. – Beifall bei der SPÖ)*

Weil wenn sich einmal zwei Personen eine Maske teilen müssen, das ist ein Armutszeugnis, sind Sie mir nicht *(Abg. Markus Ulram: Irgendwo in einer Hinterstube einsortiert in ein Kuvert.)* böse, na das ist ja lächerlich. Da rede ich gar nicht weiter, das ist es mir ja gar nicht wert.

So, ich sage Ihnen jetzt etwas, Veränderung schafft Hoffnung manchmal, Herr Klubobmann Ulram, Veränderung schafft Hoffnung manchmal sogar Reibung aber auch Chance und Unsicherheit. Ich nehme an, Sie werden das kennen, das hat der Herr Bundeskanzler 2017 in der Regierungserklärung erklärt.

Also ich sehe von dieser Hoffnung, von dieser Chance, nur die Unsicherheit und die Reibung geblieben weil, ansonsten merke ich da überhaupt nichts Positives. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Weil Sie ein negativer Mensch sind.)*

Jetzt bin ich zurück im Alltag und nicht bei der Tagesordnung in der Bildung. Wir alle haben in den letzten Wochen eine große Herausforderung gehabt. Ich bin ganz einverstanden damit, die Gesundheit ist das höchste Gut das wir haben, das gehört geschützt. Es hat den Lockdown – Shutdown, wie auch immer, gegeben.

Ich freue mich das ich jetzt einmal ein großes Danke und ein besonders großes Lob aussprechen kann, es ist mir wirklich ein Bedürfnis, Punkt eins, an alle Schülerinnen und Schüler im Burgenland denn die haben in diesen Wochen Hervorragendes geleistet.

Denen war es wichtig, dass sie den Lernstoff so weiter mitkriegen mit allen Vor- und Nachteilen, mit allen Einschränkungen, die gelernt haben, die sich bemüht haben was nur möglich war. Da gehört wirklich sehr viel dazu.

Mein zweiter großer Dank und das Lob an die Eltern. Und vielleicht sitzen einige von ihnen selber hier, oder auch Großeltern die ihre Kinder unterstützt haben neben Berufstätigkeit, neben vielleicht Homeoffice, neben Haushaltsführung, daneben das man

vielleicht schon jahrelang nicht mehr Brüche miteinander multipliziert und dividiert hat, das man vielleicht englische Grammatik nicht mehr gelernt hat, das man mit den technischen Methoden nicht vertraut war. Hut ab vor allen Eltern, die ihre Kinder unterstützt haben.

Lob und Danke auch an alle Kolleginnen und Kollegen, Pädagoginnen und Pädagogen die weitaus mehr an Vorbereitung auf sich nehmen mussten als zu normalen Zeiten. Die sich auch nicht dagegen gewehrt haben in den Osterferien anwesend zu sein. Die sich auch nicht dagegen gewehrt haben und da mache ich jetzt eine große Klammer die Fenstertage anwesend zu sein.

Denn auch da habe ich mich erkundigt. Diese Forderung war im Alleingang von Chefgewerkschafter der FCG Paul Kienberger und der FCG auf Bundesebene gemacht, ohne auch nur irgendeinen anderen Personalvertreter miteinzubinden und ohne Rückfrage zu halten mit Kollegen.

Ich habe sehr, sehr viele Anrufe bekommen von Kollegen die gesagt haben, endlich sind Eltern die sagen, wir wissen jetzt, der Lehrerberuf ist kein Halbtagesjob und kein Job mit vielen Ferien, sondern das ist echte Herausforderung und jetzt kommt der oberste Gewerkschafter und macht uns madig. Das haben wir uns nicht verdient. *(Beifall bei der SPÖ)*

Das muss so nicht sein. Und eine Gruppe von Pädagoginnen und Pädagogen möchte ich noch hervorheben und das sind die Kindergärtnerinnen und Kindergärtner die mit den Kleinsten arbeiten. Und wir wissen es alle ganz genau dort ist es, ich sage wirklich fast unmöglich wirklich mit Mund- und Nasenschutz zu arbeiten, wenn die Kleinen weinen, man muss sie auf den Schoß nehmen und so weiter.

Die sind ungeschützt und die haben trotzdem ihre Arbeit weitergeführt wie bisher. Auch ihnen Lob und Dank für diese Arbeit Das haben sich alle nicht verdient das da das viel zu wenig wertgeschätzt wird.

Ich komme zu diesen beiden Gesetzesmaterien zurück, die sind mir auch ein bisschen zu schnell behandelt worden. Beim Bildungsinvestitionsgesetz da geht es darum, dass das Geld des Bundes, wo ein Teil natürlich vom Land kofinanziert wird, für die Ganztagesbetreuung, sprich für die schulische Tagesbetreuung verwendet wird, für Personal, für Infrastruktur und auch für die Ferienbetreuung.

Dieses Gesetz ist in Kraft seit dem 01. September 2016. Geplant war, dass bis zum Jahr 2023 115.000 neue Tagesplätze gemacht werden und es sollten 750 Millionen Euro aus der Bankenmilliarde hier hineinfließen. Dann kam eine Nationalratswahl und dann kam eine andere Regierung und dann kam ein anderer Bildungsminister. Was glauben Sie, was passiert ist?

Bestehende Gesetze wurden rückgängig gemacht, finanzielle Zusagen rückgängig gemacht und denselben Geldbetrag, die 750.000 Euro, brauchen wir nicht bis 2023, reicht bis 2033. Das heißt, doppelte Zeit, Hälfte der Plätze. Und das soll eine Entlastung für die Familien sein? Das soll eine Entlastung für die berufstätigen Frauen sein? Nicht mit uns Sozialdemokraten, liebe Kolleginnen und Kollegen! *(Beifall bei der SPÖ)*

Beim zweiten Gesetz, wer die Entscheidung über das Personal trifft, da konnte jedes Bundesland entscheiden, wer das ist. *(Zwischenruf des Abg. Patrik Fazekas)* Im Burgenland ist die Entscheidung, dass das der Herr Landeshauptmann macht. Und dann fragen Sie die Frau Landesrätin? Die Frau Landesrätin hätte sich sicher gewehrt, wenn sie gesagt hätte, das ist mein Recht, das will ich.

Wir haben in der Regierung nicht vier Flaschen und einen Landeshauptmann, wir haben fünf kompetente Regierungsmitglieder, wo wir das allen zutrauen und wo alle auch andere Aufgaben haben. Wir brauchen uns nicht auf einen ausreden. Jeder hat seinen Aufgabenbereich.

Ich komme jetzt noch dazu, dass ich sage, wir sind die Politiker, wir sind gewählt, weil die Leute auf uns vertrauen, weil sie zu uns aufschauen, und gerade in Krisen brauchen sie Manager mit Managementqualitäten. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das ist die Wahrnehmung der Kollegin gewesen! Das finde ich für eine Frechheit! Ich würd mir das nicht trauen!)*

Sind Sie fertig Herr Kollege? *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Nein, noch lange nicht!)* Gut. Jetzt bin aber noch ich am Wort, Herr Kollege und ich werde gerne weitermachen. Und zwar wir suchen Kompetenzen, wir suchen Orientierungshilfen in der Krise, wir suchen Krisenmanager. Im Land haben wir diese Krisenmanager und dieses Krisenmanagement gehabt, aber ich vermisse dieses Krisenmanagement auf der Bundesebene im Bildungsbereich.

Nachdem ich selbst 26 Jahre in der Klasse gestanden bin, kann mir da überhaupt niemand ein X für ein U vormachen. Wenn ich dann mitkriege, wie viele Fragen nicht beantwortet sind, was passiert, wenn in einer Klasse, in einem Kindergarten, ein, zwei Kinder plötzlich infiziert sind? Wird dann der ganze Kindergarten in Quarantäne gesetzt, die ganze Schule? Was tun wir dann mit den Kindern, die die Betreuung brauchen?

Frage - wissen wir nicht. *(Abg. Markus Ulram: Für die Kindergärten ist ja die Gemeinde zuständig!)* Warum ist Sport so gefährlich? Warum ist Musik so gefährlich? Was tun wir mit dem Stundenplan, wenn die Lehrer, die ja gefährdet sind, nicht da sind?

Eine Supplierstunde *(Abg. Markus Ulram: Für die Kindergärten sind die Gemeinden und das Land zuständig!)* hat nicht die gleiche Wertigkeit *(Abg. Markus Ulram: Das war jetzt ein Schuldeingeständnis!)* wie eine normale Unterrichtsstunde. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Also das ist ein Armutszeugnis!)*

Und dann kommen wir noch dazu, wir wissen viel mehr, wir brauchen viel mehr Mediziner, viel mehr Mediziner, als wir jetzt haben. *(Abg. Markus Ulram: Die Gemeinden wissen, was zu tun ist, wenn es das Land nicht weiß?)*

Na, Herr Präsident!

Zweiter Präsident Georg Rosner *(das Glockenzeichen gebend)*: Das war ein normaler Zwischenruf.

Abgeordnete Doris Prohaska (SPÖ) *(fortsetzend)*: Danke. Wir brauchen viel mehr Mediziner, das wissen wir, um die Gesundheitsversorgung abzusichern. Und was passiert? Wir schränken den Zugang zu den Universitäten ein, wir machen Aufnahmeprüfungen an den Medizinuniversitäten, weil, es könnten ja sonst zu viele Ärzte werden.

Also das kann es ja nicht sein. Dann haben wir noch den Herrn Minister, der heuer die Ziffernnoten abschafft oder wieder einführt. Dann erklären Sie mir jetzt, wenn ich einem Volksschulkind hinschreibe, du hast jetzt einen Dreier in Deutsch, obwohl der zwei Monate nicht in der Schule war?

Wäre es nicht motivierender, wenn ich hinschreibe, du hast zu Hause sehr brav die Das/Dass-Schreibung gelernt, du beherrscht das stumme H, die Stumme-H-Schreibung, du kannst Texte lesen und beantworten? Da kann doch ein Volksschüler viel mehr damit anfangen. Oder nicht?

Das Sitzenbleiben - sitzenbleiben sollen die Kinder wieder können, hat der Herr Minister Faßmann gesagt. Und jetzt? Mit einem Fünfer brauchen wir nicht sitzenbleiben, mit zwei und drei kann man dann die Klassenkonferenz entscheiden lassen. Wozu brauchen wir das Ganze dann? Ein Widerspruch für sich ist das.

Und das Allerärmste für mich, die große Handlung des Herrn Ministers, er hat die Maturafächer ein bisschen im Tag durcheinander gewürfelt, dass jetzt ein anderes Fach als Erstes ist, als Zweites, als Drittes. Ich bin jetzt beim Schluss - wir Anglisten haben für so etwas einen Spruch: „He is rearranging the deckchairs on the Titanic“.

Wir brauchen keinen, der die Liegestühle auf der Titanic neu hin- und herschiebt, wir brauchen einen, der die Titanic an der Corona-Krise vorbeischiebt. Wir werden diesen Antrag unterstützen. Mit uns geht die Bildung den richtigen Weg im Burgenland. Danke.
(Beifall bei der SPÖ)

Zweiter Präsident Georg Rosner: Wortmeldungen liegen keine vor. Wir kommen daher zur Abstimmung.

Ich lasse zuerst über den 3. Punkt der Tagesordnung abstimmen. Es ist dies der Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Gesetzentwurf, Beilage 40, mit dem die Zuständigkeiten der Bildungsdirektion für Burgenland geändert werden, Zahl 22 - 40, Beilage 72.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Gesetzentwurf, mit dem die Zuständigkeiten der Bildungsdirektion für Burgenland geändert werden, wird somit in zweiter Lesung einstimmig angenommen.

Da keine andere Vorgangsweise beantragt ist, kommen wir zur dritten Lesung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf auch in dritter Lesung zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Gesetzentwurf, mit dem die Zuständigkeiten der Bildungsdirektion für Burgenland geändert werden, wird somit auch in dritter Lesung einstimmig angenommen.

Ich lasse nun über den 4. Punkt der Tagesordnung abstimmen. Es ist dies der Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Gesetzentwurf, Beilage 41, mit dem das Burgenländische Landeslehrerinnen und -lehrer Diensthoheitsgesetz 1995 geändert wird, Zahl 22 - 41, Beilage 73.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Landeslehrerinnen und -lehrer Diensthoheitsgesetz 1995 geändert wird, ist somit in zweiter Lesung mehrheitlich angenommen.

Da keine andere Vorgangsweise beantragt ist, kommen wir zur dritten Lesung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf auch in dritter Lesung zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Landeslehrerinnen und -lehrer Diensthoheitsgesetz 1995 geändert wird, wird somit auch in dritter Lesung mehrheitlich angenommen.

5. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Elisabeth Böhm, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung (Beilage 37) betreffend Maßnahmen zur Unterstützung der Gemeinden in der Covid-19-Krise (Zahl 22 - 37) (Beilage 74)

Zweiter Präsident Georg Rosner: Der 5. Punkt der Tagesordnung ist der Bericht des Rechtsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Elisabeth Böhm, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung, Beilage 37, betreffend Maßnahmen zur Unterstützung der Gemeinden in der Covid-19-Krise, Zahl 22 - 37, Beilage 74.

Berichterstatter zu diesem Tagesordnungspunkt ist Herr Landtagsabgeordneter Ewald Schneckner.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Ich bitten den Herrn Berichterstatter um seinen Bericht.

Berichterstatter Ewald Schneckner: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Rechtsausschuss hat über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Elisabeth Böhm, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend Maßnahmen zur Unterstützung der Gemeinden in der Covid-19-Krise beraten.

Der Rechtsausschuss hat diesen Antrag mehrheitlich angenommen.

Der Rechtsausschuss stellt daher den Antrag, der Landtag wolle dem selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Elisabeth Böhm, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend Maßnahmen zur Unterstützung der Gemeinden in der Covid-19-Krise, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Zweiter Präsident Georg Rosner: Als erste Rednerin zu Wort gemeldet ist Frau Landtagsabgeordnete Petrik.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Danke schön Herr Präsident. Ja, wir kommen zu einem weiteren Tagesordnungspunkt, wieder ein Antrag der SPÖ, der zu diesem Tagesordnungspunkt geführt hat. Hier zeigt sich allgemein ein Bild für die heutige Sitzung und aus der heutigen Sitzung heraus.

Was auffallend ist, abgesehen von diesen beiden Anpassungsgesetzen, wonach eine kleine Anpassung dem Landeshauptmann persönlich mehr Macht in der Postenbesetzung in Schulen gibt, bringt die SPÖ ausschließlich Anträge ein, die nicht im Tätigkeitsbereich des Landes und der Landespolitik liegen, sondern sie bringt ausschließlich Anträge ein, die sich mit der Bundespolitik beschäftigen.

Nun empfinde ich es durchaus gut und richtig, wenn sich der Landtag auch mit bundespolitischen Themen auseinandersetzt, keine Frage, aber es ist einfach sehr auffallend, wenn jene Fraktion, die die absolute Mehrheit hat, die alle Regierungsmitglieder stellt, überhaupt nichts hier einbringt, wo Themen des Landes debattiert werden, sondern ausschließlich den Blick auf die Bundespolitik werfen möchte.

Der Kollege Fürst hat vorhin hier unten sogar gesagt, Sie sind stolz, dass Sie hier im Burgenland mitgestalten können, aber Sie bringen leider nichts ein, wo hier die Mitgestaltung im Burgenland liegt, sondern Sie machen sehr gerne die Oppositionspolitik gegen den Bund.

Nun, das macht viel Spaß, das kann ich mir schon vorstellen, aber es ist eigentlich nicht unsere Aufgabe und schon gar nicht unser Kerngeschäft als Landtag.

Die drei Anträge sind absatzweise zu diesen drei Tagesordnungspunkten sogar wortident, ja, um noch einmal zu unterstreichen, worum es eigentlich geht. Es fällt Ihnen als Abgeordnete der Regierungspartei im Burgenland nichts ein, was Sie hier weiterbringen wollen und hier sozusagen anstoßen und hier über das Burgenland diskutieren wollen. Sie wechseln hier die Rolle und tun auf Oppositionspartei gegenüber der Bundesregierung.

Das ist die Aufgabe Ihrer Kolleginnen und Kollegen im Bund, dort sollen sie das auch machen, überall braucht man eine gut kontrollierende Opposition. Auch im Bund. Es ist, wie gesagt, aus meiner Sicht nichts gegen Initiativen von Länderparlamenten in Richtung Bund einzuwenden, wenn einer Fraktion aber nichts mehr anderes einfällt, dann hat sie sich in der demokratischen Tür ein bisschen geirrt. Heute gibt es dieses Bild ab.

Zum Thema Gemeinden in der Krise stützen: Was ist das Problem? Na ja, durch den Shutdown sinkt natürlich auch die Wirtschaftsleistung. Die Gemeinden zittern um Ertragsanteile. Ihnen geht Kommunalsteuer verloren und sie haben auch weniger Einnahmen, etwa durch fehlende Tourismusabgaben.

Und was erleben wir jetzt? Eine Krise macht Schwächen eines Systems sichtbar. Sie bringt Probleme, aber sie zeigt auch dort, wo ein Gesamtsystem, zum Beispiel in diesem Fall der finanziellen Ausstattung der Gemeinden durch Steuergelder auch wirklich hier sozusagen große Schwächen haben.

Zur Kommunalsteuer: Die verfolgte ursprünglich denselben Zweck wie die von ihr im Jahr 1993 abgelöste Gewerbesteuer und Lohnsummensteuer. Den Gemeinden sollte die finanzielle Mehrbelastung abgedeckt werden, die durch ansässige Gewerbebetriebe verursacht werden.

Aber die Kommunalsteuer hat sich zu einem derartigen Standortwettbewerbseffekt zwischen den Gemeinden entwickelt, dass wir die Konsequenzen vor allem in der Bodenversiegelung durch Fachmarktzentren, Einkaufszentren, durch riesige Gewerbegebiete am Ortsrand, heute ganz deutlich spüren. Jeder weiß das, die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister zittern um fehlende Kommunalsteuern, wenn man einen Betrieb nicht auf das eigene Gemeindegebiet bekommt. Das hat in manchen Gemeinden ganz, ganz schlimme Auswüchse, andere sind da etwas vorsichtiger.

Also wir sehen, wir können die Krise jetzt auch als Chance nutzen, um das System der Kommunalsteuer komplett neu zu überdenken. Und auch um bei der Verteilung der Ertragsanteile von der Berechnung nach EinwohnerInnenzahl zum Beispiel wegzukommen und hin zu aufgaben- und qualitätsbezogenen Kriterien zu kommen.

Es gibt wirklich vieles, was sich im Leben der Gemeinden verändert hat, was sich auch in den Regionen verändert hat, auch wie sich das Leben von Menschen verändert hat, in ihrer Mobilität, in ihrer Art und Weise zu arbeiten. Das heißt, wir könnten jetzt die Chance in der Krise nutzen, und sehen, wo Schwachstellen sind. Das muss aber in einem Miteinander von Bund, Ländern und Gemeinden geschehen. Und kann nicht in einem sich gegenseitig die Schuld zuschieben oder die heiße Kartoffel zuwerfen, passieren.

Ich bin sehr froh, dass der Vizekanzler gestern angekündigt hat, dass es hier Gespräche geben wird. Auch da werden sicher günstige Kredite für den Bund einen gewissen Schirm als Finanzkraft auch bilden können. Es ist auch deswegen für den Bund sehr wichtig, dass ja gute Fortschritte gemacht werden, weil ja gerade die Kommunen auch öffentliche Investoren sind.

Also hier die Gemeinden gut zu stützen, ist ja auch für die Wirtschaftsleistung im gesamten Land ein wesentlicher Beitrag. Also schon aus wirtschaftlichen Überlegungen heraus ist es sinnvoll, den Kommunen, den Gemeinden, zur Seite zu stehen. Sinnvoll ist es aber nur, wenn man eben gemeinsam diese neuen Berechnungen und diese Akuthilfen austüftelt und abklärt. Nur dann wird man zu einer Lösung kommen, mit der auch wirklich alle gut können.

Das ist mir wichtig, das werde ich vielleicht heute aber sicher an vielen anderen Stellen immer wieder sagen. Und ich werde sicher keinem, keinem Antrag zustimmen, der sagt, dieses Problem sei nur von einer Ebene alleine zu lösen. Danke.

Zweiter Präsident Georg Rosner: Als Nächster zur Wort gemeldet ist Landtagsabgeordneter Steiner.

itte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Thomas Steiner (ÖVP): Danke Herr Präsident. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Über die Krise, in der wir uns befinden, und über die vielen und vielfältigen negativen Folgen ist heute schon viel gesagt worden, viel gesprochen worden. Eines ist, glaube ich, ganz klar, es ist unserem Bundeskanzler Sebastian Kurz und der Bundesregierung zu verdanken, dass Österreich besser dasteht, als viele, als die meisten anderen Länder in Europa oder sogar in der Welt.

Das werden, glaube ich, alle Anwesenden hier zugeben. Ich glaube sogar, Kollege Hergovich, dass selbst Du das glaubst, natürlich nicht sagen kannst, oder daheim, wie Du in Quarantäne gesessen bist, wirst Du Dir überlegt haben, eigentlich gut, dass wir einen solchen Kanzler haben, einen Kanzler, der nicht nur redet, sondern der auch umsetzt und der auch aktiv ist.

Meine Damen und Herren! Leider, und das ist sehr bedauerlich, die Burgenländische Landesregierung ist inaktiv. Es wird ständig versucht, irgendwie ein Potemkinsches Dorf aufzubauen, den Schein herzustellen, dass etwas gemacht wird, dass etwas umgesetzt wird, dass es Programme gibt. In Wahrheit ist nichts dahinter. Es fehlt vollkommen die Substanz in vielen Bereichen.

Es fehlt an Ideen und es fehlt an Aktivität. Das ist eine Landesregierung, die nicht regiert, sondern die reagiert. Und wir brauchen aber eine Landesregierung und nicht eine Landesregierung, ja, manchmal hat man ja fast den Eindruck, wenn man sich die Regierung anschaut, dass das eine NGO ist - eine Nichtregierungsorganisation - mit einem Geschäftsführer der Landeshauptmann heißt.

Und das, was Sie heute beschließen werden, das reiht sich nahtlos in diese Politik ein. Das reiht sich wirklich nahtlos in diese Politik ein. Sie reden viel, und Sie verbringen offensichtlich die meiste Zeit damit, zu überlegen, was können wir erzählen, was können wir den Leuten irgendwie näherbringen. Aber ins Tun sind Sie bis heute nicht gekommen. Das sollten Sie schon wissen, es reicht nicht das Erzählte, es zählt das Erreichte!

Ja, es zählt das Erreichte. Und irgendwann werden Sie auch Rechenschaft ablegen müssen. Irgendwann werden Sie gefragt werden, ja, was habt Ihr denn eigentlich zur Krisenbewältigung beigetragen? Was habt Ihr getan? (*Abg. Johann Tschürtz: Ich hab es auch müssen!*)

Sie werden auch gefragt werden, habt Ihr etwas getan oder habt Ihr überhaupt etwas getan? Ob es eine gute Idee war, Darlehen den Unternehmern anzubieten, mit einem Mindestzinssatz von zwei Prozent mit dem Wissen, dass man heute am freien Markt einen Zinssatz von 0,4 Prozent/0,5 Prozent auf 15 Jahre fix bekommt.

Sie werden sich auch rechtfertigen müssen, warum Sie sich standhaft geweigert haben, die Gemeinden zu unterstützen. Sie werden sich rechtfertigen müssen, warum Sie die Gemeinden im Regen stehen lassen. Die Politik, die Sie machen, ist eine echte Placebo-Politik, viel Blabla, aber nichts dahinter.

Was Sie tun, auch mit diesem vorliegenden Antrag, das ist Verantwortung abschieben, so wie immer. Wenn Sie nicht mehr wissen, wie es weitergeht, wenn Sie keine Idee haben, wenn Sie selber nicht in der Lage sind, etwas auf den Weg zu bringen, na dann schauen Sie sich in der Gegend um, wen könnten wir als Sündenbock hernehmen.

Finden wir einen Schuldigen. Einmal sind es die Unternehmer, dann sind es wieder die hart arbeitenden Menschen, wo Sie übersteuern, das Geld abluchsen wollen. Und dann ist eben wieder einmal die Bundesregierung. Aber Sie sollten sich ein Beispiel nehmen. Das sage ich nicht einmal bei der Bundesregierung, weil das verstehe ich, daran werden Sie sich nicht messen wollen und nicht messen können.

Aber Sie sollten sich zum Beispiel von anderen Landesregierungen etwas abschauen. Tirol zum Beispiel. Tirol zum Beispiel... *(Abg. Robert Hergovich: Um Gottes Willen! Sölden, Ischgl und Co! Hör ja auf! Was sollen wir uns da für ein Beispiel nehmen?)*

Also - Tirol zum Beispiel - *(Abg. Robert Hergovich: Denk ein bisschen nach! Um Gottes Willen! Denen haben wir das alles zu verdanken, der Regierung!)* diese Aussage, Kollege Hergovich, also diese Aussage ist derartig - das Wort darf ich jetzt nicht sagen, denn sonst würde ich einen Ordnungsruf bekommen - aber das ist wirklich... *(Zwischenruf aus den Reihen der ÖVP: Letztklassig!)* ja, letztklassig. Danke schön! Weiß nicht, wer das gesagt hat? Letztklassig ist noch milde ausgedrückt. Also, so etwas zu sagen, zeigt ein Niveau, das unter jeder Kritik ist.

Aber das wundert mich ja nicht, weil Sie eben so sind, wie Sie sind. Also nehmen Sie sich ein Beispiel an Tirol, 70 Millionen Euro, 70 Millionen Euro, werden dort den Gemeinden zur Verfügung gestellt. 30 Millionen *(Abg. Robert Hergovich: Zu wenig für das, was die verbrochen haben!)* direkt und 40 Millionen... *(Abg. Robert Hergovich: Viel zu wenig!)* Ja, aber immer noch mehr als gar nichts wie im Burgenland. *(Abg. Robert Hergovich: Schau Dir das an, was die für Einbußen haben!)*

Und 40 Millionen Euro für ein Investitionsprogramm. Das ist etwas, wo eine Landesregierung sagen kann, *(Abg. Robert Hergovich: Da hast Du ein schlechtes Beispiel genommen!)* ja, wir haben etwas getan. Aber was Sie tun, ist einfach nichts, da ist null und nichts. Das kann ja nicht die Politik sein, wofür eine Alleinregierung, ich meine, Sie brauchen nicht einmal einen Partner fragen, nicht einmal einen Partner müssen Sie fragen, ob Sie etwas umsetzen. *(Abg. Robert Hergovich: Das tut Ihnen weh! Das tut Ihnen schon weh!)*

Das ist mir „wurscht“, ehrlich gesagt. Also das ist mir so etwas von egal. *(Abg. Robert Hergovich: Das sieht man eh, wie wurscht Euch das ist!)* Das ist mir so etwas von egal. Aber ich würde mir erwarten, von so einer Regierung, dass Ihr irgendetwas macht, aber Ihr seid auf eine Politik gekommen, wo Ihr zurückzieht und gar nichts mehr tut und nur mehr redet. Das ist einfach zu wenig für eine Landesregierung!

Auf den Bund können wir uns verlassen. Auf den Bundeskanzler können wir uns verlassen. Und da werden Sie schon in den nächsten Tagen sehen, dass es ein Unterstützungspaket für die Gemeinden geben wird. *(Zwischenruf des Abg. Mag. Dr. Roland Fürst)* Sie machen wieder das, was Sie immer machen, Kollege Fürst, Sie machen

das, was Sie immer machen, den anderen die Schuld geben und selber nichts tun, die Hände in den Hosensack und schauen, was die anderen tun. *(Beifall bei der ÖVP)*

Das ist eine Politik, die nicht in Ordnung ist. Deswegen geben wir Ihnen ja eine Chance, wir geben Ihnen die Chance, über einen Abänderungsantrag doch etwas zu tun, etwas Positives, etwas Sinnvolles zu tun, für die Gemeinden.

Diesen Abänderungsantrag bringe ich jetzt auch ein. Ich darf die Beschlussformel auch verlesen.

Der Landtag hat beschlossen:

Die Burgenländische Landesregierung wird aufgefordert, ein Maßnahmenpaket für die burgenländischen Gemeinden zur Bewältigung der Covid-19-Krise zu erarbeiten und dem Burgenländischen Landtag zur Beschlussfassung zuzuführen.

Dieses Gemeindeunterstützungspaket soll insbesondere folgende Punkte umfassen:

- Auszahlung aller ausstehenden Gemeindeförderungen
- Auszahlung etwaiger Rücklagen von Bedarfszuweisungsmitteln
- Transparente Auszahlung und faire Aufteilung der Bedarfszuweisungsmittel
- Deckelung der Transfers an das Land sowie Nutzung der Landesumlage für Investitionen rückwirkend mit 1. Jänner 2020
- Belastungsverbot des Landes zu Lasten der Gemeinden
- Anpassung der Abzüge des Landes an den Rückgang der Ertragsanteile.

Wenn Sie das tun würden, dann würden Sie etwas Sinnvolles und Positives beitragen. Nämlich, dass die Gemeinden weiter investieren können, weiter die regionale Wirtschaft ankurbeln können, damit Arbeitsplätze gesichert werden. Ich darf Sie einladen, diesen Abänderungsantrag mitzubeschließen. *(Beifall bei der ÖVP - Der Abg. Mag. Thomas Steiner übergibt den Abänderungsantrag dem Präsidenten.)*

Zweiter Präsident Georg Rosner: Als Nächstes zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Böhm.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Elisabeth Böhm (SPÖ): Danke Herr Präsident. Sehr geehrte Damen und Herren! Werte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte mich zuerst einmal bei unserer Burgenländischen Landesregierung bedanken, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Wofür?)* für das hervorragende Krisenmanagement in dieser schwierigen Zeit. Vom Bund ist in gewissen Bereichen gar nichts gekommen. Unsere Regierungsmitglieder haben das sehr gut gemeistert. *(Beifall bei der SPÖ – Abg. Mag. Thomas Steiner: Was denn?)*

Die Städte und Gemeinden Österreichs tätigen 30 Prozent der öffentlichen Investitionen. Sie bekommen allerdings vom Finanzausgleich nur 17 Prozent der Gesamteinnahmen der Körperschaften. Die Gemeinden investieren durchschnittlich viel und tragen damit massiv zur Erhaltung der Arbeitsplätze bei. Das Land Burgenland ist und bleibt immer ein starker Partner unserer Gemeinden.

Die Gemeinden zahlten 2018 20 Millionen Euro Landesumlagen an das Land und vom Land flossen rund 40 Millionen an die Gemeinden zurück. Daher hat das Land doppelt so viele Kosten getragen, wie die Gemeinden über die Landesumlagen an Pauschalbetrag abführen. Bei der Finanzierung der Krankenanstalten zahlen die

burgenländischen Gemeinden zum Beispiel zehn Prozent. In Niederösterreich zahlen sie 50 Prozent. In Oberösterreich und Vorarlberg sogar 40 Prozent.

Anhand vom niederösterreichischen Beispiel sieht man, dass das für die burgenländischen Gemeinden heißen würde, dass wir bei der Mitfinanzierung der Krankenhäuser fünfmal so hoch wären als jetzt. Das Rettungswesen für die Gemeinden wird auch zu 50 Prozent vom Land getragen, obwohl die Gemeinden zuständig sind. Um einen Vergleich anzustellen, das Land Burgenland trägt 74 Prozent der Ausgaben derzeit, und die Gemeinden finanzieren 26 Prozent. Österreichweit beträgt das Verhältnis 61:39 Prozent.

Das Beispiel Tirol ist derzeit sehr unpassend meines Erachtens. Alle wissen, dass gerade dort massive Versäumnisse auf der politischen Ebene passiert sind.

Die größte Gesundheitskrise aller Zeiten von uns im Burgenland und auf der ganzen Welt hat viele Menschen in finanzielle und wirtschaftlich schwierige Situationen gebracht. Nicht nur die gesundheitlichen Auswirkungen, sondern auch die wirtschaftlichen Folgen sind noch nicht zu beurteilen.

Die Krise ist massiv auf Gemeindeebene zu spüren. Es wird sich auch in den kommenden Wochen und Monaten noch zusätzlich verschärfen. Laut aktueller Prognosen werden die Einnahmen der Gemeinden wegbrechen. Die steigenden Arbeitslosenzahlen, die Anträge auf Kurzarbeit, die Aussetzung diverser Gemeindeabgaben bringen die Gemeinden in äußerst schwierige finanzielle Situationen.

Gleichzeitig ist davon auszugehen, dass im zweiten Halbjahr die Ertragsanteile vom Bund an die Länder und die Gemeinden aufgeteilt werden und deutlich zurückgehen werden. Auf der anderen Seite werden die laufenden Kosten der Gemeinde nicht weniger, viel mehr, wir werden mehr Ausgaben im Sozial- und Gesundheitsbereich haben. Es fällt auch die Kommunalsteuer weit geringer aus als bereits vorgesehen, und es wird ein weiteres Finanzierungsloch dadurch entstehen. Das Land und die Gemeinden müssen das ausgleichen.

Gegen diese negativen Folgen müssen wir rasch und dringend handeln. Die Liquidität und die Handlungsfähigkeit der Gemeinden müssen sichergestellt sein. Vor allem finanziell schwache Gemeinden trifft die Corona-Krise daher hart.

Es ist klar, dass die Gemeinden die Krisenauswirkungen unter den schwierigen Voraussetzungen alleine nicht stemmen können. In Zukunft und um für derartige Krisen gewappnet zu sein, soll auf Bundesebene in Abstimmung mit den Gemeinden ein Konzept für einen allgemeinen Krisenfonds für die Gemeinden erarbeitet werden.

Dieser Krisenfonds soll als Finanzpolster für derartige Situationen den betroffenen Gemeinden zur Verfügung stehen. Es muss seitens des Bundes in Absprache mit den Ländern ein Konzept zum Ausgleich der verminderten Einkünfte der Gemeinden erarbeitet werden.

Darüber hinaus soll ein Krisenfonds für Gemeinden eingerichtet werden, der laufend befüllt wird, um eben für solche Krisen in Zukunft gewappnet zu sein.

Die Finanzierung dieser Maßnahmen muss durch eine Solidaritätsabgabe in Form einer höheren Besteuerung der Millionenvermögen erfolgen. Es kann auf keinen Fall sein, dass Mehrbelastungen für den Mittelstand oder für Niedrigverdiener kommen.

Das ist mir auch wichtig zu sagen, der Bund verteilt die Mittel und das Geld, und dort muss angesetzt werden. Nur der Bund alleine kann Steuern einheben. Wir wissen

alle, dass sowohl die Gemeinden, Land und Bund schon mehr ausgegeben haben, als sie einnehmen werden. Wer zahlt das?

Es gibt viele Wünsche. Aber wer finanziert sie? Schuldzuweisungen werden uns in dieser Situation nicht weiterbringen. Wir von der SPÖ helfen den Burgenländerinnen und Burgenländern.

Die Burgenländische Landesregierung wird daher aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten, diese möge:

In Absprache mit den Ländern ein Finanzierungskonzept für einen Gemeindekrisenfonds erarbeiten.

Die durch die Covid-19-Maßnahmen verminderten Kommunalabgaben, insbesondere für sozialschwache Gemeinden, durch eine höhere Besteuerung von Millionenvermögen ausgleichen. Danke. *(Beifall bei der SPÖ)*

Dritter Präsident Mag. Kurt Maczek *(der den Vorsitz übernommen hat)*: Danke Frau Abgeordnete. Es ist nun Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin Mag.a Astrid Eisenkopf zu Wort gemeldet.

Bitte.

Landeshauptmann-Stellvertreterin Mag.a Astrid Eisenkopf (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Abgeordnete! Ich glaube, wir sind uns alle einig, dass die Gemeinden nicht nur im Burgenland, sondern in ganz Österreich einen sehr wesentlichen Beitrag, sowohl zur Wirtschaftlichkeit in Österreich beitragen, aber auch zum Wohlbefinden der Menschen beitragen, egal, ob es darum geht, um öffentliche Investitionen, hier tragen die Gemeinden in Österreich etwa 30 Prozent.

Das heißt, alle öffentlichen Investitionen werden über die Gemeinden getätigt, österreichweit lagen auch 2018 die Ausgaben der Gemeinden bei über 19 Milliarden Euro und davon gehen 50 Prozent in die Daseinsvorsorge.

Das heißt, auf der einen Seite Kinderbetreuung, Bildung, wesentliche Bereiche eben der Daseinsvorsorge, und sie sind wichtige Arbeitgeber mit mehr als 77.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die sie beschäftigen.

Ich bin mir sicher, dass wir uns da alle einig sind, und ich finde es sehr schade, dass es jetzt so hergestellt wird, als ob die Gemeinden und das Land Burgenland hier Gegner wären. Genau das Gegenteil ist der Fall!

Das Land Burgenland ist und war immer schon ein sehr starker Partner der Gemeinden und das wird auch in Zukunft so sein. Diese Kennzahlen und vor allem all das, was die Gemeinden leisten, ist natürlich nur dann möglich, wenn auch die Einnahmenseite stimmt.

Das ist durch die Corona-Pandemie jetzt natürlich in vielen Bereichen ins Wanken gekommen, betrifft übrigens, wie Sie natürlich nicht überraschen wird, nicht nur die Gemeinden, sondern auch das Land, also Ertragsanteile sind ja auch das, wodurch sich das Land zu einem sehr großen Teil finanziert und nicht nur die Gemeinden.

Hier wird man sicherlich in Zukunft einige Diskussionen führen müssen, und ich darf mich da auch der Abgeordneten Petrik anschließen, ich glaube auch, dass es nur Lösungen geben kann, die gemeinsam auf allen Ebenen erarbeitet werden, jetzt ganz einfach nach dem Gießkannenprinzip zu sagen und einen Schnellschuss zu machen, das Land soll ganz einfach alles übernehmen und alle Kosten, die mit Corona entstanden

sind, übernehmen, ist viel zu kurz gegriffen. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Aber der Bund soll das tun. - Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Auf der anderen Seite, es geht ja nicht darum, dem Bund alles umzuhängen, es geht darum, ein gemeinsames - dann müssen Sie den Antrag lesen, Herr Abgeordneter -, im Antrag geht es darum, ein gemeinsames Konzept zur Finanzierung zu erarbeiten.

Das Land Burgenland verschließt sich in keinster Weise, den Gemeinden unter die Arme zu greifen, es wurde nie behauptet, dass wir das ausschließen oder sonst irgendwas. Was ich sehr lustig am Rande dieser ganzen Diskussion finde, ist, dass vor allem im Nationalrat erst vor kurzem und auch im Bundesrat seitens der ÖVP ein von der SPÖ eingebrachter Antrag zur Sicherung der Gemeindefinanzierung abgelehnt wurde. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Wir sind da im Burgenland. Schaut Euch das nächste Woche an! Der Bund hat ...)*

Da frage ich mich dann auch, was es damit mit der Bewandnis auf sich hatte, denn auf Bundesebene schaut das dann schon wieder ganz anders aus. Wir haben seitens des Landes auch schon sehr früh reagiert, wenn es darum geht, den Gemeinden unter die Arme zu greifen.

Sie erinnern sich vielleicht an den letzten Landtag, wo wir einige Dinge beschlossen haben, die vor allem zur Liquiditätssicherung der Gemeinden beitragen, *(Zwischenruf des Abg. Mag. Thomas Steiner)* wo es darum geht, dass wir den Kassenkredit von 16,67 Prozent auf 25 Prozent erhöht haben, wir haben auch die Aufnahme von Darlehen zur Abfederung der heurigen finanziellen Last genehmigt, vor allem auch für die normalen Ausgaben der Gemeinden und ganz abgesehen davon, leistet das Land Burgenland seit Jahren, vor allem im österreichweiten Vergleich, einen überdurchschnittlich hohen Beitrag an den gemeinsamen Ausgaben. *(Zwischenruf des Abg. Mag. Thomas Steiner)*

Das können Sie überall nachlesen, es hat in den letzten Jahren immer wieder in zahlreichen Publikationen - unabhängigen, übrigens gemeint - *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Euren!)* nein, nein, absolut nicht, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Sicher!)* das sind unabhängige Publikationen, die uns oder den burgenländischen Gemeinden deswegen eine so gute finanzielle Ausstattung bescheinigen, *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Da müssen Sie selber lachen.)* die, weil das Land Burgenland hier so unter die Arme greift.

Es geht darum, um das Finanzierungsverhältnis, das auch die Frau Abgeordnete Böhm bereits angesprochen hat, hier schaut das Finanzierungsverhältnis 74 zu 26 Prozent aus, das heißt, von den ganzen gemeinsamen Ausgaben trägt das Land 74 Prozent und die Gemeinden 26 Prozent. Das ist der mit Abstand beste Wert in ganz Österreich. *(Beifall bei der SPÖ)*

Auch die vielzitierte Landesumlage, die immer wieder von Ihnen erwähnt wird, hier liegt das Burgenland auch weit hinter den anderen Bundesländern, was die Höhe und die Belastung der Gemeinden betrifft, übrigens auch, wenn man es pro Kopf berechnet, falls jetzt ein Argument in diese Richtung kommt.

Die Landesumlage ist außerdem im Burgenland im Vergleich zu anderen Bundesländern in den letzten sieben, acht Jahren *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Vergleichen Sie es mit Niederösterreich! – Zwischenruf aus den Reihen der SPÖ: Jetzt hör einmal zu!)* ziemlich konstant geblieben und ganz abgesehen von all diesen Dingen, ich glaube, es ist heute ... *(Zwiegespräche in den Reihen der SPÖ und ÖVP - Abg. Mag. Thomas Steiner: Es ist mir ziemlich „wurscht“, was Du mir sagst.)*

Dritter Präsident Mag. Kurt Maczek: Es ist die Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin am Wort.

Landeshauptmann-Stellvertreterin Mag.a Astrid Eisenkopf (SPÖ) (fortsetzend): Zur Landesumlage noch der letzte Satz, es ist trotzdem so, dass ein Förderüberschuss des Landes von noch immer 20 Millionen Euro besteht, die Landesumlage rangiert bei 20 Millionen Euro, die Förderungen an die Gemeinden in den verschiedensten Bereichen, egal ob es um ganztägige Schulformen geht, ob es um Güterwege, Wasserwegebau geht, liegen bei 40 Millionen Euro, also noch immer ein Plus von 20 Millionen Euro, das hier den Gemeinden zugutekommt.

Vorher war noch kurz von Krankenhausfinanzierung die Rede, da übernimmt das Land Burgenland 90 Prozent der Finanzierung, (*Abg. Mag. Thomas Steiner: Da ist auch das Land zuständig.*) die Gemeinden zehn Prozent.

In Niederösterreich ist das 50 zu 50, (*Abg. Mag. Thomas Steiner: Dort gibt es keine Landesumlage.*) da möchte ich sehen, wie die Gemeinden reagieren würden, wenn wir das machen. Wir haben den Verteilungsschlüssel erst vor kurzem, was die Sozialhilfe betrifft von 40 Prozent Land, 60 Prozent Gemeinden auf 50 zu 50 zugunsten der Gemeinden verändert und auch die Kosten der Onkologie des Krankenhauses Wr. Neustadt, das hier gemeinsam auch genutzt wird, trägt zu 100 Prozent das Land.

Also ich glaube, von mangelnder Unterstützung seitens des Landes den Gemeinden gegenüber kann hier in keinster Art und Weise gesprochen werden. Das Land ist hier ein starker Partner, das werden wir auch nach wie vor sein. (*Abg. Mag. Thomas Steiner: Sie lassen die Gemeinden im Regen stehen.*)

Und zu guter Letzt wird auch gerade auf Landesseite ein Entlastungspaket erarbeitet, das die Gemeinden vor allem indirekt durch mögliche Verschiebungen von Aufgaben entlasten soll. (*Abg. Mag. Thomas Steiner: Ja, genau! – Heiterkeit des Abg. Mag. Thomas Steiner*)

Teile davon können Sie sogar schon im Regierungsprogramm lesen, anscheinend haben Sie es sich noch nicht gut genug angeschaut. Wie gesagt, mir geht es darum, dass hier keine Schnellschüsse gemacht werden, in irgendeine Richtung, (*Abg. Mag. Thomas Steiner: Personalfragen.*) dass nicht nach dem Gießkannenprinzip vorgegangen wird.

Wir wollen langfristige Entscheidungen, die unsere Gemeinden vor allem langfristig und vernünftig absichern, und es wird ohne die Unterstützung und ohne Zusammenarbeit mit dem Bund sicherlich nicht gehen. (*Beifall bei der SPÖ*)

Dritter Präsident Mag. Kurt Maczek: Danke Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin.

Der mir überreichte Abänderungsantrag der Landtagsabgeordneten Mag. Steiner und Kollegen ist gehörig unterstützt, sodass er gemäß § 61 Abs. 3 GeOLT in die Verhandlungen einbezogen wird.

Da niemand mehr zu Wort gemeldet ist, kommen wir zur Abstimmung.

Ich lasse vorerst über den vom Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner und Kollegen eingebrachten Abänderungsantrag abstimmen und ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Abänderungsantrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Danke. Das ist die Minderheit.

Der Abänderungsantrag der Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner und Kollegen ist somit mehrheitlich abgelehnt.

Es folgt nun die Abstimmung über den Antrag des Herrn Berichterstatters.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Das ist die Mehrheit.

Die EntschlieÙung betreffend Maßnahmen zur Unterstützung der Gemeinden in der Covid-19-Krise ist somit mehrheitlich gefasst.

Dringlichkeitsantrag auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend Corona-Finanzhilfen für burgenländische Gemeinden (Zahl 22 - 66) (Beilage 92)

Dritter Präsident Mag. Kurt Maczek: Sehr geehrte Damen und Herren! Wir kommen nun zur Behandlung des Dringlichkeitsantrages der Landtagsabgeordneten Markus Ulram, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend Corona-Finanzhilfen der burgenländischen Gemeinden, Zahl 22 - 66, Beilage 92, da die Behandlung frühestens drei Stunden nach Eingang in die Tagesordnung, spätestens jedoch um 15 Uhr, zu erfolgen hat.

Ich erteile Herrn Landtagsabgeordneten Markus Ulram das Wort zur Begründung der Dringlichkeit des gegenständlichen Antrages.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Markus Ulram (ÖVP): Danke Herr Präsident. Hohes Haus! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Wir als ÖVP haben mehrere Initiativen bereits in dieser schwierigen Zeit der Corona-Krise ergriffen, wie auch für die heutige Landtagssitzung, mit einem Dringlichkeitsantrag auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend Corona-Finanzhilfen für burgenländische Gemeinden.

Wir haben noch in anderen Tagesordnungspunkten bereits über Ähnliches bis Gleiches debattiert und diskutiert, dass die Gemeinden auch gehörig unterstützt werden müssen, weil einfach die Gemeinden jene sind, die in dieser Zeit Krisenmanager sind, die in dieser Zeit Arbeitgeber sind und die in dieser Zeit Investoren auch sind, und die Gemeinden sind alle mitsamt die größten regionalen Investoren.

Und das, glaube ich, ist auch für die Krisenbewältigung in diesem Bereich extrem wichtig, damit man auch den Gemeinden weiterhin die Möglichkeit gibt, dass sie investieren können, dass sie wichtige Infrastrukturprojekte vorantreiben können. Was erleben wir in dieser Zeit?

Wir haben in den Gemeinden allesamt die Situation, dass in den letzten Monaten oder auch im Vorjahr Geschäftstätigkeit passiert ist, wo Dinge bestellt worden sind, wo Aufträge verteilt worden sind und Investitionen für das heurige Jahr schon vorangetrieben worden sind. Und die jetzt schlagend werden, aber natürlich auch finanziell schlagend werden und diese finanzielle Last jetzt auch zutragen kommt.

Was bedeutet das aber unter dem Strich, wenn man den Vergleich anschaut? Wir haben durch diese Corona-Krise die derzeitige Situation, dass wir über die Ertragsanteile, über die Kommunalsteuer, über andere Einnahmen der Gemeinden bis hin zur Nachmittagsbetreuung und anderen Dingen weniger Einnahmen haben, aber die gleichen Ausgaben haben.

Wir haben die Situation, dass gewisse Dinge, wie Anschaffungen aus dem Vorjahr, aus den letzten Monaten jetzt bezahlt werden müssen. Die kann man auch nicht

rückabwickeln, die kann man auch nicht hintanstellen, wenn ich zum Beispiel daran denke, ein Feuerwehrauto, einen Traktor für den Bauhof, einen Urnenhain zu bauen.

Da kann ich nicht sagen, das mache ich jetzt nicht, das stelle ich hintenan. Sondern diese Investitionen müssen getätigt werden und da wird auch Finanzierung dementsprechend nicht hintangestellt werden können.

Und ja, es ist ein Schritt in der letzten Landtagssitzung gemacht worden, wo den Gemeinden die finanziellen Möglichkeiten über die Finanzierung, sei es über Kassenkredit oder Aufnahme von Darlehen zur Bewältigung des Verwaltungsaufwandes erleichtert oder genehmigt werden.

Ja, das war ein richtiger Entschluss, wir haben das auch mitgetragen, aber das kann nur der erste Schritt gewesen sein. Und in Wahrheit unterm Strich kann das nicht auch der burgenländische Weg, sondern ich schaffe eine Rahmenbedingung, dass ich Schulden aufnehmen kann, aber ich unterstütze nicht weiter in diese Richtung.

Ich glaube schon, dass auch das Land Burgenland dementsprechend mehrere Möglichkeiten hat.

Die SPÖ hat bei den letzten Wahlen immer von der Verteilungsgerechtigkeit gesprochen, wie alles anders verteilt werden muss, dass alles gerechter wird.

Schauen wir uns die burgenländischen Gemeinden an! Mehrere Anfragen, eine ist jetzt wieder im Laufen an das zuständige Regierungsmitglied, was die Bedarfszuweisungen betrifft. Das ist ein Staatsgeheimnis im Burgenland, um zu erfahren, oder darf man es nicht erfahren, welche Gemeinde, wie viel Geld bekommt?

Wie ist der Verteilungsschlüssel nach dem Sockelbetrag? Wer kriegt was, für welche Projekte?

Wenn sich heute die Frau Bürgermeister aus Neusiedl herstellt und sagt, „alles ist leiwand“ und nur der Bund soll was leisten, dann muss man die eigene Arbeit auch hinterfragen. Wie kann das Land auch seinen Beitrag dazu leisten?

Und wenn Neusiedl in den letzten Jahren mit Bedarfszuweisungen besonders beteiligt worden ist, dann verstehe ich schon, dass die Kritik an der eigenen Landesregierung nicht sehr groß ist. *(Abg. Elisabeth Böhm: Das stimmt ja nicht.)*

Aber es gibt, Frau Kollegin, auch andere Gemeinden, die nicht so großzügig beteiligt worden sind wie Sie, die nur mit dem Sockelbetrag, egal, was sie investiert haben, egal, welches Projekt sie gestaltet haben, abgespeist wurden.

Und wenn man dann nachfragt, was passiert mit dem vielen Geld, mit diesen Millionen, das Gelder der Gemeinden sind, darf man es nicht wissen. Das darf man nicht erfahren, wer was bekommt.

Das ist die burgenländische Transparenz und da reden wir auch von einer Verteilungsgerechtigkeit, die hier absolut nicht zu tragen kommt und die mehr wie wünschenswert wäre, um auch den Gemeinden dementsprechend diese Unterstützung zu gewähren. *(Beifall bei der ÖVP)*

Wenn die Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin gerade gemeint hat, es wird ein Entlastungspaket der Alleinregierung im Burgenland geben und der Schlüssel dazu, für die Entlastung der Gemeinden ist eine Aufgabenumverteilung, Kindergartenpersonal in den Landesdienst zu führen.

Das Gleiche, das wir bei den Lehrern schon haben. Ohne Parteibuch wirst halt dann nix mehr im Burgenland, das kennen wir eh schon. *(Abg. Doris Prohaska: Wie in*

Niederösterreich.) Dann passiert das in den Kindergärten genauso. Genauso wird es dann gemacht. Bin ich ein braver Zuarbeiter der Regierung, werde ich mit einem Arbeitsplatz belohnt. Habe ich eine andere Meinung, passiert alles andere. Und das kennen wir schon.

Dieses Krallen des Personals, dieses Krallen dieser Macht, das ist die Entlastung, die neue Entlastung der SPÖ-Alleinregierung. Wenn das der burgenländische Weg ist, na gute Nacht, meine lieben Freunde! *(Beifall bei der ÖVP)*

Wir haben auch gleichzeitig zu diesem Dringlichkeitsantrag auch eine Petition an alle Gemeinden ausgeschiedt, und wir werden diese auch in den Gemeinderäten einbringen. Weil wir glauben, dass es wichtig und notwendig ist, dass auch die Gemeinden selbständig dazu ein Zeichen setzen und eine Aufforderung an diese Alleinregierung setzen.

Wir haben das auch in einem anderen Bereich sehr erfolgreich schon gemacht, wie zum Beispiel im Gesundheitsbereich. Wo gerade, anscheinend sehr stark auch, der Bezirk Neusiedl am See betroffen war, mit der nächtlichen Versorgung im ärztlichen Bereich und so weiter. Und da hat es auch da und dort Wirkung gezeigt, wohl wissend, dass es nicht so auch ausgeführt ist, wie wir uns das vorstellen, diese Versorgung.

Aber gerade die Gemeinden sind als Investoren der Region hier auch gefragt, um die Wirtschaft mitanzukurbeln. Um besser wie andere Länder aus dieser Krise zu kommen. Um natürlich auch Arbeitsplätze dadurch zu sichern und natürlich auch die eigene Wirtschaft in den eigenen Gemeinden in weiterer Folge hochzuhalten, wo auch die Kommunalsteuern am Ende des Tages wieder ins Gemeindebudget fließen.

Ich glaube, gerade in dieser Zeit der Krise haben ganz besonders die Gemeinden mitgeholfen, damit diese Aufgaben bewältigt werden. Sei es, wir haben es heute schon zweimal strapaziert, im Schutzmaskenbereich in den Volksschulen, oder wenn man nicht weiß genau, wer für die Kindergärten zuständig ist. Es ist das Land und die Gemeinden sind für die Kindergärten zuständig.

Und ich weiß schon als Bürgermeister, was ich zu tun habe, wenn ich einen Covid-Fall im Kindergarten habe. Ich gehe davon aus, dass jeder einzelne Bürgermeister, der heute hier im Hohen Landtag auch anwesend ist, das genauso weiß, was er in seiner Gemeinde zu tun hat, wenn dieser Covid-Fall ist.

Wenn sie davon sprechen, dass das Land das nicht genau weiß, dann macht er sein Zeug von der Qualität der Krisenbewältigung wie bei der Schutzausrüstung.

Unterm Strich braucht es Maßnahmen wie, dass ausständige Gemeindeförderungen sofort an die Gemeinden ausbezahlt werden. Dass etwaige Rücklagen von Bedarfszuweisungen ausbezahlt werden. Weil wenn es diese Rücklagen gibt, wo das Land Gemeindegelder hintanhält und auf Rücklage bucht, dann wäre das eigentlich der Super-GAU gegenüber den Gemeinden, das kann man so nicht stehen lassen. Diese Rücklagen der Gemeindebedarfszuweisungen muss das Land umgehendst auszahlen.

Genauso, dass es eine faire Aufteilung der Bedarfszuweisungen gibt, wie vorher angesprochen. Ein jeder darf erfahren, welche Gemeinde wie viel Geld eigentlich bekommt. Eigentlich ist das Land ja nur Verteiler des Geldes, weil das Geld, das vom Bund an das Land ausbezahlt wird und das Land weiterverteilt, ist immer noch Geld der Gemeinden.

Genauso ist es bei der Deckelung der Transfers an das Land, also die Nutzung der Landesumlage. Auch hier könnte man mit einem eigenen Paket mit den Geldern der

Gemeinden, was an das Land zurückfließt und bezahlt wird, dementsprechend Maßnahmen setzen.

Genauso ist es wichtig, dass ein Belastungsverbot des Landes zu Lasten der Gemeinden per Gesetz auch passiert, wie es ja auch im Regierungsprogramm festgeschrieben ist. Und die Anpassung der Abzüge des Landes an den Rückgang der Ertragsanteile zu koppeln, wäre nun Zeit, jetzt, das sofort umzusetzen, um diese Schieflage der Gemeinden nicht zuzulassen.

Es gibt ja manche Gemeinden, manche Bürgermeister auch hier in diesem Hohen Haus, anwesend als Abgeordnete, die dann parteipolitisch aufgefangen werden, wie der Kollege Hutter aus Bad Sauerbrunn, mit - meines Wissens nach - Letzter in der Finanzstatistik mit der größten Pro-Kopf-Verschuldung im Burgenland. Dass man sich da nachher nicht rührt und sich einkaufen lässt in einen Wahlkampf, verstehe ich bis zu einem gewissen Grad. Sei es drum.

Aber die Gemeinden gehören trotzdem unterstützt, auch Bad Sauerbrunn gehört unterstützt.

In diesem Sinne stimmen Sie diesem Dringlichkeitsantrag zu, damit wir diese Politik weiterführen können. Der Unterstützung, aus dieser Krise schnell herauskommen. Mit Eurer Zustimmung zu diesem Dringlichkeitsantrag, mit diesem Maßnahmenpaket werden wir die Gemeinden dementsprechend unterstützen. Danke schön. *(Beifall bei der ÖVP)*

Dritter Präsident Mag. Kurt Maczek: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Johann Tschürtz das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Johann Tschürtz (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich glaube, wir könnten jetzt so 15, 16, 17 Dringlichkeitsanträge einbringen. Es wird wahrscheinlich in jedem Bereich auch immer sehr viel Geld benötigt werden.

Ob das der Bereich Gesundheit ist, ob das der Bereich Wirtschaft ist, ob das der Bereich Gemeinden ist, das heißt, der Finanzbedarf wird ein riesengroßer sein. Und dieser Finanzbedarf, da wird es noch schwierige Zeiten dazu geben.

Wir werden allen beiden Anträgen nicht zustimmen, weil das aus meiner Sicht eine globalisierte Debatte ist, wo man gar noch nicht weiß, wo wird die Reise hingehen. Wie gesagt, der Finanzbedarf wird sich natürlich sehr weit ausstrecken.

Aber wenn ich mir die ganze Geschichte anschau, dann fällt mir eines auf, dass im Zuge dieser Corona-Krise natürlich plötzlich 3.000 Milizsoldaten benötigt werden, nicht? Also da ist es „wurscht“, was das alles kostet. Ich bin neugierig, ob das Bundesheer dann überhaupt noch lebensfähig ist. 3.000 Milizsoldaten, seit dem Zweiten Weltkrieg erstmalig sind die Milizsoldaten im Einsatz.

Ich frage mich, wo waren die Milizsoldaten im Zeichen der Flüchtlingskrise? Da sind 300.000 Flüchtlinge ins Burgenland gekommen oder über das Burgenland nach Österreich und nach Deutschland gekommen. Da hätte man auch schon die Milizsoldaten vielleicht einberufen können, um behilflich zu sein bei der Registrierung.

Das heißt, es wird eine Fülle an Situationen auf uns zukommen, wo wir noch sehr oft Dringlichkeitsanträge einbringen werden. Ich denke zum Beispiel an diese App. Da gibt es jetzt das Modell, das von der ÖVP so forciert wird, diese Contact-Tracing-App. Also das hört sich wirklich so gut an.

Aber was steckt hinter dem Wort, hinter dieser App, was steckt hinter dem Wort? Das ist einfach Verfolgung, nicht? Das heißt, das ist Kontaktverfolgung. Vielleicht könnte man auch sagen, Menschenverfolgung. Mit wem hast du Kontakt gehabt? Wann hast du mit jemanden gesprochen? Also da kommen ja Situationen auf unsere Staatsbürger zu, die mir wirklich bedenklich erscheinen.

Da ist dieser Dringlichkeitsantrag, ob es um Ertragsanteile geht, ich sehe das schon ein, ist aus meiner Sicht, soll so sein, aber da kommen noch andere Themen auf uns zu, die wir wirklich dann ernsthaft diskutieren müssen.

Ich habe vor zwei Tagen im ARD eine Fernsehsendung gesehen. Weil man jetzt diese App so hervorhebt. Diese Verfolgungs-App, das Wort „Verfolgung“. Man tauft das natürlich englisch, damit man das Wort „Verfolgung“ nicht hat, aber es ist so, oder?

Das ist eine „Verfolgungs“-App eines jeden Menschen, und dazu hat es ein Interview im ARD gegeben. Es ist jemand aus Ostdeutschland interviewt worden und der hat gesagt, wie war es zu DDR-Zeiten? Er hat ja jetzt die Möglichkeit zu sehen, nachdem er diese Stasi-Akte sehen kann und er selber sehen kann, was ist da passiert, hat er gesagt, er möchte diese Stasi-Akten nicht sehen.

Er traut sich diese Stasi-Akten gar nicht anzuschauen. Denn, und das hat er definitiv so gesagt, denn er hat Angst davor, zu lesen, dass der Nachbar, der Bekannte oder sogar ein Familienmitglied etwas über ihn gesagt hat, das ihm Schaden zugefügt hat. Und deshalb traut er sich gar nicht, weil er gar nicht gewusst hat, welcher Nachbar wird irgendetwas schreiben, oder welches Familienmitglied?

So, und jetzt kommt diese App, nicht? Die ÖVP möchte unbedingt diese „Verfolgungs“-App. Also wir werden wirklich entschieden dagegen auftreten, denn das gehört sich einfach nicht und das werden sich auch die Österreicher nicht bieten lassen.

Aber zurückzukommen noch an diese Diskussion jetzt mit den Ertragsanteilen, mit den Bedarfszuweisungen. Ich sehe das alles ein, ich sehe das alles ein. Aber ich glaube auch natürlich, dass die Bedarfszuweisungen, okay, Herr Klubobmann Ulram, da bin ich schon auf Eurer Seite, es muss eine Transparenz geben.

Mich würde es nämlich auch interessieren, welche Gemeinde hat in welcher Höhe welche Bedarfszuweisung für welches Projekt bekommen. Es wäre auch interessant, einmal eine Transparenzdatenbank zu haben, wo man genau sieht, welcher Bürgermeister hat für irgendwas Bedarfszuweisungen in welcher Höhe bekommen.

Daher glaube ich, dass diese Anträge, beide Anträge schon, im Detail vielleicht mögen sie auch richtig sein oder nicht richtig sein, aber für mich noch keine Dringlichkeit deshalb haben, weil der Finanzbedarf in anderen Bereichen wahrscheinlich genauso hoch sein wird und der Bund kriegt ja auch weniger Ertragsanteile, das ist halt einmal so.

Daher bin ich der Meinung, dass beim SPÖ-Abänderungsantrag der Titel „Vermögenssteuer“ für mich nicht relevant ist, ja, der Herr Abgeordnete MMag. Alexander Petschnig hat das ausgeführt, wirklich eingehend ausgeführt. Was ist ein Vermögen? Was wird da besteuert? Wie weit geht das Vermögen? Hat einer vergessen, sich selbst anzuzeigen, weil er 950.000 Vermögen hat oder 1,1 Million an Vermögen? Was gehört da dazu? Gehört der Grundbesitz dazu?

Also das heißt, das sind zwar Thematiken, über die man durchaus diskutieren kann, aber aus meiner Sicht hat das jetzt, in dieser Phase, noch nichts im Landtag verloren.

Daher werden wir gegen die zwei Anträge stimmen. *(Beifall bei der FPÖ)*

Dritter Landtagspräsident Mag. Kurt Maczek (SPÖ): Danke Herr Abgeordneter. Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Robert Hergovich das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Robert Hergovich (SPÖ): *(Abg. Johann Tschürtz zu Abg. Robert Hergovich, der auf das Desinfizieren des Rednerpults wartet: Traust Du Dich nicht rüber? Trau Dich rüber!)* Vielen Dank Herr Präsident. Hohes Haus! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Es ist durchaus dringlich. Wir hatten zwar davor denselben Part gerade behandelt, aber es trifft sich halt so, dass jetzt der Dringlichkeitsantrag mit dem gleichen Inhalt noch einmal diskutiert wird. Aber nichtsdestotrotz ist er nicht unwichtiger.

Klar ist, dass alle politischen Ebenen von dieser Krise massiv betroffen sind: Gemeinden, Land oder Länder und der Bund. Ich sage das deswegen, ich habe das heute schon einmal formuliert, ich sage das deswegen noch einmal, weil ich den Eindruck habe, je nach Ebene, wo man sich befindet, sagt man, die anderen sollen zahlen.

Die anderen haben auch nicht mehr. Ich wiederhole, das Land 40 Millionen weniger heuer, die Gemeinden 20 Millionen weniger. Für alle schwierig. Auch für den Bund schwierig.

Der Bund verabschiedet ein Soforthilfepaket von 38 Milliarden. 38 Milliarden Euro! Das ist nur das Hilfspaket. Da kommt noch hinzu Arbeitslosengeld, Versicherung, die Krankenanstalten und so weiter und so fort. Das explodiert.

Jetzt also „Schwarzer Peter“ zu spielen und die „Schwarze Peter“-Karte von der Gemeinde auf das Land, Land - Bund hin und her zu reichen, das ist unseriös. Jeder weiß, dass das nicht finanzierbar ist. Und ich sage Ihnen ganz offen, mit weniger Geld kann man halt nicht mehr leisten, kann man nicht mehr Pakete schnüren.

Das ist so, wie wenn man versprechen würde, mit weniger Polizei Sorge ich für mehr Sicherheit. Also das „hatscht“, ja? Daher muss man, glaube ich, wirklich hier die Wahrheit sagen und ehrlich die Politik ansetzen.

Täglich werden neue Forderungen gestellt und ich frage mich immer nur, ja, wer soll denn das bezahlen? Auf diese Frage gibt es dann kaum eine Antwort. Hat man ja heute auch gesehen, als wir die Frage gestellt haben, ja, wer zahlt die Zeche dieser Krise, gab es keine Antworten oder kaum Antworten.

Daher glaube ich, wir müssen uns von diesen alten Politmustern verabschieden und die spüre ich leider heute vor allem von der ÖVP immer noch. Weg mit diesen alten Politmustern!

Diese Krise ist die Chance, eine ehrliche Politik zu betreiben und zu sagen, was wirklich Sache ist. Die Menschen vertragen die Wahrheit. Sie wollen die Wahrheit wissen. Auch wenn sie unangenehm ist. Aber zu sagen, die oder jene, oder der soll das zahlen, das ist unseriös. Und ich glaube, auch nicht wirklich sinnvoll. *(Beifall bei der SPÖ)*

Trotzdem will das Land, und das hat sich auch in der Vergangenheit bewiesen, völlig gleich in welcher politischen Konstellation, mit der ÖVP, mit der FPÖ, oder jetzt mit der Alleinregierung. Trotzdem war das Land immer - und das wird es auch bleiben - verlässlicher Partner der Gemeinden. Nicht nur jetzt in der Krise, sondern das ist kein Politmarketing, sondern das ist ein Dauerzustand.

Das unterscheidet uns von anderen Bundesländern. Wir sind ein verlässlicher Partner der Gemeinden und ich möchte hier auch den Beweis anstellen.

Da gibt es viele Indizien, aber der Beweis, der tatsächliche Beweis ist bei der Finanzierung der gemeinsamen Aufgaben. Es wurde dann heute schon das ein oder das andere Mal skizziert, aber bei der Finanzierung der Krankenanstalten zum Beispiel zahlen die burgenländischen Gemeinden zehn Prozent. 90 Prozent macht das Land. In Niederösterreich schaut das ein bisschen anders aus.

Da brennen die Gemeinden 50 Prozent. Das kann doch als Gemeindevertreter keiner wollen. Als Landesvertreter ist es ja in Ordnung, aber als Gemeindevertreter kann das doch keiner wirklich wollen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten – Abg. Mag. Thomas Steiner: Das kann man so nicht vergleichen.)*

Das dieses Paket nochmals aufgeschnürt wird. Da müssten ja die Gemeinden fünf Mal so viel bezahlen wie jetzt. Also, Oberösterreich und übrigens auch Vorarlberg, lauter ÖVP-Länder, zahlen gute 40, NÖ 50 bei uns nur zehn Prozent. Nur, dass man sich dieses Paket in dieser Summe noch einmal vor Augen hält. Im Rettungswesen dasselbe, denn obwohl die Gemeinden zuständig wären, zahlt das Land 50 Prozent mit.

In Niederösterreich, Herr Kollege Steiner, wissen Sie ohnehin wer dort regiert. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Der Krankenanstaltenbereich zu 100 Prozent Land.)* Sie wissen, wer dort zahlt? *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* 100 Prozent die Gemeinden in NÖ, da über die Grenze, ein paar Meter hinüber, also es ist schon wirklich so, dass im Burgenland 74 Prozent der gesamten Ausgaben das Land zahlt und 26 Prozent die Gemeinden und das ist ein Geschäft für die Gemeinden.

Dieses Paket würde ich nicht anrühren, wäre ich Vertreter der Kommunen und der Gemeinden. Ganz im Gegenteil, wenn man sich das im Österreichvergleich anschaut, dann wird man feststellen, dass es 61 zu 39 Prozent sind, also kein so ein gutes Geschäft für die Gemeinden, wie bei uns im Burgenland.

Ja, zur Unterstützung, aber mit Verantwortung und mit Vernunft, denn diese Frage der Finanzierbarkeit, das würde mich wirklich einmal interessieren, wie die ÖVP das sieht. Da haben wir ja ein paar Anträge, die gekommen sind. Hier wird viel Geld ausgegeben und ich frage mich, wer zahlt das?

Weil, aus meiner Sicht, gibt es auf diese Frage nur drei Antworten, vielleicht gibt es eine fünfte, sechste, siebente, zehnte, ich weiß es nicht, aber aus meiner Sicht gibt es drei Antworten.

Die erste ist, Schulden machen, ist auch legitim, dass man sich frisches Geld aufnimmt, antizyklisch zu investieren, durchaus eine sinnvolle Finanzpolitik, nur auch das mit Vernunft und Augenmaß. Weil, so viele Schulden aufzunehmen, dass unsere Kinder und Enkelkinder noch zahlen, weil ein paar Politiker jetzt groß ausgeben, das halte ich nicht für gut. Also, Schulden machen? Es gibt wahrscheinlich bessere Varianten. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Eine andere Variante ist, das Sparpaket zu schnüren, dass wir bis 38 Milliarden Euro gegenfinanzieren und refinanzieren. Nur, ein Sparpaket bedeutet, die, die wir jetzt als Helden feiern, die VerkäuferInnen, die Krankenschwestern und dergleichen zur Kassa zu bitten. Das wollen wir nicht.

Also, gibt es eine dritte Variante: Nämlich, die zur Kassa bitten, die viel haben. Die Millionäre, die Konzerne und die Superreichen, aber das will die ÖVP auch nicht. Die Schützer der Millionäre ist die ÖVP, und ich wundere mich nur so, weil ich keine sehe, oder zumindest glaube ich halt, dass sie keine Millionäre sind.

Ich frage mich also, warum Sie so der Verteidiger und der Beschützer der Millionäre seid? Das verstehe ich nicht, ich persönlich, denn, was wir brauchen, ist eine wirkliche Gerechtigkeitsdiskussion, nämlich, wer diese Krise bezahlt und da haben wir unseren Standpunkt schon klargemacht.

Es sollen diejenigen sein, die wirklich viel haben. Wir wollen daher einen Abänderungsantrag einbringen und wir können natürlich Politspielchen schon spielen, das ist alles in Ordnung, aber im Wesentlichen ist, wie sehen das die Kommunen draußen und wir daher das, was die Kommunen beschließen, an Resolutionen.

Der Gemeindevertreterverband, ein sehr konstruktiver Partner, (*Heiterkeit beim Abg. Mag. Thomas Steiner*) hat es in viele Gemeinden versendet, auch der Gemeindebund übrigens und viele Gemeinden haben das auch schon beschlossen.

Wir werden diesen Text auch nehmen und dazu auch einen Finanzierungsvorschlag machen, weil wir eben nicht „Schwarzer Peter“ spielen wollen. Der Bund soll es zahlen, oder die Gemeinden sollen auf Geld verzichten, das Land soll zahlen. Nein, wir wollen nicht „Schwarzer Peter“ spielen, wir wollen auch einen Finanzierungsvorschlag machen und der lautet eben:

Eine Millionärssteuer einzuführen, die Konzerne einfach zur Kassa bitten, die, die es sich leisten können. Breite Schultern - mehr Lasten, kleine Schultern - weniger Lasten, darum geht es. (*Beifall bei der SPÖ*)

Daher darf ich auch den Abänderungsantrag einbringen. Ich darf die Beschlussformel auch vorlesen:

Der Landtag hat beschlossen, die Burgenländische Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten, diese möge

- Maßnahmen setzen, um die Ausfälle von Ertragsanteilen und Kommunalsteuern für die Gemeinden abzudecken und
- ein kommunales Investitionspaket schnüren, welches durch einen Solidaritätsbeitrag von Vermögenden („Millionären“) finanziert werden soll.

(*Der Abgeordnete überreicht dem Präsidenten den Abänderungsantrag. – Beifall bei der SPÖ*)

Dritter Präsident Mag. Kurt Maczek: Danke Herr Abgeordneter! Der mir soeben überreichte Abänderungsantrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich und Kollegen ist gehörig unterstützt, sodass er gemäß § 61 Abs. 3 GeOLT in die Verhandlung einbezogen wird.

Als nächsten Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Gerald Handig das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerald Handig (ÖVP): Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren des Landtages! Hohes Haus! Liebe Kolleginnen und Kollegen! COVID-19 hat uns alle in den Bann gezogen. Die ganze Welt, die ganze Region, bis hin in die eigene Familie, aber auch Gemeinden haben dazu ihren Beitrag zu leisten. Wir haben ihn geleistet!

Ich habe mir vor dem heutigen ersten Redebeitrag im Hohen Haus ganz aufmerksam und interessiert die Redebeiträge vor mir angehört und feststellen müssen, dass manche Dinge sehr emotional, parteipolitisch gefärbt, vorgetragen werden.

Es wurden Probleme aufgeworfen, aber keine Lösungen. Es wurden Fragen gestellt, aber keine Antworten gegeben, mehrmals wurde der „Schwarze Peter“ ins Spiel gebracht. Nein, es ist nicht an den Tag gebracht und es nicht sinnvoll hier „Schwarzer Peter“ zu spielen und immer von den anderen die Lösung zu erwarten. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Jeder in seiner Ebene. Als Bürgermeister, und einige Bürgermeister und Bürgermeisterinnen sind ja hier im Saal anwesend, sind alle gefordert und haben auch ihre Beiträge zu leisten - ihre Lösungen zu finden. Das erwarten wir auch von der Burgenländischen Landesregierung.

Selbstverständlich erwarten wir das und der Bürger erwartet sich das auch von der Bundesregierung. Ich bin überzeugt davon, dass die Bundesregierung ihre Arbeit leisten und Lösungen bringen wird, auch und vielleicht vermutlich auch auf Drängen derer Opposition.

Es ist gut und recht und legitim, dass wir als Opposition hier Forderungen stellen. Ganz genau tun wir das hier mit diesem Dringlichkeitsantrag, den wir eingebracht haben, um finanzielle Unterstützung für die Gemeinden.

Die Arbeit der Gemeinden wurde schon mehrmals gewürdigt, deren Aufgaben, wie hervorragend sie ihre Arbeit leisten und dass das Land Burgenland weiterhin Partner der Gemeinden bleibt und das erwarten wir uns auch.

Die burgenländischen Gemeinden sind, und das nicht nur in Krisenzeiten, die erste Anlaufstation für die Bürger, die Basis und die Heimat der Bürger. Sie sind der Garant für die Bereitstellung von Infrastruktur und sie sind, was auch schon einige Male erwähnt wurde, regional ein großer Arbeit- und Auftraggeber.

Das soll weiterhin auch so bleiben, denn um die Aufgaben in Zukunft bewältigen zu können, brauchen wir finanzielle Unterstützungen. Ich bin Realpolitiker, von allem „hätti, wari, wäri“, kann ich mir morgen, wenn ich in das Gemeindeamt gehe, nichts kaufen und kann damit auch keine Investitionen tätigen.

Finanzielle Einbußen aus dieser Corona-Krise sind absehbar und die Lösungen oder die Ansätze, die heute hier gesagt wurden, sind alle gut und recht, sind durchzudenken und zu besprechen. Aber wir draußen in den Gemeinden brauchen möglichst sofort eine Lösung und die kann nur in finanzieller Hinsicht gegeben werden. Wir haben massive Einnahmerückgänge zu erwarten. Die Ausgaben aber werden mindestens die gleichen bleiben - in der Hoffnung natürlich, sie werden nicht mehr.

Die geplanten Einnahmen, die wir in unseren Voranschlägen für 2020 erst vor wenigen Monaten kalkuliert, eingerechnet, besprochen und schlussendlich beschlossen haben, sind schon nach einem Quartal hinfällig. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Alles ist anders als es vorher war. Die Einbußen bei den Ertragsanteilen, das merken wir jetzt in diesen Wochen, betragen bis zu 13, 14, 15 Prozent. Über das Jahr hinaus anscheinend werden es ein Viertel, nämlich bis zu 25 Prozent, pro Gemeinde weniger sein.

Die Kommunalsteuern werden aufgrund der hohen Arbeitslosigkeit und der Kurzarbeit weniger. Wir werden Finanzprobleme bekommen. Manche Gemeinden mehr, manche Gemeinden weniger, aber alle werden es spüren! Die Gemeinden sind das soziale und wirtschaftliche Rückgrat des Landes und sorgen mit den Investitionen für die Aufrechterhaltung der Wirtschaft.

Wir fordern daher die Burgenländische Landesregierung auf, mit diesem Dringlichkeitsantrag entsprechende finanzielle Unterstützungsmaßnahmen zu treffen, denn nur damit wird die notwendige wirtschaftliche Kraft der Gemeinden gesichert und die Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen weiterhin garantiert.

Es wird daher vorgeschlagen ein finanzielles, ich betone, ein finanzielles Gemeindepaket zu schnüren und die Gemeinden zu unterstützen. Das, wie ich vorhin schon erwähnt habe, möglichst rasch, denn wer schnell hilft, hilft doppelt.

Es erscheint uns da jedenfalls dringend - die Auszahlung aller ausstehenden Gemeindeförderungen, die transparente Auszahlung der Bedarfszuweisungen, die Deckelung von Transferzahlungen an das Land, sowie die Hintanhaltung zusätzlicher finanzieller Maßnahmen, die die Gemeinden womöglich noch mehr belasten.

Wir fordern die Landesregierung auf, unsere burgenländischen Gemeinden dringend mit diesem finanziellen Gemeindepaket zu unterstützen, damit das Funktionieren der Gemeinde zum Wohle aller Burgenländerinnen und Burgenländer auch weiterhin gewährleistet wird.

Ich betone noch einmal, wir sind hier im Burgenländischen Landtag und daher richten wir hier unsere Ideen, in diesem Fall einen Vorschlag beziehungsweise eine Forderung, an die Burgenländische Landesregierung.

Geschätzte Landesregierung, nehmen Sie ihre Verantwortung wahr, setzen Sie Maßnahmen! Danke. *(Beifall bei der ÖVP)*

Dritter Präsident Mag. Kurt Maczek: Danke Herr Abgeordneter. Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Walter Temmel das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Walter Temmel (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! *(Zwiesgespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Werte Zuhörer und Zuseher an den diversen Geräten! Werter Herr Kollege Hergovich! Wir als Gemeinden würden uns freuen, wenn wir solche Firmen wie KTM hätten, weil wir dann den vor- und den nachgelagerten Bereich genau kennen würden. Da gibt es Arbeitsplätze, da gibt es Wertschöpfung.

Ich glaube, nicht nur ich und die Gemeinden draußen wären froh, *(Abg. Robert Hergovich: Dann müsstest Du ihm aber auch 800.000 Euro bezahlen.)* der Wolfgang Sodl wäre froh und auch die Verena Dunst, ob diese Firma in Olbendorf, in Moschendorf *(Abg. Verena Dunst: Wenn, dann in Moschendorf.)* oder sonst wo im Burgenland steht.

Ich kann gar nicht oft genug an die Wichtigkeit der Gemeinden als erste Anlaufstelle für die Bevölkerung und Garant für die Bereitstellung besonderer Infrastruktur und als größter Auftrag- und Arbeitgeber erinnern.

Für uns in einer ländlichen Region mit kleinen Einheiten ist das besonders wichtig. Die Corona-Krise hat in den letzten Wochen unser aller Leben weltweit innerhalb von kürzester Zeit auf den Kopf gestellt. Wir alle mussten unser Leben umstellen und neu organisieren.

Die Gemeinden haben hier als kleinste Gebietskörperschaft, wir haben es heute bereits mehrmals erwähnt, die notwendigen Maßnahmen der Bundesregierung zum Schutz der Gesundheit unserer Bevölkerung selbstverständlich umgesetzt.

Deshalb auch mein Pauschaldank an alle, die bis jetzt so professionell diese schlimmste Krise seit dem Zweiten Weltkrieg bewältigt haben. Herzlichen Dank an alle. *(Beifall bei der ÖVP)*

Allen Kritikern sei in das Stammbuch geschrieben: Österreich steht besser da als alle anderen Nachbarländern, mit Ausnahmen der ehemaligen Ostblockstaaten, der sogenannten Ostblockländer.

Also, nicht nur zum Vergleich zu Italien, Schweiz oder Deutschland, sondern wie auch immer das meistgelobte Land *(Abg. Robert Hergovich: Deutschland.)* Schweden.

Tatsache ist nämlich, dass in Schweden auf 100.000 Einwohner *(Abg. Doris Prohaska: Das ist in Relation zu der Einwohnerzahl zu sehen.)* über 27 Personen und in Österreich bis jetzt nur sieben Personen verstorben sind und die Arbeitslosigkeit in Schweden ist ebenfalls höher als in Österreich. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten - Abg. Robert Hergovich: Walter!)*

Viele sinnvolle Hilfsmaßnahmen wurden seitens der Bundesregierung in Abstimmung mit den Sozialpartnern oder auch mit den anderen Parteien vorgenommen, auf die ich aus Zeitgründen nicht genauer eingehen werde. Deshalb bin ich auch überzeugt, dass die Bundesregierung in Abstimmung mit den Gemeinde- und Städtevertretern, hier gibt es ja schon Gespräche, die notwendigen Maßnahmen zur Stärkung der Gemeinden und Städte treffen wird.

Auf die Bundesregierung mit Sebastian Kurz und seinem Regierungsteam ist nämlich in dieser Krisensituation Verlass. *(Beifall bei der ÖVP)*

Natürlich wird diese Corona-Pandemie deutliche Spuren hinterlassen. Im Gesundheitsbereich, im Wirtschaftsbereich, durch den Rückgang von Ertragsanteilen, wie wir heute mehrmals schon gehört haben, mit weniger Kommunalsteuern und Kosten für die diversen Hilfsangebote haben natürlich auch die Gemeinden bereits jetzt mit Finanzlöchern zu kämpfen.

Dazu kommen noch die zahlreichen Abzüge des Landes durch erhöhte Sozial- und Pflegeausgaben. Bei unseren konstruktiven Vorschlägen sind uns besonders die Gemeinden und ihre finanzielle Gebarung sehr wichtig. Andere Bundesländer haben es bereits vorgemacht. Auch das wurde heute schon mehrmals erwähnt. Sie haben nämlich die Gemeinden mit Investitionszuschüssen und auch mit der Deckung der laufenden Kosten bedacht.

Das erwarten wir auch von der Landesregierung, dass sie diesbezüglich endlich aktiv wird und uns genau sagt, was sie vorhaben und was wir erwarten können. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Unsere Forderungen kennen Sie bereits, aber ich erinnere noch einmal an die Dringlichkeit der raschen Auszahlung aller anstehenden Gemeindeförderungen. Diese Forderung ist deshalb so wichtig, weil fast alle Gemeinden, zumindest jene, die ich im Südburgenland befragt habe, hören Sie sich bitte um, oft jahrelang auf ihnen zustehende Förderungen vom Land warten müssen.

Da geht es also nicht nur um Summen von fünf bis über 100.000 Euro pro Gemeinde. Ich glaube schon, dass es im Geschäftsleben und insbesondere innerhalb der Gebietskörperschaften eine Selbstverständlichkeit sein sollte, dass offene Beträge innerhalb einer kurzen Zeit, einer kurzen Frist, bezahlt werden.

Eine weitere wesentliche Forderung ist die Auszahlung von etwaigen Rücklagen aus Bedarfszuweisungsmitteln. Diesbezüglich sei erinnert, dass Bedarfszuweisungsmittel

Gemeindegelder sind, die vorweg abgezogen werden. Dass es wenig bis keine transparente Politik seitens der Landesregierung diesbezüglich gibt, darf in unserem Land nicht zur Gewohnheit werden.

Ich erinnere nochmals daran, wie wichtig gerade für die kleinen Gemeinden, ich glaube, die Kollegin Böhm hat es heute auch erwähnt, im Verhältnis zu anderen, die Ertragsanteile sind, eben die Bedarfszuweisungen besonders wichtig sind im Vergleich zu den Ertragsanteilen und Gemeindesteuern und Abgaben. Wir haben im Burgenland 17 Gemeinden, immerhin zehn Prozent aller Gesamtgemeinden, die unter 500 Einwohner sind. Davon allein zwölf Gemeinden auch aufgrund einer Verfassungsentscheidung im Bezirk Güssing.

Es wird zwar immer wieder in diesem Haus von Gerechtigkeit und Unparteilichkeit gesprochen, aber das Gegenteil ist in der Praxis oft der Fall. Steuergelder, Geld unserer Bürgerinnen und Bürger sollen und müssen öffentlich und transparent sein. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Was hat man zu verheimlichen? Warum keine Transparenz? Kollege Tschürtz hat das vorhin auch schon erwähnt. Machen Sie es so, wie die Gemeinden, wo es schon immer durch den Prüfungsausschuss der Minderheitspartei Einsicht in jede Einnahme und jede Ausgabe gibt. So eine transparente Politik wünschen wir uns auch seitens des Landes. *(Beifall bei der ÖVP)*

Warum kann es sein, dass vergleichbare Gemeinden total unterschiedlich hohe Beträge an Bedarfszuweisungsmittel erhalten? Vergleichbare Gemeinden! Warum müssen im Jahre 2020, 21. Jahrhundert, Gemeindeamtsträger, wie in der Monarchie üblich, bei den Verantwortungsträgern im Land vorsprechen, um zu ihrem eigenen Geld zu kommen? Bedarfszuweisungsmitteln - wiederum gesagt - sind und bleiben Gemeindegelder. *(Beifall bei der ÖVP)*

Solche Ungerechtigkeiten treffen natürlich besonders die Kleingemeinden, weil eben Bedarfszuweisungen aufgrund der geringen Budgetmittel prozentmäßig wesentlich höher, wesentlich wichtiger für diese Gemeinden sind, als bei größeren Gemeinden. Nachdem sehr viele Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, aber auch sehr viele Verantwortungsträger der Gemeinden hier dem Landtag angehören, erwarte ich hier ein Verständnis für die Hilfe an die burgenländischen Gemeinden und danke im Voraus. Herzlichen Dank! *(Beifall bei der ÖVP)*

Dritter Präsident Mag. Kurt Maczek: Danke Herr Abgeordneter. Da niemand mehr zu Wort gemeldet ist, kommen wir zur Abstimmung.

Ich lasse vorerst über den Abänderungsantrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich und Kollegen abstimmen und ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Abänderungsantrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Das ist die Mehrheit.

Der Abänderungsantrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Kolleginnen und Kollegen ist somit mehrheitlich angenommen.

Der Dringlichkeitsantrag der Landtagsabgeordneten Markus Ulram, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend Coronafinanzhilfen für burgenländische Gemeinden, Zahl 22 - 66, Beilage 96, ist somit mit den beantragten Abänderungen mehrheitlich angenommen.

6. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung (Beilage 38) zur Abfederung der negativen Folgen von Covid-19 auf den Arbeitsmarkt (Zahl 22 - 38) (Beilage 75)

Dritter Präsident Mag. Kurt Maczek: Der 6. Punkt der Tagesordnung ist der Bericht des Rechtsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung, Beilage 38, zur Abfederung der negativen Folgen von Covid-19 auf den Arbeitsmarkt, Zahl 22 - 38, Beilage 75.

Berichterstatter zu diesem Tagesordnungspunkt ist Herr Landtagsabgeordneter Robert Hergovich.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Bitte Herr Berichterstatter.

Berichterstatter Robert Hergovich: Vielen Dank Herr Präsident. Der Rechtsausschuss hat den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung zur Abfederung der negativen Folgen von Covid-19 auf den Arbeitsmarkt in seiner 2. Sitzung am Mittwoch, dem 29. April 2020, beraten.

Ich wurde zum Berichterstatter gewählt.

Nach meinem Bericht stellte ich den Antrag, dem Landtag zu empfehlen, dem gegenständlichen EntschlieÙungsantrag die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde mein Antrag ohne Wortmeldung mehrheitlich (SPÖ gegen ÖVP und FPÖ) angenommen.

Der Rechtsausschuss stellt daher den Antrag, der Landtag wolle dem selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung zur Abfederung der negativen Folgen von Covid-19 auf den Arbeitsmarkt die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Dritter Präsident Mag. Kurt Maczek: Danke Herr Abgeordneter. Als erste Rednerin zu Wort gemeldet ist Frau Landtagsabgeordnete Mag.a Regina Petrik.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Danke schön Herr Präsident. Ja, wir sind wieder beim Thema Arbeitsmarkt angelangt, aber dazu wurde im Nationalrat ja bereits ein Fahrplan verhandelt. Der Schreiber oder die Schreiberin dieses Antrags kennt den vielleicht nicht beziehungsweise kamen zum Teil manche Verhandlungsergebnisse erst nach Einbringung dieses Antrags.

Mir ist jetzt aber wichtig, was jetzt bereits gilt und darauf möchte ich auch eingehen. Zuletzt wurde ein 110 Millionen Euro Unterstützungspaket für Arbeitslose und MindestsicherungsempfängerInnen ausverhandelt. Es ist uns seitens der GRÜNEN im Bund auch besonders wichtig, dass jene, die bereits am wenigsten verdienen und ohnehin schon am ärmsten dran sind, jetzt besonders bedacht werden. (*Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten*)

Im Zeitraum vom 01. Mai bis 30. September fällt niemand in die Notstandshilfe, denn die Notstandshilfe selbst wird für alle diejenigen, die bereits Notstandshilfe beziehen, auf Arbeitslosengeldniveau erhöht. Das bedeutet für diese Gruppe einen

Einkommenszuwachs von acht bis neun Prozent und das ist ein wichtiger Schritt zur Verhinderung von Armut - vor allem bei längerer Arbeitslosigkeit.

Der Berufs- und Einkommenschutz für Arbeitslose wird für diesen Zeitraum auch verlängert. Ebenfalls gibt es eine Verlängerung der Regelung bis Jahresende, aber das müssen wir noch ausverhandeln. So sicher ist das nicht, aber wir sind da dran. Der Familienhärtefallfonds wurde um weitere 30 Millionen Euro für Menschen, die bereits vor der Corona-Krise und für Mindestsicherungsbezieherinnen und Mindestsicherungsbezieher aufgestockt. *(Beifall bei der ÖVP)*

Hier wird also doch eine Menge Geld bereits in die Hand genommen. Arbeitslose, die für Kinder Familienzuschläge erhalten, können für drei Monate einen um 50 Euro höheren monatlichen Kinderzuschlag für insgesamt bis zu 150 Euro beantragen.

Aus diesen 30 Millionen Euro sind auch Mittel für die Mindestsicherung für Kinder vorgesehen, die direkt vom Sozialministerium verwaltet werden. Über den Härtefonds werden zukünftig auch tageweise und mehrfach geringfügig Beschäftigte unterstützt. Das war ja in der ersten Version noch eine Lücke, die dann hier, Gott sei Dank, bereinigt wurde.

Ebenfalls beschlossen wurden Covid-19 bedingte Fristverlängerungen bei Bezug, zum Beispiel, von befristeten Pensionen, Krankengeld und so weiter, sowie für Studierende und Auszubildende.

Da gibt es eine Fristverlängerung bei der Mitversicherung, bei der Familienbeihilfe, alle, die studierende Kinder haben, wissen, wie wichtig das ist, bei Waisenpensionen und so weiter. Ebenfalls klargestellt ist, dass auch Arbeitslose in Quarantäne als dem Arbeitsmarkt verfügbar angesehen werden und dadurch ihren Anspruch auf Arbeitslosengeld nicht verlieren.

Hier gab es bereits in den Verhandlungen im Nationalrat einige ganz wichtige neue Regelungen, wo mir scheint, da ist es besonders wichtig, dass hier das Geld hineingelegt wird. Leider muss man sagen, dass eine Erhöhung des Arbeitslosengeldes nicht auch noch dazu erreicht werden konnte.

Kollege Hergovich hat ja selber in seiner ersten Wortmeldung, glaube ich, des Tages gesagt, es ist nicht Geld für alles da und jetzt ist auch nicht für alles das Geld da, das man vielleicht gerne hätte. Ich sehe aber auch, muss ich sagen, wie intensiv da verhandelt wird - zumindest seitens der GRÜNEN.

Ich will ehrlich sein, da wir noch mitten im Verhandlungsprozess sind, will ich hier jetzt nicht von außen noch etwas zurufen, weil wenn man wirklich etwas erreichen will, dann muss man manchmal von außen ein bisschen ruhiger werden und innen umso deutlicher und hartnäckiger an der Sache dran sein.

Eine schnelle Erhöhung des Arbeitslosengeldes und gleichzeitig die Anhebung des Mindestlohns auf 1.700 Euro netto ist einfach unrealistisch. Abgesehen davon ist hier gefordert, in Ausschreibungen einen Nettolohn zu schreiben. Das ist bei allem, was ich bis jetzt an Bewerbungen geschickt habe oder auch an Ausschreibungen, die ich selber aufgesetzt habe, von Posten absolut unüblich, in Nettolöhnen zu reden. *(Zwiesgespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Das macht die Vergleichbarkeit auch schwer und es verschleiert auch die echten Dienstgeberkosten. Da hat mir einfach die Beschlussformel des vorgelegten Antrags der SPÖ zu viele Schwächen. Wichtiger ist jetzt wirklich, dass die Menschen nicht in die Notstandshilfe und nicht in die Mindestsicherung abrutschen.

Ich kann nur noch einmal betonen, was mir, auch wie ich es bereits bei den Gemeinden gesagt habe, wichtig ist: Wir finden nur zu den guten Lösungen, wenn alle Beteiligten miteinander hier die Situation anschauen, also auch, wenn es um die Anhebung des Mindestlohns geht, für die ich immer eingetreten bin, muss man bitte auch mit der Wirtschaft gemeinsam überlegen, was ist möglich, in welchen Schritten ist etwas möglich, wo gibt es auf der anderen Seite Erleichterungen?

Das muss unser Ziel sein. Ich denke, das ist auch das Ziel auf Bundesebene. Es muss eine Steuerentlastung für arbeitende Menschen geben. Das ist mir ganz besonders wichtig. Die soll auch rasch kommen, denn wir wollen, dass den Menschen mehr vom Einkommen zum Leben übrigbleibt.

Wenn wir die unteren Einkommen stärker entlasten, dann wird das ja auch den Konsum ankurbeln. Wir wollen aber auch, dass die Wirtschaft entlastet wird, damit die Unternehmen auch in dieser schwierigen Phase gut funktionieren können. Wir wollen in einen Modus der Hoffnung und der Zukunft kommen und jetzt wegkommen von dem, was sozusagen alles nicht geht, sondern schauen, was alles in Zukunft gehen kann.

Ich muss es nochmal wiederholen und ich wiederhole es auch immer wieder gerne, weil es so wichtig ist. Wir brauchen Investitionen in den Klimaschutz, in die Digitalisierung und in die Regionalisierung. Wir sehen, dass da auch die Bundesregierung schon gelernt hat, weil das mit der Regionalisierung ist im Regierungsprogramm so noch nicht enthalten ist, aber gerade jetzt, in der Krise, hat die Bundesregierung gelernt, dass man hier nachbessern und mehr in die Regionalisierung hineinstecken muss.

Warum ich das immer wieder, gerade auch wenn es um den Arbeitsmarkt geht, so betone, ist die Tatsache, dass wir in gesundheitlichen Belangen immer wieder auf Medikamente und auf Impfungen hoffen, es aber gegen die Klimakrise keine Impfung gibt. Deswegen müssen wir in moderne Klimatechnologie investieren und Arbeitsplätze schaffen.

Dazu haben wir ja auch einen Antrag eingebracht, damit wir in den massiven Ausbau der Photovoltaik investieren. Wir haben im Burgenland Flächen, die sind versiegelt, wir haben Parkplätze bei Einkaufszentren, wir haben Dächer von Einkaufszentren, von großen Gewerbegebieten, hier gibt es eine Menge Dächer, die für Photovoltaikanlagen noch genutzt werden können.

Da ist es gar nicht nötig, guten und gesunden Boden abzudecken. Das sind auch lauter grüne Jobs, die da entstehen - oder auch bei der thermischen Gebäudesanierung. Die Globalisierung führt uns zu ungesunden Abhängigkeiten. Das haben heute auch schon andere festgestellt.

Wir wollen, dass wir auch die Produktion von Gesundheitsgütern vermehrt in Österreich ansiedeln - auf eigene Initiative sozusagen hier auch etwas zu halten und auszubauen. Im Burgenland wurde ja auch schon in Bezug auf die Firma Sanochemia darauf hingewiesen. Da ist ja auch das Burgenland aktiv.

Es kann also auch sein, dass wir in Zukunft auch regionale Produkte begünstigen, denn da ist, glaube ich, einiges möglich, wenn wir im Burgenländischen Landtag uns manche Dinge gemeinsam anschauen und nicht nur schauen, dass wir die Zuständigkeiten anderen zuschieben.

Also, das Investieren in Umweltschutz und Regionalisierung bringt viel gemeinsame Schubkraft auf dem Arbeitsmarkt, darüber hinaus soll es dann eben auch eine Digitalisierungsoffensive geben.

Unter der GRÜNEN Regierungsbeteiligung im Bund gibt es ja nun auch wieder, zum Glück, eine sehr konstruktive Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern, die betonen das ja auch selber. Ich hoffe sehr, dass wir diesen Anfang des wieder gut wachsenden Gespräches nicht durch unnötige parteipolitische Streitereien in Gefahr bringen. Ich setze sehr darauf.

Und wir GRÜNEN setzen sehr auf die Gespräche, auf die Gespräche mit den Sozialpartnern, mit den WirtschaftsforscherInnen, mit den Landeshauptleuten, mit Städte- und GemeindevertreterInnen, mit der Opposition. Hier wird sehr viel auch im Bund von Wünschen der Opposition in die gemeinsamen Anträge eingebracht und natürlich auch in Gesprächen mit den Leitbetrieben, weil dort werden dann die Detailmaßnahmen ausgearbeitet.

Deswegen werden wir diesem Antrag der SPÖ so nicht zustimmen können, weil das kein Problem löst, sondern noch weitere Probleme auftut.

Danke für die Aufmerksamkeit.

Präsidentin Verena Dunst (*die den Vorsitz übernommen hat*): Danke Frau Abgeordnete. Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter MMag. Alexander Petschnig.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter MMag. Alexander Petschnig (FPÖ): Danke Frau Präsidentin. Sehr geschätzte Damen und Herren! Werte Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich zu Beginn vielleicht auf zwei Dinge noch eingehen, die mir im Laufe der Diskussion hier aufgefallen sind. Zum einen, weil wir jetzt wieder beim Thema der Vermögensverteilung angelangt sind.

Der von mir sehr geschätzte Kollege Fürst hat vorher gesagt, Gini-Koeffizient, statistisches Maß, mit dem man das abbilden kann, 076 ist richtig, da möchte ich ihm Recht geben. Allerdings ist diese Berechnung ohne Berücksichtigung der Umverteilungswirkung durch den Sozialstaat.

Wenn man das berücksichtigt, fällt das auf 04 und macht Österreich im OSZE-Vergleich zu einem der Länder mit der größten Gleichverteilung von Vermögen beziehungsweise von Einkommenschancen. Das wollen wir natürlich auch, wir stehen auch zum Sozialstaat, aber man muss das natürlich berücksichtigen, wenn man auf dieses System hinauf noch Vermögenssteuern oder ähnliche Maßnahmen einsetzen möchte.

Also deswegen möchte ich nicht Millionäre schützen. Also ich glaube, ich bin selber keiner, ich bin daher unverdächtig, aber ich mache mir natürlich wesentliche Gedanken über die wirtschaftspolitischen Folgen einer solchen Maßnahme und sehe die überwiegend nicht positiv.

Und zum zweiten an alle Kolleginnen und Kollegen, die heute das gesagt haben, nur der Bund kann Steuern einheben - bitte das bei der zukünftigen politischen Arbeit zu berücksichtigen, das ist unrichtig.

Das ist unrichtig, es gibt nach dem Finanzverfassungsgesetz, nach den § 7 und § 8 - § 7 ist das Verhältnis das Bund zu Land und Gemeinde und § 8 ist das Verhältnis von Land zu Gemeinde das Steuerfindungsrecht der nachgeordneten Gebietskörperschaft, also sprich der Länder, sprich der Gemeinden.

Denken Sie zurück an den Erwin Pröll mit seiner Handymastensteuer oder wie die damals geheißen hat. Das ist ein Ausfluss dieses Prinzips. Und natürlich gibt es diese Möglichkeit.

Im Burgenland haben wir vielleicht ein kleines Problem, was den § 8 betrifft, also sprich der Übertragung der zuständigen Kompetenz vom Land auf die Gemeinde, dass wir im Burgenland, ich glaube als einziges Bundesland, keine Landeshaushaltsordnung haben, wo also Näheres definiert werden müsste.

Ich bin selber als Gemeinderat und als Prüfungsausschussobmann einmal vor diesem Thema gestanden und da hat sich der damalige Partner in der Gemeinde nicht getraut, hier eine entsprechende Abgabe, die wir vorgesehen haben, auch umzusetzen, aus eben diesen finanzverfassungsrechtlichen Bedenken heraus.

Aber hier gäbe es schon Möglichkeiten im Rahmen der Selbstfinanzierungskraft der Gemeinden. Also Bürgermeister wird halt immer stärker auch ein Managementjob werden, hier entsprechend Vorschub zu leisten.

Darüber hinaus gebe ich dem Klubobmann Hergovich vollkommen Recht, das ist ein Ping-Pong. Wer soll das zahlen der Bund, die Länder? Je nachdem, wo man halt in der Verantwortung sitzt oder wo nicht. Ich glaube das ist dem Thema nicht angemessen.

Das BMF sagt - zumindest meinen Informationen nach - dass die Ertragsanteile, im Übrigen die Ertragsanteile aller Gebietskörperschaften, also nicht nur der Gemeinden, das trifft natürlich alle, um 7,3 Prozent heuer sinken sollen. Also das ist schon relativ hoch. Ob sich das bei den 40 Millionen überhaupt ausgeht im Verhältnis zu unserem Budget, sei einmal dahingestellt. Also zu befürchten ist, dass es sogar noch weiter nach unten geht.

Zum derzeitigen Tagesordnungspunkt - Arbeitsmarkt - da liegt uns ein Antrag, ich glaube von Seiten der SPÖ vor, er ist zumindest nur von deren Abgeordneten unterfertigt. Ebenfalls eine vollkommen richtige Aussage, die der Klubobmann Hergovich heute schon zu Beginn gesagt hat - es geht im Prinzip um den privaten Konsum.

Es steht zu befürchten, dass wenn man 570.000 oder so über 570.000 Arbeitslose hat, wenn man über eine Million Menschen in Kurzarbeit hat und andere, die betroffen sind, denken Sie an Einzelunternehmer und so weiter, dass wir hier natürlich mit Zurückhaltung bei der Ausgabenfreudigkeit gegenüberstehen.

Das heißt, es kommen weniger Steuereinnahmen rein, es kommt weniger Sozialversicherungseinnahme rein, es werden weniger Arbeitskräfte nachgefragt und so weiter. Wir befinden uns, also es droht zumindest eine Abwärtsspirale, und dem gilt es entgegenzutreten. Die Frage ist nur, mit welchen Mitteln tritt man dem entgegen?

Öffentliche Investitionen sind da immer das erste, was genannt wird, das ist bis zu einem bestimmten Teil natürlich auch richtig. Da wird zum Beispiel auch von der Europäischen Kommission, ich glaube mit über einer Billion Euro wird da sogar schon kalkuliert, auch forciert.

Da sind sicher auch Klimaschutz und ähnliche Digitalisierungs- und ähnliche Agenden dabei. Bei öffentlichen Investitionen muss man halt immer nur aufpassen, die gehen halt zum Teil auch am Bedarf vorbei.

Denken wir einmal dran an bestimmte Krisen in der Vergangenheit, wo in südeuropäischen Ländern auch öffentliche Investitionen getätigt worden sind, mit zig-Milliarden Euro Ausmaß, wie zum Beispiel Autobahnen in Spanien, wo noch nie ein Auto gefahren ist oder Flughäfen in Griechenland, wo noch nie ein Flugzeug gelandet ist.

Das sind auch öffentliche Investitionen, die natürlich die Bauindustrie ankurbeln, zumindest eine Zeitlang, nur dann ist erstens einmal der Boden versiegelt und zweitens einmal ist natürlich das Geld versenkt. Also das ist nicht das, was wir wollen.

Und insofern hielte ich es für klüger, dass man hier natürlich den privaten Konsum ankurbelt, weil die Leute natürlich selbst am besten wissen, wo der Schuh drückt, wo investiert gehört und was sie und ihre Familien brauchen, beziehungsweise wo hier Defizite herrschen.

In diesem Sinne ist der selbständige Antrag im Grunde genommen sehr gut gelungen. Es gibt da Punkte, die wir, und da darf ich gleich einen Abänderungsantrag ankündigen, die wir auch wortident übernommen haben. Es handelt sich namentlich um die Punkte eins und vier.

Es ist nur so, dass wir den ganzen Punkt mit den 1.700 Euro netto, ich glaube, da ist ein bisschen das Temperament durchgegangen mit dem Schreiber, oder mit dem Verfasser dieser Zeilen, ich glaube, das kann man so nicht reinschreiben.

Und deswegen haben wir einen Abänderungsantrag eingebracht, der zwar sinngemäß natürlich auch in die Richtung geht. Denn nur wenn Leute, insbesondere der unteren Einkommensschicht, auch die entsprechende Kaufkraft haben, können sie konsumwirksam werden. Das ist logisch. Die Frage ist nur, wie kommt man dorthin?

Kommt man dorthin, indem man sozusagen Zwang ausübt, zum Beispiel über Vergabeverfahren, oder über gesetzliche Maßnahmen, oder kommt man dorthin, indem man eben entsprechend beratend und helfend zur Seite steht?

Ich darf daher die Beschlussformel aus unserem Abänderungsantrag vorlesen - wie gesagt, die ersten beiden Punkte werden Ihnen bekannt vorkommen, weil sie wortident sind.

Der Landtag hat beschlossen:

Die Burgenländische Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten, diese möge

1. umgehend dafür Sorge tragen, dass allen beim Arbeitsmarktservice als arbeitslos registrierten Personen der Bezug der aktuellen Leistung für die Dauer der Krise, mindestens jedoch bis 31.12.2020 verlängert wird, und zusätzlich ein „COVID-19-Ausgleich“ für Arbeitslose in Form einer Erhöhung der Leistung aus der Arbeitslosenversicherung rückwirkend mit 1. April 2020 gewährt wird. Durch diese Erhöhung soll eine Netto-Ersatzrate in der Höhe von 70 Prozent des bisherigen Einkommens gesichert werden.

2. an die Arbeitsministerin heranzutreten und diese aufzufordern, umgehend dafür Sorge zu tragen, dass der Personalstand beim AMS-Arbeitsmarktservice rasch um bis zu 500 Planstellen aufgestockt wird, damit diese außerordentlichen Belastungen bewältigt werden können.

Und jetzt dann unserer Meinung nach der neue Punkt 3, oder unserem Antrag zufolge der Punkt 3.

3. Die Burgenländische Landesregierung wird weiters aufgefordert, ihre umfangreichen Einfluss- und Gestaltungsmöglichkeiten dafür einzusetzen, dass es den Interessensvertretungen der Arbeitnehmerschaft in den sozialpartnerschaftlichen Lohn- und Gehaltsverhandlungen ermöglicht wird, als „fair“ bezeichnete Löhne ausverhandeln zu können.

Ich halte das für eine bessere Formulierung, und zwar deswegen, weil es erstens einmal nicht an einem bestimmten Betrag festmacht ist, wir haben da schon debattiert, ob brutto oder netto. Ich kann das nur teilen, ich habe da auch nur Bruttosummen bisher gesehen, es gibt ja unterschiedliche, individuelle Abzugspositionen, netto wäre ja praktisch gar nicht möglich.

Es ist aber natürlich auch so, dass hier eine gewisse - wie soll ich sagen, Unzufriedenheit mit der Verhandlungsführung der Gewerkschaften mitschwingt, die ja praktisch die Arbeitnehmerseite verhandelt. Das heißt, offensichtlich wird hier gesehen, dass es ein bisschen zu wenig Löhne gibt.

Man wünscht sich, glaube ich, 1.700 Euro bei Euch, wir haben gefordert seinerzeit glaube ich, 1.600 Euro. Das wird sich im Laufe der Zeit natürlich weiter ändern. Aber hier ist es eben unser Anliegen, dass man hier die Landesregierung in unserem Fall auffordert, hier unterstützend tätig zu sein, dass man gemeinsam auf sozialpartnerschaftliche Art und Weise auf ein vernünftiges oder um beim Terminus technicus zu bleiben, fair bezeichnetes Lohnniveau kommt.

Ich darf diesen Antrag, so wie vorgelesen, übergeben und darf mich für Ihre Aufmerksamkeit bedanken. *(Der Abgeordnete MMag. Alexander Petschnig übergibt den Abänderungsantrag der Präsidentin.)*

Präsidentin Verena Dunst: Danke Herr Abgeordneter. Der mir soeben überreichte Abänderungsantrag vom Herrn Abgeordneten MMag. Alexander Petschnig und Kollegen, ist gehörig unterstützt, sodass er natürlich auch gemäß § 61 Abs. 3 GeOLT in die Verhandlung miteinbezogen wird.

Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Johannes Mezgolits.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Johannes Mezgolits (ÖVP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Zuschauer im Livestream! Die vergangenen Wochen waren für uns alle sehr herausfordernd, dennoch haben wir es alle miteinander geschafft, die Corona-Infizierten zu senken, und konnten so unzählige Menschenleben retten.

Gemeinsam mit der Bundesregierung wollen wir nun das Comeback für Österreich schaffen, unseren Wirtschaftsstandort zu alter Stärke zurückführen und sicherstellen, dass möglichst viele Menschen in unserem Land Arbeit haben. In Zeiten wie diesen braucht es Zuversicht und natürlich viel Mut.

Die Krise hat die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer natürlich fest im Griff. Gemeinsam können wir es aber schaffen, diese Krise zu bewältigen. Unser aller Motto muss es sein, niemand darf zurückgelassen werden. *(Beifall bei der ÖVP)*

Um tausende Menschen vor der Arbeitslosigkeit zu schützen, hat die Bundesregierung gemeinsam mit den Sozialpartnern in Rekordzeit die Corona-Kurzarbeit erarbeitet und mittlerweile mehr als eine Million Menschen davor bewahrt, ihren Job zu verlieren. Trotzdem gibt es sehr, sehr viele Erwerbstätige die Schaden erlitten haben.

Während der Bund milliardenschwere Pakete für die Arbeitnehmer schnürt und andere Bundesländer gemeinsam mit der Arbeiterkammer ihre Beihilfesysteme für in Not geratene Menschen rasch ausgebaut haben und sogar Kommunen Kredite zur Sicherung der kommunalen Arbeitsplätze aufnehmen, hüllt sich hier die Landesregierung sowie die Burgenländische Arbeiterkammer seit Wochen in Schweigen, beziehungsweise verschließt dabei sogar noch die Augen.

Nun wäre es für den Landtag Zeit schnell zu helfen, anstatt hier populistische Entschließungsanträge an den Bund zu formulieren.

Als unbürokratische Soforthilfe legten sowohl die Arbeiterkammer Vorarlberg und die AK Tirol, und das streiche ich jetzt schon heraus, in Zusammenarbeit mit den Ländern, haftungsgestützte Kleinkredite für in Not geratene Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf. Das garantiert eine rasche und unbürokratische Hilfe für in Not geratene Arbeitnehmer und deren Familien.

Das kann doch nicht sein, dass dies das Land Burgenland gemeinsam mit der Arbeiterkammer nicht imstande ist. Sogar in Wien wird nun an dieser unbürokratischen Lösung gearbeitet. Deswegen ist es das Gebot der Stunde, diesen Menschen in der größten Krise der Zweiten Republik einen Teil ihrer bereits gezahlten Steuern und Abgaben zurückzugeben.

Das Land Burgenland ist hier gefordert, auch auf die Arbeiterkammer einzuwirken, um einen Härtefonds auch hier auf die Beine zu stellen. Wir bieten unsere Zusammenarbeit jedenfalls an - hier im Burgenländischen Landtag, als auch in der Arbeiterkammer. *(Beifall bei der ÖVP)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn ich im Antrag die vier Punkte lese, die heute beschlossen werden sollen, steht da für mich aber überhaupt nichts Neues drinnen. Das sind Uraltforderungen garniert mit etwas Populismus, frei nach dem Motto „darf's ein bisschen mehr sein“.

Wir von der ÖVP Burgenland haben hier einen komplett konträren Zugang und arbeiten gemeinsam mit der Bundesregierung für das Comeback für Österreich, das allen Menschen, gerade auch denen im Burgenland, helfen wird. Speziell kleine und mittlere Einkommen sollen weiter entlastet werden, damit den arbeitenden Menschen mehr zum Leben bleibt.

Was nichts anderes heißt, dass die Steuerreform vorgezogen werden soll, Leistung soll und muss sich lohnen. Ohne die Wirtschaft gibt es keine Arbeitsplätze, auch wenn das manche in diesem Hohen Haus nicht glauben, meine sehr geehrten Damen und Herren, deshalb soll es auch für die Unternehmer Erleichterungen geben, dass erstens bestehende Arbeitsplätze gerettet werden und auch neue geschaffen werden können.

Und auch durch die gezielten Investitionen in die Digitalisierung, Regionalisierung oder in den Klimaschutz, soll der Standort Österreich, sowie das Burgenland eben gestärkt werden. Ich fordere Sie daher auf, beschließen wir eine Prämie von mindestens 500 Euro für die Menschen in den Gesundheitsberufen.

Ganz besonders für jene Menschen in den Krankenhäusern, in den Laboren, in der Pflege, sie machen nämlich einen tollen Job. Fördern wir Arbeitsplätze für Homeoffice. Wir wollen nach wie vor, dass die Daten pendeln und eben nicht die Menschen. Und befreien wir gemeinsam die Gemeinden vom Würgegriff der Landesumlage und geben wir ihnen Luft zum Atmen. Eine Explosion an Investitionen wäre die Folge. *(Beifall bei der ÖVP)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren, was wir brauchen sind Mut und Muntermacher und keine hohlen Phrasendrescher, deshalb bringe ich einen Abänderungsantrag zu diesem Entschließungsantrag ein. Er ist zugegangen, er lautet wie folgt:

Der Landtag hat beschlossen:

Die Burgenländische Landesregierung wird aufgefordert, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass

- arbeitende Menschen entlastet werden, damit ihnen mehr Netto vom Brutto bleibt
- die Wirtschaft entlastet wird, um Arbeitsplätze zu erhalten und
- Investitionen gefördert werden, bei denen Klimaschutz, Digitalisierung und Regionalisierung im Einklang stehen sowie

im eigenen Wirkungsbereich folgende Unterstützungsleistungen für Burgenländerinnen und Burgenländer schnellstmöglich umzusetzen:

- Die Landesregierung wird aufgefordert, eine Förderung zur Umsetzung von Homeoffice Lösungen rückwirkend ab 01. März 2020 zu erarbeiten und einzuführen sowie
- eine Landesprämie für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Gesundheits- und Pflegeberufen im Spitals- und Pflegebereich und in den Laboren im Burgenland auszubezahlen.

(Der Abgeordnete Johannes Mezgolits übergibt den Abänderungsantrag der Präsidentin. – Beifall bei der ÖVP)

Präsidentin Verena Dunst: Danke Herr Abgeordneter. Der mir soeben überreichte Abänderungsantrag der Landtagsabgeordneten Johannes Mezoglits, Kolleginnen und Kollegen ist gehörig unterstützt, sodass er gemäß § 61 Abs. 3 GeOLT in die Verhandlungen miteinbezogen wird.

Der nächste zu Wort gemeldete Abgeordnete ist der Herr Klubobmann Robert Hergovich.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Robert Hergovich (SPÖ): Vielen Dank, Frau Präsidentin. Hohes Haus! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Ich war ein bisschen verwundert zuvor, über die Aussagen der Kollegen Petrik.

Sie haben uns nämlich zuvor vorgeworfen, wir setzen uns nur mit Bundesthemen auseinander. Ich war dann ein bisschen überrascht, dass Sie bei diesem Punkt ausschließlich über Bundesthemen gesprochen haben und kein einziges Wort über Landesthemen verloren haben. Aber (*Abg. Mag.a Regina Petrik: Weil ich auf den Antrag eingehe.*) offensichtlich wird das bei uns kritisiert, was zulässig ist.

Wir nehmen das zur Kenntnis, ist kein Problem. Ich wollte es aber der Ordnung halber noch einmal formuliert haben (*Abg. Mag.a Regina Petrik: Man soll nicht zu einem Antrag sprechen, das muss ich mir merken.*) und schon einmal angesprochen haben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, diese Gesundheitskrise ist schon seit einigen Wochen zur Wirtschafts- und Arbeitsmarktkrise mutiert. Wie ein Virus mutiert, ist diese Gesundheitskrise zu einer Wirtschafts- und Arbeitsmarktkrise mutiert.

Und die Auswirkungen die sind dramatisch. Und man sagt das so leicht und salopp heraus, aber wenn man davon ausgeht, dass 571.477 Menschen in den letzten Wochen von Arbeitslosigkeit betroffen waren und sind, dann sind das 571.000 Schicksale und deren Familien, die mit diesem neuen Phänomen jetzt umgehen müssen.

Und das ist schon eine sehr dramatische Situation. Im Burgenland sind es 13.569 Menschen, die von Arbeitslosigkeit betroffen sind. Die passen ja kaum ins Mattersburger Stadion, so viele Menschen sind das, nur im Burgenland.

Schicksale, die nicht wissen, wie sie morgen die Miete finanzieren sollen, wie sie morgen die Kinder nach Wien schicken, um studieren zu können. Also, das sind schon Schicksale, die man sehr ernst nehmen muss.

Und daher muss man wirklich alles daran setzen, dass Menschen wieder in Beschäftigung kommen, mit Hoffnung, mit Zuversicht die Politik gestalten. Heute ist schon einige Male Tirol gefallen. Na selbstverständlich muss die Landesregierung in Tirol etwas tun, die haben einen Anstieg von 119,2 Prozent.

In keinem anderen Bundesland steigt die Arbeitslosigkeit so rasant wie in Tirol, ja selbstverständlich. Gott sei Dank ist das bei uns etwas anderes, wir sind an fünfter Stelle hier, Gott sei Dank und die Tendenz ist noch etwas besser wie der Bundesschnitt.

Aber trotzdem 1,25 Millionen Menschen befinden sich in Kurzarbeit. Im Burgenland rund 20.000 Arbeiternehmerinnen und Arbeitnehmer und das wiederum ergibt eine Gesamtsumme von 1,8 Millionen Menschen, in Österreich, die mit Einkommenseinbußen umgehen müssen, deutlichen Einkommenseinbußen.

Ich habe das schon einmal erwähnt heute, bei uns sind es rund 400 Euro, 398 pro Monat, pro Haushalt. Der österreichische Durchschnitt liegt bei 691 Euro, also rund 700 Euro. Und wie man sich so fühlt als arbeitsloser Mensch, das kann man sich durchaus ausmalen.

Kollegin Petrik, ich höre die Botschaft, alleine mir fehlt der Glaube, denn bei Betriebsförderungen, Soforthilfen für große und kleine Unternehmungen, da wurde dann nicht lange nachgedacht. Ich halte auch diese ganzen Förderungen für sinnvoll, aber genauso sinnvoll wäre es aber, Menschen zu unterstützen, die in Arbeitslosigkeit geraten. Da haben Sie dann plötzlich zu diskutieren angefangen.

Vorher war es überhaupt kein Problem, in Milliardenhöhe wurde da Geld ausgegeben, ruck zuck, nur wenn es darum geht, Menschen, die in Arbeitslosigkeit geraten, denen zu helfen, dann haben Sie zu diskutieren angefangen.

Und nicht nur zum Diskutieren angefangen, sondern da gab es einen konkreten Antrag im Nationalrat und auch im Bundesrat, der von FPÖ, von NEOS und von SPÖ unterstützt wurde, da haben Sie dagegen gestimmt. Da haben die GRÜNEN dagegen gestimmt, nicht irgendwie diskutiert, sie haben gesagt Nein.

Arbeitslose Menschen sollen nicht mehr Geld erhalten, sie haben dagegen gestimmt. Ich will das nur so etwas sichtbarer machen. Sie sagen, wir werden schon diskutieren und so weiter, ich höre die Botschaft, allein mir fehlt der Glaube. Kollegin Petrik, das ist bei der ÖVP klar, dass sie das ablehnen, da habe ich mir nichts anderes erwartet, aber bei Ihnen ist das schon etwas verwunderlich.

Also zu dem was wir wollen, wir wollen Massenarmut verhindern und daher wollen wir die Erhöhung des Arbeitslosengeldes von rund 50 auf 70 Prozent. Das ist ja auch das, wo Menschen, die arbeiten, die in Beschäftigung sind auch einzahlen.

Die zahlen sich ja ihre Arbeitslosengeldversicherung ein und die soll aufgestockt werden, weil es nicht nur persönlich wichtig ist, sondern auch volkswirtschaftlich Sinn macht. Wir brauchen Kaufkraft um den Wirtschaftsmotor am Laufen zu halten. Das sichert auch den Konsum.

Wir wollen darüber hinaus 500 zusätzliche Beraterinnen und Berater beim Arbeitsmarktservice, um erstens die ganzen Kurzarbeitsanträge schnell abwickeln zu können, da gibt es große Rückstände im Moment. Die Kolleginnen und Kollegen beim Arbeitsmarktservice arbeiten am Limit.

Die können fast nicht mehr, das ist unglaublich. Hier muss nachgeschärft werden und die müssen ja darüber hinaus die Menschen wieder in Beschäftigung bringen.

Also da gibt es Bedarf an Kolleginnen und Kollegen beim Arbeitsmarktservice, die brauchen Manpower oder Womanpower, völlig gleich, um hier flott die Menschen wieder in Beschäftigung zu bringen und daher dieser Antrag.

Wir wollen 1.700 Euro netto als Ausschreibungskriterium verankert haben bei allen Bundesausschreibungen. Weil damit gewährleistet ist, dass die Menschen, die mit dem Bund Geschäfte machen, Gewinne generieren, ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auch ordentlich bezahlen. Auch das wäre sinnvoll, weil die Menschen jetzt ordentliches Geld brauchen, um den Konsum anzufordern.

Und alle sagen immer, und das wundert mich immer, Leistung soll sich lohnen, insbesondere die ÖVP, aber wenn es darum geht, dass man 1.700 Euro zahlt, für das, das Menschen hart und fleißig arbeiten und viel leisten, dann will man davon nichts mehr hören. Und das ärgert mich ein bisschen. Leistung soll sich lohnen, darum soll man diese auch ordentlich bezahlen. Das ist unser Zugang. *(Beifall bei der SPÖ)*

Und was offensichtlich, wo es ein kleines Missverständnis gibt ist, wir haben den Bund aufgefordert, das ist das, Kollege Petschnig, wo wir aneinander vorbei gesprochen haben, wir wollen nämlich, dass der Bund mit der Steuerlast nachschärft und die unter 1.700 Euro, also 2.400 Euro brutto, steuerlich entlastet, damit man leichter zu 1.700 Euro netto kommt. Das war der ursprüngliche Gedanke.

Daher können wir Ihrem Abänderungsantrag leider nicht zustimmen, sonst wäre er ja wirklich gut. Es fehlen die 1.700 Euro und es fehlen diese steuerlichen Entlastungen.

Aber ich war jetzt durchaus verwundert beim Kollegen Mezgolits, ich war ein bisschen verwundert. Sie sind ja Arbeiterkammerfunktionär meines Wissens. Sie sind ja da in der Vollversammlung tätig und müssten eigentlich wissen, dass wenn die Arbeiterkammer Geld, Sie kennen ja das Budget, das wird ja besprochen, Rechenschaft abgelegt, Sie wissen ja, wie das aussieht, und wenn jetzt die Arbeiterkammer Geld hernimmt und das ausschüttet, wissen Sie, dass das fehlt, um die Gehälter zu bezahlen, oder das Licht nicht aufzudrehen oder die Heizung nicht aufdrehen zu können.

Und Sie wissen ganz genau, würde die Arbeiterkammer das tun, könnten sie dieses Leistungsspektrum nicht mehr bringen und Menschen, die Probleme im Job haben, könnten nicht mehr beraten werden. *(Abg. Markus Ulram: Wozu gibt es die Rücklagen?)* Das wissen Sie und sagen das trotzdem, das ist etwas eigenartig, dass Sie das tun.

Gerade als Arbeiterkammerfunktionär, weil da sollten Sie zu dieser Institution und zu den Menschen, die Probleme haben am Arbeitsmarkt, zu denen sollten Sie stehen.

Und wissen Sie, was entlarvend ist, wenn Sie das ernst genommen hätten, dann hätten Sie das nicht mehr nur von der Arbeiterkammer gefordert. Ich weiß schon, das ist die rote Kammer, da kann man schon fordern, aber die zwei schwarzen Kammern, die haben Sie ja nicht einmal angesprochen, was aber natürlich ein völliger Schwachsinn ist, weder dort noch dort.

Aber es ist entlarvend, wenn Sie das von der Arbeiterkammer fordern, von der Landwirtschaftskammer und von der Wirtschaftskammer aber kein Wort verlieren, das ist schon durchsichtig, Herr Kollege Mezgolits. Da sollten Sie *(Abg. Mezgolits: Ich hätte mich gerne der Diskussion gestellt, war leider keine Möglichkeit.)* etwas nachschärfen. Das war nicht gescheit.

Und außerdem verdient es die Arbeiterkammer nicht, dass man so über sie spricht, aber das verdienen sich vor allem die Menschen, die Probleme im Job haben nicht, dass man ihre Leistungen dafür kürzt, dass verdienen sie nicht. *(Beifall bei der SPÖ)*

Wir werden natürlich unserem Antrag sehr gerne die Zustimmung erteilen. *(Beifall bei der SPÖ)*

Präsidentin Verena Dunst: Danke Herr Abgeordneter. Die nächste Rednerin, zu Wort gemeldet hat sich die Frau Landtagsabgeordnete Mag.a Regina Petrik.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Herr Kollege Hergovich, ich bin jetzt wieder einigermaßen verwundert, wenn Sie da herausgehen und sagen, was ich gesagt habe und was nicht. Denn sonst hören Sie eigentlich recht gut zu. *(Abg. Robert Hergovich: Ja.)*

Ich bin da drüben gestanden und habe davon gesprochen, wie im Burgenland zum Beispiel in Photovoltaikanlagen investiert werden sollte. Und Sie kommen und sagen, Sie sind sehr verwundert, dass ich nur über den Bund spreche. *(Abg. Robert Hergovich: Haben Sie.)* Also einfach zuhören, was ich sage, dann fehlt Ihnen das nicht.

Und das Zweite ist, ich bin auch darauf eingegangen, warum wir im Bund jetzt nicht für eine dauerhafte Erhöhung des Arbeitslosengeldes sind. Ich habe das erläutert. Sie sagen, Sie sind sehr verwundert, wie das ist. *(Abg. Robert Hergovich: Sie dürfen über den Bund sprechen.)* Hören Sie mir einfach zu, dann müssen Sie weniger verwundert sein.

Das ist meine Bitte, weil es wird oft zu einem Pult gegangen, dann wird gesagt, wir sind ganz gegen etwas, was jemand anderer nie gesagt hat und das macht die Diskussion dann schwieriger.

Danke schön. *(Beifall bei einigen Abgeordneten der ÖVP)*

Präsidentin Verena Dunst: Danke Frau Abgeordnete. Da keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, kommen wir zur Abstimmung, Hoher Landtag.

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegen mittlerweile zwei, im Verlauf der heutigen Debatte eingebrachten, Abänderungsanträge vor.

Ich lasse daher zuerst über den von Herrn MMag. Petschnig eingebrachten Abänderungsantrag abstimmen und ersuche daher jene Damen und Herren Abgeordneten, die diesen Abänderungsantrag unterstützen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Das ist die Minderheit.

Ich komme zum nächsten Abänderungsantrag. Ich lasse nun in der Folge über den vom Herrn Landtagsabgeordneten Mezgolits eingebrachten Abänderungsantrag abstimmen und ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die diesen Abänderungsantrag unterstützen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Das ist die Minderheit.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Antrag des Herrn Berichterstatters und ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die diesen Antrag unterstützen wollen, sich von den Plätzen zu erheben.-

Die Entschließung zur Abfederung der negativen Folgen von Covid-19 auf den Arbeitsmarkt ist somit mehrheitlich gefasst.

7. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Gerhard Hutter, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung (Beilage 39) zur Abfederung der negativen Folgen von Covid-19 auf die Wirtschaft (Zahl 22 - 39) (Beilage 76)

Präsidentin Verena Dunst: Meine Damen und Herren! Nunmehr sind wir beim 7. Punkt der Tagesordnung.

Der 7. Punkt der Tagesordnung ist der Bericht des Rechtsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Gerhard Hutter, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung, Beilage 39, zur Abfederung der negativen Folgen von Covid-19 auf die Wirtschaft, Zahl 22 - 39, Beilage 76.

Berichterstatter zu diesem Tagesordnungspunkt ist der Herr Landtagsabgeordnete Wolfgang Sodl.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wolfgang Sodl (SPÖ): Danke Frau Präsidentin. Der Rechtsausschuss hat den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Gerhard Hutter, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung zur Abfederung der negativen Folgen von Covid-19 auf die Wirtschaft, in seiner 02. Sitzung am Mittwoch, dem 29. April 2020, beraten.

Der Rechtsausschuss stellt daher den Antrag, der Landtag wolle dem selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Gerhard Hutter, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung zur Abfederung der negativen Folgen von Covid-19 auf die Wirtschaft, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Präsidentin Verena Dunst: Danke Herr Berichterstatter. Nunmehr steigen wir in die Debatte ein.

Als erste Rednerin zu Wort gemeldet hat sich die Frau Landtagsabgeordnete Mag.a Regina Petrik.

Darf ich Sie, Frau Abgeordnete, herüberbitten.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Danke schön Frau Präsidentin. Ich habe mich nicht immer als Erste zu Wort gemeldet, ich werde immer als Erste eingeteilt und es kommt halt manchmal nachher dazu, dass ich dann noch etwas nachzutragen habe.

Wir sind jetzt beim Tagesordnungspunkt mit einem neuerlichen Antrag der SPÖ zur Abfederung von Folgen für die Wirtschaft und hier haben wir zwei Anliegen angesprochen. Zum einen geht es darum, dass die SPÖ gerne Doppelförderungen ermöglichen möchte und zum zweiten, dass die Schwellenwertverordnung geändert wird.

Der Landeshauptmann hat in seiner Rede zum SPÖ-Regierungsprogramm gesagt, ich zitiere: "Wir werden aus Transparenzgründen eine zentrale Förderstelle schaffen, um Doppelförderungen zu unterbinden". Das finde ich gut und zu unterstützen. Jetzt kommt ein Antrag der SPÖ, der ausdrücklich Doppelförderungen ermöglichen möchte hier in Bezug auf die Förderungen in der Covid-19-Krise.

Aber es geht darum, wer im Land Förderungen bekommen hat, soll im Bund auch welche bekommen können und umgekehrt. Für mich ist halt die Frage, für wie viele trifft das überhaupt zu und sollte nicht gerade die Landesförderung für jene da sein, die eben

durch andere Fördermittel im Bund jetzt irgendwie doch nicht ganz dran gekommen sind, weil es ja da immer wieder auch Lücken gibt.

Das merken wir ja auch. Es gibt immer irgendwelche Sonderfälle, die dann doch nicht in den Härtefall-Fonds passen. Da muss dann nachgebessert werden. Aber trotzdem ist ja ein Land genau dafür da, dort helfen zu können, wo der Bund gerade nicht helfen kann.

Deswegen ist mir nicht nachvollziehbar, warum jetzt plötzlich die SPÖ diese Kehrtwende macht und ausdrücklich will, dass Doppelförderungen möglich sind, wenn es doch eigentlich grundsätzlich das Anliegen der SPÖ ist, diese zu unterbinden oder zumindest das Anliegen vom Landeshauptmann.

Der zweite Punkt ist zur Schwellenwertverordnung. Sie werden uns das sicher erklären, Herr Kollege. In dem Fall bin ich schon sehr neugierige darauf. Das zweite Anliegen geht zur Schwellenwertverordnung. Das finde ich auch sehr spannend. Die Rechnungshöfe kritisieren ja immer wieder, dass im Bereich der Direktvergabe sehr viel Geld versickert, insbesondere, weil die öffentlichen Auftraggeber kaum Vergleichsangebote einholen würden, um dann zu prüfen, ob ein Preis auch angemessen ist.

Wir haben jetzt einen Schwellenwert bei 100.000 Euro. Darunter kann frei vergeben werden. Darüber muss es Ausschreibungen geben, muss verglichen werden. Mit einer Erhöhung dieses Schwellenwertes für Direktvergaben werden meiner Meinung nach der Transparenzgrundsatz und der Sparsamkeitsgrundsatz des Vergaberechts konterkariert.

Besonders bei Aufträgen mit grenzüberschreitenden europäischen Interessen, was ja im Burgenland sehr oft der Fall ist. Der Schwellenwert von 100.000 Euro unter dem direkt an Auftragnehmerinnen und Auftragnehmer vergeben werden kann, ist in Österreich von allen EU-Ländern sowieso schon der höchste. Eine Erhöhung ist damit wahrscheinlich auch EU-rechtlich problematisch und das wäre, wenn das überhaupt sozusagen mehr sein soll als eine Frage um das zur Diskussion zu bekommen, etwas was nur marginal möglich wäre.

Eine Erhöhung des Schwellenwertes erzeugt also mehr Intransparenz und kann dann die Folge haben, dass es für das Land unwirtschaftlich ist und das muss man dazu sagen, ist ein neuer Boden für „Freunderlwirtschaft“.

Jetzt regiert die SPÖ im Burgenland sowieso schon mit absoluter Mehrheit, also mit umfassender Macht in vielen Verfahren, mit vielen Entscheidungsfreiheiten. Wir sehen ja, was alles am Landtag vorbei, an der parlamentarischen und demokratischen Kontrolle geschieht. Und dafür, für dieses sowieso schon Alleinregieren, will sich jetzt die SPÖ auch noch mehr Freiheiten in der Vergabe von Aufträgen herausnehmen.

Eine Oppositionspartei darf so einem Ansinnen, das Macht über Auftragsvergaben und die Verteilung von Steuergeldern der Regierung ausweitet, sicher nicht zustimmen. Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Präsidentin Verena Dunst: Danke Frau Abgeordnete. Nunmehr ist der Herr Landtagsabgeordnete MMag. Alexander Petschnig am Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter MMag. Alexander Petschnig (FPÖ): Danke Frau Präsidentin. Sehr geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Zwei Dinge noch zur vorangegangenen Debatte, die ja ohnehin jetzt ineinandergreifen. Zum einen, Klubobmann Hergovich ist jetzt leider

nicht da. 1.700 Euro nachsteuern, ja, hätte natürlich unsere Zustimmung gefunden, keine Frage, steht nur so im Antrag nicht drinnen.

Also vielleicht, wenn man sich da ein bisschen mehr, oder deutlicher artikuliert. Das würde uns die wechselseitige Zustimmung unserer Anträge, glaube ich, wesentlich erleichtern und auch eine bessere Unterstützung in der Außenwirkung erzeugen.

Das Zweite, der Kollege Mezgolits, der ist jetzt auch nicht da. Ja, ich glaube das war seine erste Rede, aber auf zwei Skurrilitäten darf ich dann doch hinweisen.

Das Erste ist, er hat gesagt, es wird an der Krise, ich hoffe an der Bewältigung der Krise, unbürokratisch gearbeitet. Ja, dass das nach zwei Monaten an der Zeit ist, das möchte ich wohl unterstreichen. Ich kann nur erinnern, dass viele, viele Unternehmerinnen und Unternehmer und viele andere betroffene Personen bitter darauf warten und sich bitter darüber beklagen, dass immer noch nichts ausbezahlt wird und wenn was ausbezahlt wird, dann nur in sehr minderen Mitteln. Da geht es nicht einmal um Arbeitnehmer oder Unternehmer, sondern es betrifft querbeet alle möglichen Betroffenen.

Wir haben heute viel über privaten Konsum und alles Mögliche gesprochen. Einfach einmal die ohnehin beschlossenen Hilfen auch effizient zur Auszahlung zu bringen, wäre ein geeigneter Schritt dagegen. Und ob da jetzt wirklich die Wirtschaftskammer die richtige Wahl war, das wird sich erst im Nachhinein herausstellen. Bis dato ist es offensichtlich nicht.

Das Zweite was er gesagt hat, naja, eine Steuerreform gehört vorgezogen. Das finde ich insofern recht lustig, als diese Steuerreform zumindest die entsprechenden Absätze im Regierungsprogramm, auf Bundesebene wohl gemerkt, eins zu eins das übernehmen, was 2017 zwischen Türkis und Blau ausverhandelt worden ist. Ich hatte damals die Ehre, selbst in der Verhandlungsgruppe zu sitzen. Das war im Dezember oder im November 2017. Wir schreiben jetzt den Mai 2020. Also hier von Vorziehen zu sprechen, ist doch von der Zeitachse her ein bisschen seltsam.

Also ich glaube, dass man da hier wirklich einmal die Beine in die Hände nehmen könnte und hier endlich die Beschlüsse fassen sollte, damit man hier auch die Wirtschaft und die Nachfrage entsprechend unterstützt.

Zum vorliegenden Antrag. Es geht jetzt um die Unterstützung der Wirtschaft, nachdem wir den Arbeitsmarkt in den Gemeinden schon gehabt haben. Es geht im Prinzip um zwei Punkte. Das Eine, die bereits erwähnte Schwellenwertverordnung. Ich sehe das nicht ganz so negativ. Natürlich kann man immer das im negativsten Licht oder unter Berücksichtigung aller möglichen Malversationen sehen, da gebe ich Ihnen schon Recht, Frau Kollegin. Aber ich sehe diesen Punkt nicht so negativ.

Etwas anderes ist es mit dem Punkt hinsichtlich der Überbrückungskredite, hinsichtlich der 30 Millionen, die prinzipiell ja sehr positiv sind. Aber da hat die Kollegin Petrik vollkommen richtig gesagt, dass hier jetzt oft eine Doppelförderung, die von allen Rechnungshöfen immer kritisiert worden ist und die auch von Finanzministern, ich denke an die Transparenzdatenbank vom ÖVP Finanzminister Pröll damals, da schon vor über zehn Jahren, um genau solchen Phänomenen entgegenzutreten, schon insinuiert worden ist.

Dass man das jetzt praktisch über den Antrag wieder zurücknehmen will, das halte ich doch für wesentlich übertrieben und unpassend.

Ich glaube, wir haben heute schon viel davon gesprochen, dass das Geld ja ohnehin knapp ist. Wir wissen nicht, wie man es finanziert. Also über Monetarisierung der

Staatsschuld. Aber das ist ja nur eine zeitliche Verlagerung. Das wird irgendwann sowieso wie in der Realwirtschaft auftreffen. Wie man das finanziert und ich bin da schon bei mir, dass man da diese Punkte oder diese Mittel, die man zur Verfügung stellt von Bundeseite, von Landeseite, möglicherweise auch von Gemeindeseite, dass man die möglichst fokussiert dorthin zur Wirkung bringt, wo sie auch hingehören.

Das heißt, wo man im eigenen Zuständigkeitsbereich arbeitet. Wo man vielleicht die eigenen besonderen Umstände auf Landesebene zum Beispiel berücksichtigen kann und hier entsprechend sich darauf konzentriert und nicht Doppelförderungen beschließt, die natürlich dann alle treffen. Also alle die auf Bundesebene begünstigt werden, werden voraussichtlich auch von Landesebene begünstigt werden. Also da so ein bisschen einen Adabei-Charakter. Das halte ich nicht für gar so klug.

In diesem Sinne darf ich noch einmal einen Abänderungsantrag einbringen. Ich darf wieder die Beschlussformel verlesen.

Die Burgenländische Landesregierung wird aufgefordert,

1. erstens die Inanspruchnahme einer Förderung aus den Mitteln des Landes zur Abfederung der wirtschaftlichen Folgen von Covid-19 für die burgenländische Regionalwirtschaft unter strikter Vermeidung von Doppelförderungen dort zu ermöglichen, wo der Härtefallfonds oder andere Unterstützungsmaßnahmen des Bundes nicht zum Tragen kommt,

an die Bundesregierung heranzutreten,

2. diese möge eine rasche und unbürokratische Auszahlung der Hilfe an die Betriebe sicherstellen und verfassungsrechtliche Mängel schnellst möglich beheben,
3. diese möge an die Justizministerin herantreten, diese möge die Schwellenwerte in der bestehenden Schwellenwerteverordnung 2018, BGBl. II Nr. 211/2018 erhöhen, sowie deren Geltungsdauer bis zum 31.12.2022 ausdehnen.

(Beifall bei der FPÖ – Der Abgeordnete MMag. Alexander Petschnig übergibt den Abänderungsantrag der Präsidentin.)

Präsidentin Verena Dunst: Der mir soeben überreichte Abänderungsantrag der Landtagsabgeordneten MMag. Alexander Petschnig und Kolleginnen und Kollegen ist gehörig unterstützt, sodass er gemäß § 61 Abs. 3 GeOLT in die Verhandlung einbezogen wird.

Als nächste Rednerin darf ich die Frau Landtagsabgeordnete Melanie Eckhardt aufrufen.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete MSc Melanie Eckhardt (ÖVP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Werte Zuschauer! Es freut mich heute sehr, meine erste Rede im Landtag halten zu dürfen. Mir persönlich ist es ein besonderes Anliegen hier zu betonen, Wirtschaft sind wir alle gemeinsam.

Die Unternehmerinnen und Unternehmer mit ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und vor allem mit den Kunden. Denn wenn sie in kleine Geschäfte vor Ort, den ansässigen Bäcker, den Tischler, beauftragen, dann bleibt die Wertschöpfung im Burgenland und es können Arbeitsplätze gesichert werden. Außergewöhnliche Zeiten erfordern außergewöhnliche Maßnahmen.

Unsere Bundesregierung hat schnell gehandelt. Es wurde ein 38 Milliarden Hilfspaket von der Regierung geschnürt. Es wurde die Kurzarbeit ermöglicht. Ein Familienhärtefonds wurde eingerichtet und seit Anfang Mai ist es auch möglich, den Fixkostenzuschuss zu beantragen.

Für ein erfolgreiches Comeback Österreichs wurden gemeinsam mit den Sozialpartnern drei Ziele festgelegt. Steuerentlastung für arbeitende Menschen, Entlastung für die Wirtschaft und Investitionen in Klimaschutz, Digitalisierung und Regionalisierung. Ich möchte hier auf die einzelnen Themen noch genauer eingehen.

Bei der Steuerentlastung für arbeitende Menschen. Hier sollen speziell kleine und mittlere Einkommen entlastet werden, damit arbeitenden Menschen mehr zum Leben bleibt. Diese Reform kommt rascher als ursprünglich angekündigt.

Entlastungen für die Wirtschaft. Hier wird gemeint, dass Rahmenbedingungen für Unternehmen so angepasst werden sollen, damit sie auch in dieser schwierigen Phase betriebswirtschaftlich funktionieren können. Damit sollen bestehende Arbeitsplätze gerettet und eventuell auch neue geschaffen werden.

Bei Investitionen in Klimaschutz, in Digitalisierung und Regionalisierung. Damit sollen wirtschaftliche Anreize für Investitionen im Standort Österreich geschaffen werden. All dies kann ich hier nur unterstützen. Aber ich erwarte mir auch vom Land ein Maßnahmenpaket für Wirtschaft und Arbeit im Burgenland. Ich habe hier ein paar spezielle Vorschläge. Eine Unterstützung könnte so ausschauen.

Betreffend Standortpolitik für das Burgenland. Für Privatwirtschaft muss die kollektivvertragliche Sozialpartnerschaft gelten. Wir sind auch der Meinung, dass unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter fair entlohnt werden müssen. Aber das muss über Kollektivvertragsverhandlungen mit den Sozialpartnern verhandelt werden. Alles andere ist Polemik.

Weiters darf es keine generelle Verstaatlichung von Pflegeleistung geben, sondern öffentliche und private Leistungserbringer sollen unter denselben Voraussetzungen arbeiten können.

Es soll eine burgenländische Bauoffensive, Vorziehen von Bauvorhaben, Entschuldigung, im Bereich Hochbau, Tiefbau und Infrastruktur geben. Für den Tourismus kann es einerseits die Tourismusförderungsbeiträge vorzeitig, was baldmöglichst geschehen sollte, ausbezahlt werden oder auch die Abgaben für 2020 könnte das Land übernehmen.

Beim Digitalisierungspaket ist es natürlich klar, dass flächendeckender Breitbandausbau und die Förderung von digitalisierten Arbeitsplätzen, wie es auch die Arbeiterkammer vorschlägt, wichtig wären. Aber wir könnten auch eine Beratungsförderung für Betriebe, die aufgrund der Krise einen Umstrukturierungsbedarf haben, die könnten wir mit burgenländischen, zertifizierten Unternehmensberaterinnen und Unternehmensberatern unterstützen.

Ein weiterer Vorschlag für ein Maßnahmenpaket zur Belebung der burgenländischen Orts- und Stadtzentren nach der Corona-Krise, der zum Beispiel vom Land angeboten werden kann damit das Bewusstsein geschaffen wird, dass viele Kleinst- und Kleinunternehmen gestärkt werden, aber auch der Umweltgedanke "Fahr nicht fort, kauf vor Ort" soll unterstützt werden.

Viele von den kleinen Betrieben haben aufgrund der Corona-Krise schon ihr Angebot auf Online umgestellt und präsentieren jetzt ihre Produkte schon online. Hier

könnte mit einer digitalen, lokalen Offensive für diese Betriebe eine Unterstützung gewährt werden. Zum Thema Förderungen kann ich nur sagen, die burgenländische Wirtschaft ist über jede Unterstützung dankbar, aber auch sinnvolle Investitionen sind hilfreich.

Sinnvolle Investitionen, ich glaube die burgenländischen Gemeinden wissen was sinnvolle Investitionen sind, und nicht Straßenbauprojekte die keiner braucht. Also ich nehme an, diese Kompetenz haben sie alle. Gerade auf Gemeindeebene soll es möglich sein, deshalb braucht es finanzielle Unterstützung für die Gemeinden einerseits und andererseits für die Rahmenbedingungen für Investitionen.

Vor allem hier wird auf Regionalität geschaut. Aufträge für die Baufirma, den Fliesenleger, den Spengler, Tapezierer und Installateur werden meistens in den Gemeinden beziehungsweise in der näheren Umgebung vergeben, denn dann werden auch die Arbeitsplätze in der Region erhalten. Dazu muss der Schwellenwert der Vergabeverordnung noch längere Zeit gelten.

Darum kann ich abschließend nur noch einmal betonen, dass wir alle gemeinsam versuchen müssen, ein Maßnahmenpaket für Wirtschaft und Arbeit zu ermöglichen. Danke schön. *(Beifall bei der ÖVP)*

Präsidentin Verena Dunst: Danke Frau Abgeordnete. Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Landtagsabgeordnete Gerhard Hutter.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Hutter (SPÖ): Ja, sehr geehrte Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Werte Zuhörer zu Hause vom Internet! Bevor ich jetzt zu meinem Redebeitrag komme, möchte ich noch ganz kurz auf diese Dringliche Stunde der ÖVP eingehen und möchte, Dir lieber Klubobmann Ulram sagen: "Ja, stimmt." Ich habe schon einen kleinen Teil dazu beigetragen, dass wir hier die absolute Mehrheit haben und darauf bin ich ja auch stolz. *(Allgemeine Heiterkeit – Beifall bei der SPÖ)*

Aber ich glaube genauso einen Beitrag hat auch der Innenminister, der Karl Nehammer, dazu beigetragen, der hat auch ein bisschen etwas gebracht, glaube ich, und ja und eines auch noch, damit ich das abschließe diese Dringliche, ja, ich habe es nie verheimlicht, nie, dass die Gemeinde Bad Sauerbrunn natürlich dementsprechende Schulden auch hat.

Aber mit diesem Geld sind wir ja nicht in Urlaub gefahren in Sauerbrunn, sondern dieses Geld haben wir in die Wirtschaft investiert, dieses Geld haben wir in einen der zwei Kurorte investiert, die es im Burgenland gibt. Ich glaube, die sind ein wesentlicher Bestandteil unseres Tourismus hier im Burgenland.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nun zu unserem heutigen Thema betreffend Maßnahmen zur Abfederung der negativen Folgen von Covid-19 auf die Wirtschaft. Natürlich fordert die größte Gesundheitskrise unserer Zeit einen enormen Tribut und hat nicht nur gesundheitliche Auswirkungen, sondern auch die wirtschaftlichen Folgen sind eigentlich noch gar nicht abzusehen.

Ich habe mir gestern die Zeit genommen und habe einen halben Tag damit verbracht um zu recherchieren, wie es eigentlich so in anderen Ländern aussieht und im speziellen Fall auch in unserem Nachbarland in Deutschland. So wie es da um die Gesundheit auch steht, um die Wirtschaft steht.

Wie in allen anderen Ländern auch, braucht es natürlich ein Bündel an Maßnahmen um den sozialen Zusammenhalt zu stärken und die wirtschaftlichen Folgen für alle Betroffenen abzufedern. Die verschiedenen Länder, die verschiedenen Regionen,

sind unterschiedlich geprägt. Ein Land, beziehungsweise eine Region eben mehr industriell, eine mehr touristisch, das andere Land wieder mehr landwirtschaftlich oder ist mehr agrarlastig.

Von beiden Leitbildern der freien Marktwirtschaft nach Nikolaus Halm beziehungsweise von der sozialen Marktwirtschaft frei nach Alfred Müller-Armack oder vom Ludwig Erhard haben wir uns in der Weltwirtschaft schon lange verabschiedet.

Die Vorteile einer freien Marktwirtschaft sind natürlich insbesondere die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und die hohe Güterversorgung und das zu realisieren auch, gleichzeitig aber die Nachteile wie die Zerstörung, den zerstörerischen Wettbewerb, Ballung wirtschaftlicher Macht und unsoziale Auswirkungen von Marktprozessen zu vermeiden, um das Ziel damit nicht aus den Augen zu verlieren, bei einer sozialen Marktwirtschaft den größtmöglichen Wohlstand sowie die bestmögliche soziale Absicherung zu erlangen.

Diese Werte wurden in vielen Ländern dem Neokapitalismus und in weiterer Folge dem Kapitalismus schuldend schon lange über Bord geworfen. Übrigens der größte theoretische, der theoretische Unterschied zwischen der freien Marktwirtschaft und der sozialen Marktwirtschaft ist das aktive beziehungsweise passive Verhalten des Staates. Beim Eingriff in das Wirtschaftsgeschehen kommen wir nun aber zu den Maßnahmen.

Die Maßnahmen um gegen wirtschaftliche Folgen verstärkt anzukämpfen. Das Fundament der burgenländischen Wirtschaft bilden nun einmal die Klein- und Mittelunternehmen, das sind die EPU's im Burgenland. Die meisten arbeiten hier im Dienstleistungssektor und genau die im Dienstleistungssektor, die sind natürlich auch die am stärksten Betroffenen.

Die können nicht ihre Rückstände wieder aufholen wie etwa Produktionsunternehmen, die durch die Steigerung der Produktion Ausfälle von Wochen und Monaten vielleicht wieder irgendwann einmal egalisieren können. Dadurch entsteht natürlich eine Abwärtsspirale. Wir seitens des Landes versuchen ja, auch mit einem Unterstützungspaket in der Höhe von 30 Millionen Euro dagegenganzusteuern.

Wenn vom Kanzler Kurz, weil er heute ja auch schon so oft zitiert wurde, angesprochen wurde das Motto "Koste es was es wolle" dann frage ich mich schon wie das sein kann, dass man hier um Landesmittel ansucht um Existenzen aufrechtzuerhalten, aber diese Inanspruchnahme von Mitteln aus dem Land nicht möglich sind, wenn man bereits beim Bund um solche Mittel angesucht hat.

Das ist, meine Herrschaften, das ist meiner Meinung nach schlichtweg der falsche Weg. (*Abg. Mag. Géza Molnár: Schweinerei!*) Das darf ich da nicht sagen. Die Inszenierung, die Darstellung, meine Damen und Herren, die Darstellung und Inszenierung der Wirtschaftshilfen und der Angstmacherei der türkis-grünen Bundesregierung bekommt von mir heute, hier einen römischen Einser mit einem Sternderl, gratuliere das ist wirklich gut.

Die Umsetzung jedoch und da berücksichtige ich auch schon, dass es ein Ereignis ist welches in dieser Dimension natürlich noch nicht da war, leider ein Nicht Genügend vor allem unter diesem Aspekt beziehungsweise unter dem Stolperstein, da sollten Landesmittel bereits ausgelöst worden sein, dass der Unternehmer beim Staat durch die Finger schaut. Beim Vergleich der Wirtschaftsunterstützung stellen wir uns gerne auf Bundesebene, stellen wir uns immer gerne als Weltmeister dar.

Ein Vergleich mit unserem Nachbarland Deutschland öffnet uns aber dann mitunter etwas die Augen. Wenn wir die Zehnteln jetzt weglassen, damit wir es einfach rechnen

können, ist unser Nachbarland Deutschland zehnmal so groß, 9,4, in dem Fall zehnmal. Wir haben ein Bruttoinlandsprodukt von 400 Milliarden in Österreich, die Deutschen haben ein Bruttoinlandsprodukt von 3.440 Milliarden, da sind wir beim 8,6fachen. Angekündigte Hilfen bei uns sind 38 Milliarden, ja das ist mir schon bewusst, dass das natürlich eine Riesensumme ist, keine Frage.

In unserem Nachbarland Deutschland sind es 650 Milliarden, das ist 17,1mal so viel. Die Hilfspakete für kleine Unternehmen machen bei uns in Österreich zwei Milliarden aus, in Deutschland sind es 50 Milliarden, Liquiditätshilfen, Kredite, Haftungen, Stundungen 15 Milliarden haben wir in der Notfallhilfe, zehn Milliarden sind Stundungen, in Deutschland sind es rund 600 Milliarden das ist 26mal so viel umgerechnet pro Kopf.

In der Kurzarbeit haben wir fünf Milliarden, das ist jetzt aufgestockt, das wissen wir, in Deutschland ist die Kurzarbeit unbegrenzt. Deutschland gewährt das 2,5fache an Hilfe der EPU'S und Kleinstunternehmen und wenn wir das jetzt hier weiterklären, dann haben wir folgendes. Minimale Auszahlung pro Betroffenen bei uns ist 1.500 Euro in Österreich, in Deutschland sind es 9.000 Euro.

Das geht immer wieder bei EPU's bis zu fünf Mitarbeitervollzeitäquivalente, maximale Auszahlung für drei Monate haben wir in Österreich 6.000 in Deutschland sind es 15.000 Euro und da reden wir jetzt wieder von Doppelförderungen. Also ich muss Euch ehrlich sagen, ich verstehe es nicht. Wir stehen vor der größten Wirtschaftskrise seit dem Jahr 1930. Die Betriebe brauchen Klarheit, das ist selbstverständlich, und rasche unbürokratische Hilfe und das in einer Größenordnung, die es ihnen möglich macht wieder aufzusperren, sobald wir das Virus wieder halbwegs unter Kontrolle haben und ich denke dieser Punkt ist erreicht.

Die Burgenländische Landesregierung hat daher ein Corona-Unterstützungspaket in der Höhe von 30 Millionen Euro für die burgenländischen Betriebe geschnürt. Dieses Hilfspaket besteht aus Überbrückungshilfen, Haftungsprogramm und Gewährung von Kleinkrediten sowie dem Corona-Härtefonds. Die Zuweisung der Mittel erfolgt über die WiBuG, bei der auch die Infopoints besetzt sind und die auch Samstag und Sonntag arbeiten.

Sehr geehrte Frau Kollegin, liebe Melanie Eckhardt, ich weiß nicht ob Du den Geschäftsführer der WiBuG den Mag. Zagiczek persönlich kennst, ich weiß auch nicht, wie weit Du persönlich die Arbeitsabläufe und die Organisation, wie weit Du hier Einsicht hast.

Eines weiß ich aber mit Sicherheit, über die Abwicklung der WiBuG von Ausfallbürgschaften und die damit einhergehende rechtliche Situation hast Du keine Ahnung und ich glaube auch, dass das nicht aus Deiner Feder kommt, sondern das Dich da Deine männerdominierten Landtagskollegen massiv aufs politische Glatteis geführt haben. Es hat nämlich auch keine Gegendarstellung mehr gegeben, nachdem was der Zagiczek geantwortet hat. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Was nimmst Du?)*

Ich kenne den Geschäftsführer Zagiczek von der WiBuG mittlerweile doch gut und kann ihm und seinem Team für die bisherige Arbeit im Rahmen der Corona-Covid-Krise nur gratulieren. Alexander, es passt zwar nicht hundertprozentig jetzt zum Thema, aber zum Wirtschaftlichen passt es allemal. Übrigens, Dir glaube ich es sicher nicht, dass es Dir untergejubelt wurde. Dazu hast Du zu viel Erfahrung beziehungsweise bist Du zu lange bereits im politischen Geschäft hier tätig.

Daher ist es auch umso verwunderlicher, Lieber Alexander Petschnig, dass Du behauptest, dass das Unternehmen „Sanochemia“ künstlich mit Mitteln aus dem

Tourismusbudget am Leben erhalten wird. Mach Dir bitte keine Sorgen! Wir haben ja das heute schon in der Fragestunde diskutiert (*Zwischenruf des Abg. MMag. Petschnig*) und thematisiert, dass das hier keine Gelder vom Tourismus sind.

Es ist auch interessant, der moralische Zugang vom Kollegen Fazekas diesbezüglich in der Fragestunde, was die Gläubiger betrifft.

Es ist kein strauchelndes Fitnesscenter und es wird daher auch von Mitteln aus dem Tourismusbudget nicht finanziert, sondern ist ein Unternehmen, welches in Schwierigkeiten gekommen ist und demnach nach eingehender, detaillierter, wirtschaftlicher, technischer und juristischer Bewertung der Fortbestand mit Kapital aus dem für solche Fälle vorgesehenen Wirtschaftsförderungsbudget ermöglicht wird.

Damit wir das auch noch einmal klargestellt haben. Übrigens, unsere Überlegungen bezüglich Unterstützung, Förderung und Ausrichtung der burgenländischen Wirtschaft, ja und viel weiter, eigentlich geht es in die Richtung, unsere Anliegen sind zukünftig in eine Ökologisierung und Forschung der burgenländischen Wirtschaft massiv zu investieren. (*Zwischenruf des Abg. Mag. Thomas Steiner und des Abg. Johann Tschürtz*)

Weitere wichtige Hilfestellung für unsere Wirtschaft sind natürlich auch die Vergaben, die Direktvergaben, die möglich sind, das ist die Schwellenverordnung.

Die bestehende Schwellenverordnung und die darin im Verhältnis zu den Bestimmungen des Bundesvergabegesetzes deutlich angegebenen Schwellenwerte für Direktvergaben haben in der Praxis maßgeblich dazu beigetragen, dass öffentliche Aufträge rasch und unkompliziert unter Berücksichtigung der vergaberechtlichen Vorschriften an lokale Unternehmen vergeben werden können.

Ich kann jetzt auch nicht nachvollziehen, Frau Kollegin Petrik, wie Du darauf kommst, dass hier irgendwie gemunkelt wird, dass man da bei diesen Schwellenwerten, wenn man die nicht erhöht, wenn die so bleiben wie sie sind, dass dadurch Steuergeld irgendwie veruntreut wird, dass das nicht richtig verwendet wird. (*Abg. Mag.a Regina Petrik: „Veruntreut“ habe ich nicht gesagt. – Abg. Johann Tschürtz: Hat sie nicht gesagt.*)

In dieser Schwellenverordnung gibt es Direktvergaben, es gibt ein nicht offenes Verfahren und es gibt Verfahren ohne vorherige Bekanntmachung. Und in all diesen Verfahren ist es natürlich Grundvoraussetzung, dass hier die dementsprechenden Angebote auch eingeholt werden, das ist ja selbstverständlich.

Die Grenzen diesbezüglich sind zurzeit im Bundesvergabegesetz, bei der Direktvergabe 50.000 bis 75.000 Euro, in der Verordnung sind es 100.000 Euro. Bei den nicht offenen Verfahren, ohne vorherige Bekanntmachung, sind es im Bundesvergabegesetz 300.000 Euro. In der Verordnung sind es eine Million Euro.

Diese Schwellenverordnungen enden mit 31. 12. 2020. Übrigens gibt es hier ja auch österreichweit, was die Wirtschaftslandesräte betrifft, einen Schulterabschluss, und in dieser Schwellenwerteverordnung hat es auch in den letzten zehn Jahren keine Änderung gegeben.

Daher ist es auch wichtig, unserer Meinung nach, dass wir diese Schwellenwerteverordnung nicht nur verlängern, wie das in den letzten Jahren immer wieder passiert ist, sondern dass diese Werte auch erhöht werden.

Daher stellen wir den Antrag:

Die Burgenländische Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten, diese möge:

Erstens, eine Inanspruchnahme einer Förderung aus den Mitteln des Bundes und des Landes ermöglichen und

zweitens, an die Justizministerin heranzutreten, diese möge die Schwellenwerte in der bestehenden Schwellenwerteverordnung 2018, BGBl. II Nr. 211/2018, erhöhen sowie deren Geltungsdauer bis zum 31. 12. 2022 ausdehnen. Danke. *(Beifall bei der SPÖ)*

Präsidentin Verena Dunst: Danke Herr Abgeordneter. Bevor ich Ihnen, Herr Abgeordneter MMag. Petschnig, das Wort zu einer tatsächlichen Berichtigung gebe, zwei klare Hinweise:

Ich weiß, dass der Herr Abgeordnete Molnár, der gerade rausgegangen ist, das Wort „Schweinerei“ als Zwischenruf zwar verwendet hat, nett war die Absicht, dass es scherzhaft war, aber uns hört ganz Burgenland zu, ich möchte das so nicht stehen lassen. Das gehört nicht in den Landtag!

Und, Herr Abgeordneter Steiner, ich muss Sie ganz klar zurechtweisen. Sie sagen da ganz laut: „Was nimmst Du?“ Okay, nette Frage. Das gehört nicht hierher! Ich darf Sie ersuchen, jetzt haben wir 15.35 Uhr, eine wichtige demokratische Debatte, bleiben wir bitte bei den Worten, die der Würde des Hauses entsprechen. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Aber entschuldigen Sie, Frau Präsidentin, das lasse ich mir von Ihnen aber nicht vorschreiben, was ich sage und was ich nicht sage.)*

Gerne. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Wenn Sie glauben, das verdient einen Ordnungsruf, dann geben Sie mir einen!)* Ich habe Sie zurechtgewiesen, das müssen Sie wohl von mir annehmen. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Sie müssen meine Reaktion auch annehmen.)*

Gott sei Dank bin ich Demokratinnen genug, dass ich sehr vieles zulasse, nur das geht nicht, einen Abgeordneten, einen demokratisch gewählten Abgeordneten, genauso wie Sie einer sind, zuzurufen: „Was nimmst Du?“ Das haben wir alle nicht notwendig.

Also noch einmal, die Klarstellung für beide Abgeordneten.

Ich habe jetzt eine tatsächliche Berichtigung vom Herrn Abgeordneten MMag. Petschnig als Wortmeldung vorliegen.

Die Regelung für eine tatsächliche Berichtigung kennen Sie bestens.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter MMag. Alexander Petschnig (FPÖ): Danke Frau Präsidentin, wird nur einige wenige Sekunden dauern.

Sehr geschätzter Kollege Hutter, ein kleiner Aspekt nur, Du hast gesagt, Du wärst verwundert, was glaube ich, die richtige Wortwahl, dass ich gesagt hätte, dass die Mittel aus der Sanierung für „Sanochemia“ aus der Tourismusförderung kämen.

Ja, das habe ich gesagt, ich habe mich dabei aber gestützt auf die Beantwortung der schriftlichen Anfrage durch den Landesrat Illedits, wo ich ihn genau das gefragt habe, kann jeder nachlesen.

Ich glaube, das wird dann an jeden Damen und Herren Abgeordneten versendet, auch an Dich. Wenn Du dann nachlesen magst, da steht zwar nur eine Voranschlagsposition, also ein Zahlencode, aber wenn man dann nachschaut im Landesvoranschlag, sieht man, dass der dahinterliegende Text, dass die Kontobezeichnung „WiföG-Tourismusförderung“ mit 1,8 Millionen belegt. 1,2 Millionen sind daher davon genommen worden.

Das habe ich hier gesagt, und ich glaube, das ist auch nachvollziehbar. *(Beifall bei der FPÖ - Abg. Gerhard Hutter: Wurde von Zagiczek ausgeführt.)*

Präsidentin Verena Dunst: Tatsächliche Berichtigung ins Protokoll.

Meine Damen und Herren! Es gibt keine weitere Wortmeldung. Somit kommen wir zur Abstimmung.

Zunächst einmal liegt der Abänderungsantrag vom Herrn Landtagsabgeordneten MMag. Alexander Petschnig vor. Ich lasse daher über diesen Abänderungsantrag abstimmen und ersuche jene Damen und Herren, die dem Abänderungsantrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Das ist die Minderheit.

Damit ist der Abänderungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Ich komme nunmehr zur Abstimmung über den Antrag des Herrn Berichterstatters und ersuche jene Damen und Herren Abgeordneten, die dem Antrag des Berichterstatters stattgeben wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Die Entschließung, meine Damen und Herren, betreffend Maßnahmen zur Abfederung der negativen Folgen von Covid-19 auf die Wirtschaft ist somit mehrheitlich gefasst.

8. Punkt: Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Markus Ulram, Mag.a Regina Petrik, Johann Tschürtz, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 42) betreffend Einrichtung eines Beirates zur Kontrolle der Mittelvergabe im Zuge der COVID-19-Krise (Zahl 22 - 42) (Beilage 77)

Präsidentin Verena Dunst: Meine Damen und Herren! Nunmehr sind wir beim 8. und letzten Punkt der Tagesordnung. Das ist der Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Markus Ulram, Mag.a Regina Petrik, Johann Tschürtz, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung, Beilage 42, betreffend Einrichtung eines Beirates zur Kontrolle der Mittelvergabe im Zuge der COVID-19-Krise, Zahl 22 - 42, Beilage 77.

Berichterstatter zu diesem Tagesordnungspunkt ist Herr Landtagsabgeordneter Klubobmann Markus Ulram.

General- und Spezialdebatte werden wir unter einem durchführen.

Bitte Herr Berichterstatter.

Berichterstatter Markus Ulram (ÖVP): Danke Frau Präsidentin. Der Rechtsausschuss hat den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Markus Ulram, Mag.a Regina Petrik, Johann Tschürtz, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Einrichtung eines Beirates zur Kontrolle der Mittelvergabe im Zuge der COVID-19-Krise in seiner 2. Sitzung am Mittwoch, dem 29. April 2020, beraten.

Der Rechtsausschuss stellt daher den Antrag, der Landtag wolle den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Markus Ulram, Mag.a Regina Petrik, Johann Tschürtz, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend Einrichtung eines Beirates zur Kontrolle der Mittelvergabe im Zuge der COVID-19-Krise unter Einbezug der von der Landtagsabgeordneten Doris Prohaska beantragten Abänderungen die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Zweiter Präsident Georg Rosner (*der den Vorsitz übernommen hat*): Ich erteile nun der Frau Landtagsabgeordneten Mag.a Regina Petrik als erste Rednerin zu diesem Tagesordnungspunkt das Wort.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Danke Herr Präsident. Wir haben jetzt einen Tagesordnungspunkt, wo es tatsächlich um das geht, was hier im Burgenland geschieht, nämlich wie kontrolliert wird, in welcher Weise. An wen, mit welchen Kriterien, die Burgenländische Landesregierung die Gelder, die COVID-19-Fälle betreffen, ausschüttet.

Es ist sehr interessant, weil ich habe auch an anderen Stellen schon darauf hingewiesen, während in allen Landtagen quer durch Österreich die Landesregierung etwas in die Landtage einbringt, das dann dort debattiert wird, Pakete beschlossen werden, Fördergelder beschlossen werden vom Landtag, wo das auch gemeinsam getragen werden kann, ist es im Burgenland so, dass wir über die Medien erfahren, die Landesregierung hat jetzt einen Topf von 30 Millionen Euro und der wird in Härtefällen ausgeschüttet.

Das ist schon gut - dagegen hat ja niemand etwas -, dass grundsätzlich die Landesregierung hier Geld freigibt, wir wissen aber noch gar nicht, woher das Geld kommen soll, oder wo anders dafür etwas gestrichen wird, das wird auch alles nötig sein.

Jedenfalls ist es genau in so einem Punkt besonders wichtig, dass der Landtag seine Kontrollfunktion gut wahrnehmen kann.

Das heißt, der Landtag hat ja per Verfassung auch die Aufgabe, hier zu kontrollieren, wie Gelder des Landes ausgegeben werden, und deswegen haben wir miteinander als Oppositionsparteien beantragt, dass, wenn wir schon überhaupt nicht gefragt werden bei der Sache, wie so ein Topf aufgestellt werden kann und wie viel da hineinkommen soll und an wen er vergeben werden soll, so wollen wir doch zumindest gut begleitend kontrollieren und mitvollziehen können, wie das Ganze abgehandelt wird.

Das ist keine Frage des Misstrauens einzelnen Personen gegenüber, sondern das ist eine ganz sachliche Frage der parlamentarischen Kontrolle.

Deswegen wollen wir einen Beirat einrichten lassen und zwar nicht einen Beirat der Landesregierung, sondern einen Beirat, bei dem der Landtag darüber verhandelt und befindet, wie er zusammengesetzt ist. Von unseren Vorschlägen her sind da nicht nur die Parteien des Landtages drinnen, da sind dann auch Fachleute drinnen, da wollen wir auch Mitarbeiter vom Rechnungshof einbeziehen, die Sozialpartner einbeziehen, wird vielleicht später noch ausführlicher berichtet werden.

Und was kommt jetzt im Gegenzug, statt, dass die SPÖ sagt, schauen wir mal, ganz so passt es uns vielleicht nicht, also reden und verhandeln wir mal, so tut man das eigentlich in einem Parlament, um hier miteinander eine gute Lösung auszuarbeiten, kommt zuerst einmal in einem Ausschuss ein Antrag über Einsetzung eines Unterausschusses ohne dass es noch überhaupt irgendeinen Verhandlungsgegenstand dazu gibt, das ist überhaupt lustig, und dann kommt also hier ein Abänderungsantrag.

Das heißt, wir haben hier eine am Landtag vorbei agierende, absolut regierende SPÖ, die dann auch noch über die Medien ausrichtet, wie sie gerne möchte, dass die Opposition die SPÖ-Alleinregierung kontrollieren kann. Das ist schon fast mutig, dass man das so zur Schau stellt.

Wir wünschen uns doch eine sehr klare gemeinsame Ausarbeitung eines richtigen Kontrollinstrumentes des Landtages. Wir halten es nicht für sinnvoll, dass die Landesregierung, oder in dem Fall war es sogar der Landeshauptmann persönlich, der das kundgetan hat, dass der Landeshauptmann uns ausrichtet, wie er sich wünscht, dass wir ihn als Landtag kontrollieren dürfen.

Deswegen werden wir natürlich als GRÜNE dem Abänderungsantrag der SPÖ nicht zustimmen und plädieren sehr dafür, dass wir uns gemeinsam daran setzen, ein gutes Instrument aufzustellen, wo der Landtag seine Funktion als Kontrollorgan für die Landesregierung, speziell jetzt für den COVID-19-Fördertopf, wie der das gestalten kann. Danke. *(Beifall bei der ÖVP und bei der FPÖ)*

Zweiter Präsident Georg Rosner: Danke Frau Abgeordnete. Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Tschürtz.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Johann Tschürtz (FPÖ): Herr Präsident! Werte Damen und Herren Abgeordnete! Die Frau Abgeordnete Petrik hat das genauso ausgeführt, wo auch die Intention der Oppositionsparteien gelegen ist. Das heißt, es gibt hier 30 Millionen Euro als Wirtschaftshilfe für die Bevölkerung, egal in welcher Form auch immer.

Natürlich sind 30 Millionen Euro ein großer Batzen Geld und wir wollten einen Beirat, der aber nicht von der Landesregierung bestellt wird, sondern einen Beirat des Landtages, wo jede Partei vertreten ist im Beirat und wo auch natürlich die Gelder mittels Tagesordnungspunkte zur Verteilung kommen mit Anregung und mit der Möglichkeit, auch hier einzuwirken.

Leider Gottes gibt es jetzt einen Unterausschuss. Das Wort „Unterausschuss“ ist schon einmal „unten“, ich sage das bewusst so, denn seit ich im Landtag bin, hat es noch keinen Unterausschuss gegeben, das ist zwar gang und gäbe im Parlament in Wien, aber nicht im Burgenland und wir wissen alle, wie die Ausschüsse bei uns ablaufen.

Es wird ein Bericht erstattet und dann kann man sagen, ich bin einverstanden mit dem Bericht oder ich bin nicht einverstanden. Somit wird dieser Bericht dann dem Landtag zugeteilt, und dann kann man noch einmal sagen, ja oder nein.

Das heißt, das Mitwirkungsrecht der Oppositionsparteien ist auf jeden Fall komplett weg und auf null gesenkt, und das wollten wir ohne Populismus einfach anders haben.

Es gibt ja viele Ideen, die man einbringen kann, es gibt ja viele Möglichkeiten, die man haben kann, oder Gestaltungsmöglichkeiten, wie zum Beispiel in der Bundespartei. In der Freiheitlichen Bundespartei haben wir den Österreich-Gutschein eingebracht, wonach jeder Österreicher einen 1.000 Euro-Gutschein bekommt.

Das heißt, eine Familie mit zwei Kindern, also Mann, Frau und zwei Kinder, hätten damit 4.000 Euro bekommen. Diese 4.000 Euro müsste man bis Jahresende in die Wirtschaft, in die heimische Wirtschaft investieren. Das heißt, davon hat die Bevölkerung etwas, weil sie etwas hat und natürlich auch die Wirtschaft, die die Umsätze macht.

Das würde, glaube ich, um die acht, neun Milliarden Euro ausmachen. Das ist deshalb nicht zu viel, weil dadurch natürlich die Wirtschaft angekurbelt würde. Das würde auch natürlich dem Land Burgenland sehr viel bringen, weil die Burgenländer, jeder der diesen 1.000 Euro-Gutschein bekommt würde natürlich dann im Burgenland einkaufen und die Wirtschaft damit beleben und hätte selbst auch etwas davon.

Aber ich möchte diesen Österreich-Gutschein jetzt nicht auf das Land herunterbrechen, sondern ich möchte damit nur zeigen, dass man natürlich auch Anregungen hat, dass man natürlich auch sagen kann, wo und wie sollte man das Geld besser investieren. Wäre natürlich gut, wenn man Mitsprachemöglichkeit hätte.

Wir wissen ja, dass MMag. Alexander Petschnig als Wirtschaftslandesrat sicher hier einige Ideen hätte. Leider Gottes ist das jetzt nicht der Fall, weil es einen Unterausschuss gibt, und dieser Unterausschuss sagt eh schon alles, das ist irgendwo „unten“. Wir kriegen eine Berichterstattung und dann dürfen wir sagen, gefällt uns oder gefällt uns nicht.

Das heißt, die Opposition ist bei einem Paket mit 30 Millionen Euro für das Burgenland total ausgeschaltet, und das wollen wir nicht.

Deshalb hat man versucht oder haben wir versucht, mittels eines Antrages, einen Beirat einzurichten, der wirklich definitiv Mitspracherecht hat und nicht von der Regierung eingesetzt wird, sondern vom Landtag eingesetzt wird.

Das war es, und nicht mehr und nicht weniger, ohne Populismus! *(Beifall bei der FPÖ – Abg. Robert Hergovich: Das kann der Landtag nicht, das kann nur die Regierung.)*

Zweiter Präsident Georg Rosner: Danke Herr Abgeordneter. Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Ullram.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Markus Ullram (ÖVP) *(der zum Rednerpult vor den Reihen der SPÖ geht): (Abg. Mag.a Regina Petrik: Ein mutiger Mann.)* Vielleicht wirkt die Rede von dieser Seite ein bisschen besser, dann wenn es um die Kontrolle geht.

Sehr geschätzter Herr Präsident! Hohes Haus! Kontrolle muss überall sein und soll auch überall sein, und wir haben heute schon ein Beispiel des Kollegen Temmel gehört, wie das in der Gemeinde funktioniert.

Die Landesregierung, der Landtag gibt Regeln über eine Gemeindeordnung vor, wie in der Gemeinde Kontrolle passieren soll. Was alles angesehen werden darf, was alles kontrolliert werden kann. In Wahrheit - alles.

Alles, was auf der Tagesordnung steht, kann sich der Prüfungsausschuss, wo der Vorsitz *(Abg. Robert Hergovich: Ausschuss. Prüfungsausschuss.)* die zweitstärkste Fraktion führt, kann sich alles in der Gemeinde anschauen. Im Burgenland ist genau das Gegenteil der Fall. Im Burgenland kann man sich so gut wie nichts anschauen.

Wir kennen das aus vielen Rechnungshofberichten, wo bei jedem zweiten drinnen steht, dass eigentlich Auskünfte verzögert wurden, dass Auskünfte für eine Zeit lang verweigert wurden. Wo gewisse Unterlagen, warum auch immer, erst nach drei Monaten beigebracht worden sind, und so weiter. So geht man auch mit dem größten Kontrollhilfsorgan des Landtages um.

Dann haben wir als Opposition - die GRÜNEN, die Freiheitlichen, die Volkspartei - gemeinsam gesagt, wir wollen einen Beirat, eine Kontrolle, ein Kontrollinstrument schaffen, wo wir diese 30 Millionen Euro, die hier vergeben werden, in der Wirtschaft, seien es Haftungen, seien es Direktförderungen, Unterstützungen, einfach wissen, wer kriegt das, wie viel ist das, warum bekommt das wer, und wann hat jemand etwas bekommen.

Postwendend darauf, sagt der Landeshauptmann über die Medien wieder, was man eigentlich vor hat im Burgenland, für eine Kontrolle dazu zu machen, auf Grund des Anliegens der Opposition.

Ich war ein bisschen verwundert, auch über die Präsidentin des Hohen Landtages, welche die erste und höchste Repräsentantin des Hohen Landtages ist, nicht der Regierung, dass man sich gefallen lässt, dass der zu Kontrollierende oder die zu Kontrollierenden in der Regierung sagt, wie man das gerne hätte.

Bei einem Fußballspiel sagt auch nicht der Spieler, welcher ein Foul macht, in einem Zweikampf, war es eines oder war es keines, war es eine gelbe Karte oder ist es doch eine rote gewesen. Das müssen andere entscheiden. Dafür gibt es Mitspieler, und dieser Mitspieler ist in dem Fall die Opposition, in diesem Hohen Haus.

Kommen Sie mir nicht dann in weiteren SPÖ-Rededebattenbeiträgen daher, mit der Erklärung, was ein Beirat ist und was ein Unterausschuss ist.

Sie gehen im Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss her und sagen lautstark, medial, es wird ein Unterausschuss eingerichtet. Der kann gar nicht eingerichtet werden nach der Geschäftsordnung, weil es keinen Gegenstand gibt.

Es kann laut Geschäftsordnung nur ein Unterausschuss eingerichtet werden, wenn es einen Gegenstand gibt. Den gibt es nicht, somit war es eine Schmähschmähparade. Und gut verkauft, wie bei vielen anderen Dingen, ist es medial wieder geworden.

Alle drei Monate soll ein Bericht kommen, na ja, der nächste kommt einmal im September, im besten Fall, und der zweite zu Weihnachten. Mit dem wird es ein bisschen spät sein dann, ob man dann bewerten kann, ob das alles passt oder nicht, ob es vielleicht andere Ideen gibt, wie man das noch erweitern oder anders umsetzen hätte können.

Und das ist nichts anderes, was man sachpolitisch pragmatisch, gemeinsam, die GRÜNEN, die Freiheitliche Partei und die Volkspartei gemeint haben, dass wir begleitend dazu eingebunden werden, wie es bei vielen anderen Dingen auch notwendig und richtig wäre.

Aber das ist wieder durch eine Alleinregierung hier in dem Hohen Hause abgedreht worden, mit einer anderen Idee versetzt und verfranzt worden und unterm Strich eine zahnlose Geschichte daraus gemacht worden.

Wo dann, wie der Kollege Tschürtz schon gesagt hat, irgendwann ein Bericht vorgelegt wird, den debattieren wir vielleicht, wenn wir wieder eingeschränkt tagen irgendwann, dann wird das gleich in einem großen Tagesordnungspaket eingebunden, sodass es ja untergeht, dass man ja nicht darüber berichtet, und so weiter, so wie man es ja schon einmal in dem Hohen Haus gehabt hat.

Das ist nicht verständlich, das versteht auch nicht die Burgenländerin und der Burgenländer und darum gibt es ja auch andere Parteien in dem Hohen Haus, die für die Kontrolle zu sorgen haben.

Das ist unsere ureigenste Aufgabe, aber des gesamten Landtages. Auch die Vertreter der SPÖ haben hier im Landtag als Abgeordnete die Pflicht, Kontrolle auszuüben. Als Kollegialorgan muss die Regierung kontrolliert werden.

Das, wie gesagt, wird wieder verwässert. Jetzt kommen dann die Schlagwörter, nehme ich an, was ein Beirat ist und was ein Unterausschuss ist und so weiter.

Ist in Wahrheit relativ egal, ob wir die Erklärung heute hören oder nicht, Tatsache ist, dass es verwässert worden ist, dass wir hintangehalten werden, Stillschweigen in vielen Fällen wieder wahrscheinlich vereinbart wird.

Das kann nicht der burgenländische Weg sein! Wir wollen alle Unternehmerinnen und Unternehmer unterstützen, wir wollen alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer unterstützen, aber mit einer gescheiterten Kontrolle dazu, damit wir wissen, wer hat was bekommen.

Das muss unser Ziel sein und darum stimmen Sie auch unserem Antrag zu. Vielleicht hat das ja auch schon eine Änderung der Meinung gegeben, dass man sagt, vielleicht eine weitere Kontrolle kann ja nicht schaden, wie man heute gemerkt hat in manchen Bereichen sind wir nicht alle sattelfest. Herzlichen Dank. *(Beifall bei der ÖVP)*

Zweiter Präsident Georg Rosner: Danke Herr Abgeordneter. Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Posch.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Dieter Posch (SPÖ): Herr Präsident! Werte Kolleginnen, werte Kollegen! Mir wurde ja jetzt quasi schon vorausgesagt, was ich dann hintennach sagen werde. So genau ist es dann nicht, und vor allem, wenn ich mich schon eines Redenschreibers bedienen würde, dann wäre der wahrscheinlich nicht aus der ÖVP.

Aber, die ganztägige Diskussion, die wir heute geführt haben, und ich bin kein einziges Mal, obwohl ich Raucher bin, hinausgegangen, ich war tatsächlich fasziniert, wie inhaltlich zum Teil mit verschiedenen Positionen, aber trotzdem an eine von niemandem vorhersehbare Sache herangegangen wurde und noch immer wird. Und das Ganze machen wir jetzt, glaube ich, seit 10.00 Uhr.

Wenn wir jetzt irgendeinem dieser Menschen oder dieser Firmen oder dieser tatsächlich wirtschaftlich Betroffenen jetzt hier verkünden würden, dass es noch einen Tagesordnungspunkt gibt, wo darüber gestritten wird, ob das jetzt Beirat oder Unterausschuss oder Kontrollausschuss oder sonst was heißen darf, der würde wahrscheinlich flehend jetzt sagen, „Leitl, was wollt Ihr kontrollieren? Ich habe noch gar nichts bekommen.“ *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Ja, das ist das Problem.)*

Es ist ganz besonders kompliziert und ich rede wirklich mit sehr vielen Menschen, nicht nur mit meinen Roten Falken vom 1. Mai, der heuer nicht stattgefunden hat, auch mit Unternehmen, mit kleinen Betrieben, mit Familienbetrieben, aber auch mit Unternehmen, die für burgenländische Verhältnisse zu Großkonzernen gehören und die auch international vernetzt sind.

Und die haben die wunderbaren Plakate und die Ankündigungen als Hoffnung im Kopf, aber gerade die Kleineren sagen, jetzt wird es schön langsam „gnaschtig“, wir haben ja die Löhne vorfinanziert. Wenn ich von dieser versprochenen und zugesagten und unter Ablieferung dreier diplomierter Antragsrichtigstellungen, den Rechtsanwalt und den Steuerberater habe ich schon vorfinanzieren müssen, und jetzt habe ich endlich alles richtig eingereicht und kriege ein Plus nach dem anderen, nur kein Geld, dann wird es für manche dieser Klein- und Mittelbetriebe langsam „gnaschtig“. Und da reichen dann die Überschriften nicht.

Würde ich jetzt einem dieser Betroffenen nach der Landtagssitzung erzählen, worüber wir am Schluss gestritten haben und das weiß ich schon, es soll keine Auflistung sein, was ist der Unterschied zwischen Beirat, was ist der Unterschied zwischen Unterausschuss.

Auch die GRÜNE Kollegin hat sich darüber aufgeregt, was ein Unterausschuss sein soll, der erst ermöglicht die Teilhabe auch relativ überschaubarer, größerer Parteien, auch die GRÜNEN haben durch diesen Unterausschuss das Recht, in diesem Ausschuss teilzuhaben.

Der Beirat ist in Wahrheit, das wissen alle, heißt auch so, ein Beirat und hat aber nicht die Kontrollfunktion des Landtages. (*Zwischenruf aus den Reihen der ÖVP: Das andere ist ein Unterausschuss.*) Und darum soll der Landtag die Agenden, die die Regierung über diese Förderungen, die über eine bereits bestehende Förderschiene abgewickelt werden, da ist ja nicht - wie im Bund - etwas Neues erfunden worden.

Diese Kontrolle soll dem Burgenländischen Parlament ermöglicht werden, und darum werden wir auch auf diesen Antrag und auf diese eigentliche Erweiterung der Kontrollmöglichkeiten beharren.

Freunde, eines vielleicht noch, weil es mir in der Debatte abgeht. Ich gestehe, mir bricht überhaupt keine Perle aus der Krone zuzugeben, dass die Reaktion der Bundesregierung in den ersten Tagen eine wirklich beeindruckende war und dass es wirklich gelungen ist, eine sehr große Selbstdisziplin über unser Volk zu verbreiten. Sage ich wirklich, das hat funktioniert.

In der Umsetzung war es dann oft schwierig zu unterscheiden, was ist jetzt der Text der Pressemeldung, was ist tatsächlich Erlass, was ist irgendwo gesetzlich nachzuvollziehen. Da haben wir uns dann fallweise schon ein bisschen schwerer getan.

Jetzt dürfen wir aber die Konsequenz nicht aufs Spiel setzen, indem man jetzt um den sogenannten Kaisers Bart streitet, sagt, wer darf wen kontrollieren.

Schauen wir, dass die Hilfe überhaupt einmal ins Laufen kommt und dass sie überhaupt einmal ankommt. Und dass sie endlich einmal dort landet, wo sie oder wofür sie eigentlich geschaffen wurde. Danke sehr. (*Beifall bei der SPÖ*)

Präsidentin Verena Dunst (*die den Vorsitz übernommen hat*): Danke Herr Abgeordneter. Meine Damen und Herren! Es gibt noch eine Wortmeldung.

Bitte Frau Abgeordnete Mag.a Regina Petrik.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Herr Kollege Posch, ich muss jetzt was nachfragen, deswegen ist es gut, dass Sie noch im Saal bleiben.

Vielleicht können Sie mir antworten. Ich war jetzt etwas verwundert, Sie haben gesagt, wir reden hier über etwas, wo noch kein einziger Euro geflossen ist. (*Zwiesgespräche in den Reihen der Abgeordneten*) Heißt das, von diesem 30 Millionen Euro Covid-19 Unterstützungsfonds des Landes wurde überhaupt noch Niemand unterstützt? Weil nur darüber reden hier die Oppositionsparteien im Burgenländischen Landtag, nämlich, über die Gelder, die die Burgenländische Landesregierung angekündigt hat.

Sie haben aber davon gesprochen, dass davon gar nichts fließt. Könnten Sie das bitte noch klarstellen.

Präsidentin Verena Dunst: Moment, jetzt haben wir ein bisschen ein Durcheinander. Zuerst, Herr Abgeordneter Posch, hat sich der Herr Abgeordnete Klubobmann Robert Hergovich gemeldet, dann gerne Sie.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Robert Hergovich (SPÖ): Vielen Dank Frau Präsidentin. Vielleicht kann ich das gleich beantworten, wenn ich schon am Zug bin. Wenn man zugehört hat,

hat man gemerkt, dass der Kollege Posch von der Kurzarbeit und von der Auszahlung des AMS gesprochen hat.

Daraus folgend geht es um die Gelder der Bundesregierung. Das hat er symptomatisch gemeint, wenn man die Debatte hört. Die streiten um des Kaisers seinen Bart, wird sich ein arbeitsloser Betroffener eher über unsere Debatte wundern. *(Zwiesgespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Das hat er, nur zur Erläuterung, gemeint. *(Abg. Mag. a Regina Petrik: Da geht ja alles durcheinander. - Abg. Mag. Thomas Steiner: Vielleicht sollte er das selber interpretieren.)* Aber, jetzt zur Diskussion über einen Beirat oder einen Ausschuss, weil die Kollegen gerade gesagt haben, wir bleiben die Antwort schuldig.

Der Kollege Ulram hat einen Vergleich zum Fußball gezogen. Den will ich aufgreifen, denn das war ein Steilpass, Herr Kollege Ulram. Nur, Fußball spielt man am Fußballplatz und nicht am Tennisplatz. Ihr habt allerdings einen Antrag gemacht, wo Ihr Fußball am Tennisplatz spielen wollt. Das geht nicht und ich möchte das auch erläutern, warum es nicht geht. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das geht auch! – Heiterkeit bei einigen Abgeordneten)*

Ein Beirat ist ein begleitendes Organ einer Regierung. Sie wollen ernsthaft einen Beirat einrichten. Dass sich die Regierung selber kontrolliert, glaube ich nicht. Sie haben da einen Riesenfehler gemacht, haben eine „Brezn grissen“. Wir dagegen sind hergegangen und haben gesagt, ja, wir korrigieren diese „Brezn“, weil das ja die Aushebelung des Parlamentarismus wäre, wenn wir diesem Antrag zugestimmt hätten.

Das hätten wir nicht gemacht, weil ein Beirat nur ein beratendes Organ der Landesregierung ist. Da hat keine Regierung den Anspruch, dass sie da sitzt. Niemand! Es gibt nur ein einziges Instrument des Landtages, und das sind Ausschüsse.

Das haben wir korrigiert und haben gesagt, gut, wir machen einen Ausschuss, in diesem Fall einen Unterausschuss des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses, weil dort alle Ausgaben zusammenlaufen. *(Zwiesgespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Naja, hören Sie mir zu, denn es sind offensichtlich nicht alle Abgeordneten gleich informiert. Darum haben wir Ja zu einem Ausschuss gesagt, denn da können die Landtagsparteien mitarbeiten. Natürlich sind die Rechte in einem Ausschuss völlig anders, als im Beirat, weil der Beirat, wie man gesagt hat, ein beratendes Organ der Landesregierung ist, die ihn selber einsetzt.

Es gibt sonst keinen Beirat, außer die Landesregierung setzt ihn ein. So, jetzt haben wir schon einmal gesagt, der Beirat ist das Organ des Landtages und nicht der Regierung. Darum machen wir einen Ausschuss. Sie fordern einen Beirat wahrscheinlich nicht wissend, dass es einen Beirat gibt, nämlich, alle Förderungen laufen schon durch einen Beirat.

Sie fordern die Sozialpartnereinbindung, aber genau diese Sozialpartner sitzen schon in diesem Beirat und behandeln diese Ansuchen über die Covid - Hilfen. *(Abg. Mag.a Regina Petrik: Nur der Landtag erfährt nichts.)* So, jetzt fordern Sie einen Beirat und es gibt aber bereits einen Beirat wo die Sozialpartner schon involviert sind.

Dass sich die Sozialpartner selber für das kontrollieren, was sie ohnehin schon genehmigt haben ist nicht so gescheit, würde ich sagen.

Das also nur zum Nachdenken. Dann fordern Sie, dass im Beirat der Landes-Rechnungshof sitzen soll, wohlwissend, dass der Landes-Rechnungshof das gar nicht will, denn das wäre nämlich eine Einschränkung seiner Rechte, weil er nämlich auch im

Nachhinein kontrollieren kann. Er kann ja nicht das kontrollieren, wo er vorher Mitglied war. So, dass ist wieder nicht so geschickt.

Das dritte, wo Sie die „Brezn“ wirklich gerissen haben, ist die Tatsache, dass die Beiratstätigkeiten der Verschwiegenheit unterliegen. (*Abg. Mag. Thomas Steiner: Wo steht denn das?*) Wollen Sie das wirklich als Opposition? Ich denke nicht! (*Abg. Mag. Thomas Steiner: Wo steht denn das?*)

Sie haben einen Antrag der Bundesregierung einfach plump abgeschrieben. Die hat nämlich überhaupt keine Lust auf eine Kontrolle, weil der Antrag der Opposition im Nationalrat war die Bildung eines Ausschusses und die Bundesregierung hat gesagt, das wollen wir nicht, wir machen einen Beirat und dann ist der Fehler passiert, dass Ihr auch einen Beirat gefordert habt.

Wir haben diesen Fehler korrigiert und lassen Kontrolle zu. Das muss ja einmal mehr machen und Sie gehen her, anstatt dass Sie sich bei uns bedanken und sagen in Ordnung, völlig richtig, ein Ausschuss ist ein Organ des Landtages, da ist Kontrolle möglich, beginnen Sie das zu kritisieren.

Im Nachhinein gesehen: Wissen Sie, was wir machen hätten sollen? Wir hätten Ihrem Antrag zustimmen sollen und hätten gesagt, Ihr habt es so gewollt, nicht wir. (*Beifall bei der SPÖ*)

Präsidentin Verena Dunst: Danke Herr Klubobmann. Herr Abgeordneter Posch steht Ihre Wortmeldung noch? (*Abg. Dieter Posch: Eigentlich nicht.*) Eigentlich nicht. Gut, dann vielen Dank. Danke schön, dann ist es erledigt.

Meine Damen und Herren! Es liegt keine Wortmeldung mehr vor. Herr Abgeordneter Posch, gleich ist Abstimmung. Wir warten, das haben wir versprochen, in aller Ruhe und daher ist Niemand mehr hier im Saal, der noch auf der Galerie seinen Platz hat. (*Zwiesgespräche in den Reihen der Abgeordneten*)

Da keine Wortmeldung mehr vorliegt, kommen wir zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Antrag des Berichterstatters zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Die Entschließung (*Abg. Wolfgang Sodl: Na, also. - Abg. Robert Hergovich in Richtung der ÖVP-Abgeordneten: Super, dass Ihr unserem Antrag zustimmt. Danke! So schlecht kann er ja dann nicht gewesen sein, oder? Wenn Ihr zustimmt. – Allgemeine Unruhe – Abg. Doris Prohaska: Beschlossen wurde jetzt jener, den wir im Ausschuss abgeändert haben.*) betreffend Einrichtung eines Covid-19-Kontrollausschusses ist somit in der vom Herrn Berichterstatter beantragten Fassung einstimmig gefasst. (*Abg. Mag. a Regina Petrik: Nein! Ich bin sitzen geblieben.*)

Gut, ich freue mich, dass, Gott sei Dank, noch wer aufpasst. Ich darf korrigieren. Die Entschließung betreffend Einrichtung eines Covid-19-Kontrollausschusses ist somit in der vom Herrn Berichterstatter beantragten Fassung mehrheitlich gefasst.

Meine Damen und Herren! Die Tagesordnung ist e r l e d i g t.

Tag, Stunde und Tagesordnung der nächsten Sitzung wird rechtzeitig schriftlich bekanntgegeben werden. Sie wissen, dass der 04. Juni in Planung ist und Sie wissen auch, dass im Anschluss an die heutige Sitzung für die Konstituierung der Ausschüsse eingeladen ist. Es ist 16 Uhr 08 Minuten.

Wir bedanken uns mit einem Applaus bei dem, der auch heute wieder für unsere Sicherheit gesorgt hat. Vielen Dank! (*Allgemeiner Beifall*)

Er braucht in etwa 20 Minuten, um jetzt den Saal herzurichten. Daher werden wir mit den Ausschüssen, bitte hintereinander, um 16 Uhr 30 Minuten beginnen.

Die Sitzung ist g e s c h l o s s e n.

Ende der Sitzung: 16 Uhr 08 Minuten